Sicherheit neu denken

Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik – Ein Szenario bis zum Jahr 2040

Becker, Ralf; Maaß, Stefan &
Schneider-Harpprecht, Christoph [Hg.]

EVANGELISCHE LANDESKIRCHE IN BADEN

ARBEITSSTELLE FRIEDEN

I Gerechte Außenbeziehungen
II Nachhaltige Entwicklung der EU-Anrainerstaaten
III Teilhabe an der internationalen Sicherheitsarchitektur
IV Resiliente Demokratie
V Konversion der Bundeswehr und Rüstungsindustrie

Impressum:

Herausgegeben von Ralf Becker, Stefan Maaß & Christoph Schneider-Harpprecht [Hg.]
im Auftrag des Evangelischen Oberkirchenrats Karlsruhe
Erscheinungsjahr: 2. Auflage 2019
Titel: Sicherheit neu denken – Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik
Gestaltung: Zentrum für Kommunikation, Ulrike Fuhry, Martina Bocher, ekiba.de
Evangelische Landeskirche in Baden, Postfach 2269, 76010 Karlsruhe

ISBN 978-3-8079-9992-0

Druck durch: EMAS-zertifizierte
Druckerei Lokay e.K., 64354 Reinheim

EMAS
GEPRÜFTES UMWELTMANAGEMENT
DE-115-00036

KLIMA KOLLEKTE
Kirchlicher Kompensationsfonds
Die durch Papier und Druck entstandenen CO2-Emissionen werden über Projekte der Klima-Kollekte kompensiert.

Sicherheit neu denken

Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik – Ein Szenario bis zum Jahr 2040

INHALTSVERZEICHNIS

1 EINLEITUNG 6
1.1 Europa vor der Wahl: Militarisierung oder Zivilisierung der Sicherheitspolitik 6
1.2 Ausgangspunkt – der Beschluss der Landessynode 9
1.3 Vorgehensweise zur Erstellung des Szenarios „Sicherheit neu denken“ - Szenariotechnik 10
1.4 Wohin soll es konkret gehen? 12
1.5 Wer soll die Veränderung vollbringen? 14
1.6 Wie kann der Ausstieg entwickelt werden? 15
1.7 Hindernisse und deren Überwindung 15
1.8 Faktengrundlagen und Urheberhinweise 19
1.9 Fokus Deutscher Beitrag 20
1.10 Bitte um Weiterverbreitung des Szenarios 20

2 ANALYSE 21
2.1 Bedrohungen und Gefahren 21
2.2 Positive Entwicklungen 23
3 POSITIVSZENARIO „NACHHALTIGE ZIVILE SICHERHEIT“ 26
3.1 2040: Die UN-Vollversammlung gratuliert 26
3.2 Kampagne der Zivilgesellschaft und der Kirchen für eine zivile Sicherheitspolitik 27
3.2.1 Die Kampagne bis zum Bundestagsbeschluss 2025 27
3.2.2 Die Kampagnen bis zum Bundestagsbeschluss 2035 30
3.3 Wegweisende Beschlüsse des Bundestags zur zivilen Sicherheitspolitik 30
3.4 Die Pfeiler ziviler Sicherheitspolitik ab dem Jahr 2025 33
3.4.I Gerechte Außenbeziehungen 34
3.4.I.1 Überblick 2040 35
3.4.I.2 Soziale Marktwirtschaft als weltweiter Maßstab 36
3.4.I.3 Klimaverträgliche Lebensweise 40
3.4.II Nachhaltige Entwicklung der EU-Anrainerstaaten . . . 40
3.4.II.1 Überblick 2040 41
3.4.II.2 Der UN-Entwicklungsplan mit Afrika und dem Nahen Osten 42
3.4.II.3 Stärkung der Friedens- und Sicherheitsarchitektur in Afrika und Nah-Ost 46

3.4.II.4 Rechtsstaatsförderung in Afrika und im Nahen Osten . . . 49
3.4.II.5 Integration der Wirtschaftsräume Russlands / der EAWU und der EU 52
3.4.III Teilhabe an der Internationalen Sicherheitsarchitektur 53
3.4.III.1 Überblick 2040 53
3.4.III.2 Vom Paradigma ‚Nationale Sicherheit' zum Paradigma ‚Gemeinsame Sicherheit' 54
3.4.III.3 EU – Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) 59
3.4.III.4 OSZE – Schlüsselkraft für Frieden und Sicherheit in Europa 61
3.4.III.5 NATO - Deutschland als rein ziviler Akteur 64
3.4.III.6 UNO – Die weltweite Sicherheitsarchitektur 66
3.4.IV Resiliente Demokratie 72
3.4.IV.1 Überblick 2040 72
3.4.IV.2 Ausbau der zivilen Konfliktkultur 74
3.4.IV.3 Justiz und Polizei 108
3.4.IV.4 Resilienz gegen Terror 108
3.4.V Konversion der Bundeswehr und der Rüstungsindustrie 109
3.4.V.1 Überblick 2040 109
3.4.V.2 Entzauberung des Mythos der Wirksamkeit von Gewalt . 110
3.4.V.3 Beendigung von Rüstungsexporten und Konversion der Rüstungsindustrie 117
3.4.V.4 Zivile Sicherheitspolitik als historische Entwicklung 119
3.4.6 Antworten auf einige Einwände gegen den Umstieg . . . 122
3.4.6.1 Ziviler Widerstand gegenüber Terroristen 122
3.4.6.2 Ziviler Widerstand kann Völkermord verhindern 128
3.5 VON 2018 BIS 2040 - MEILENSTEINE DER ENTWICKLUNG 131
3.6 Zivile Sicherheitspolitik in Zahlen 141

4 TRENDSZENARIO „SCHLEICHENDE MILITARISIERUNG" 142

5 NEGATIVSZENARIO „NAHE AM ABGRUND" 147

ANHANG:
RÜCKBLICKE ALS GRUNDLAGE FÜR DIE SZENARIEN-ENTWICKLUNGEN 152
Urheberhinweise 159
Autor*innen 164
Abkürzungsverzeichnis 165

1 EINLEITUNG

1.1 Europa vor der Wahl: Militarisierung oder Zivilisierung der Sicherheitspolitik

- „Die NATO-Staaten haben sich bei ihrem Gipfeltreffen im walisischen Newport darauf geeinigt, wieder mehr Geld in die Verteidigungshaushalte zu investieren." Konkret wurde 2014 beschlossen, dass die NATO-Staaten darauf abzielen, „sich innerhalb von zehn Jahren auf den Richtwert von zwei Prozent zuzubewegen." [1]
- „Die EU-Kommission schlägt vor, den Haushalt des IcSP [des an sich zivil ausgerichteten ‚Instruments für Stabilität und Frieden'] um 100 Millionen bis 2020 zu erhöhen, um militärische 'Ertüchtigung' zu integrieren."[2]
- EU-Parlamentspräsident Tajani forderte am 13.11.2017 eine Verdopplung des Gemeinschaftshaushaltes von 140 auf 280 Mrd. Euro und begründete dies u.a. mit dem Antiterrorkampf und der Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich.[3]

Diese drei Aussagen zeigen eine wesentliche Erhöhung der Militärausgaben innerhalb der EU an. Doch warum? Immer wieder werden Entscheidungen dieser Art entweder mit unserer Sicherheit oder mit der Übernahme von Verantwortung gerechtfertigt. Wer möchte denn nicht in Sicherheit leben? Wer möchte sich nachsagen lassen, dass er nicht bereit sei, Verantwortung zu übernehmen? Sowohl die Forderung nach Verantwortungsübernahme als auch die Behauptung, militärische Maßnahmen dienten unserer Sicherheit, sollten nicht ohne Widerspruch bleiben.

Die derzeitige militärgestützte Sicherheitspolitik schafft keine dauerhafte Sicherheit, sondern ständig neue Unsicherheiten. Allein Deutschland gibt jährlich fast 40 Mrd. Euro für diese Maßnahmen aus, die hinsichtlich ihrer Effizienz nicht transparent evaluiert werden. Fast kein Auslandseinsatz der

1 Wissenschaftlicher Dienst des Bundestages 2017, S. 1
2 Fact Sheet von Brot für die Welt https://info.brot-fuer-die-welt.de/sites/default/files/blog-downloads/factsheet_icsp_hintergrund_29_11_2017.pdf - Zugriff am 12.11. 2017)
3 ebenda

Bundeswehr seit dem Jahr 2000 hat seine ursprünglichen Ziele erreicht. Die negativen Folgen militärischer Sicherheitspolitik (Opferzahlen, Traumatisierungen der Zivilbevölkerung und der Soldaten, Verhinderung des Entstehens demokratischer Gesellschaften, Zerstörungen, auch Umweltkatastrophen) werden gar nicht oder zumindest nicht in Gänze öffentlich zugänglich gemacht.

Durch den Protest werden zwar gelegentlich Korrekturen in Form von Kompromissen erreicht, wie bei der Umwidmung des oben genannten IcSP, so dass das Geld für die militärische Ertüchtigung nicht aus dem Topf mit Entwicklungshilfegeldern genommen wird. Eine grundsätzlich andere politische Ausrichtung der Außen- und Sicherheitspolitik erfolgte bisher jedoch noch nicht.

So ist die Bevölkerung in Deutschland aufgrund der Geschichte zwar äußerst kriegskritisch, allerdings ist der Protest gegen eine entsprechende Politik bisher eher gering. Dies kann verschiedene Ursachen haben. Einerseits sind mögliche Handlungsalternativen noch nicht voll wirksam, da sie finanziell viel zu gering ausgestattet sind.

Des Weiteren machen die Alternativen deutlich, dass eine positive Veränderung auch Zeit braucht. Militärische Einsätze versprechen oftmals eine schnelle Lösung und eine kurze Einsatzdauer. Die Erfahrungen der letzten zwei Jahrzehnte widerlegen dies jedoch. So dauert der Bundeswehreinsatz in Afghanistan nun schon 16 Jahre und ein Ende, geschweige denn ein Erfolg, ist nicht in Sicht.

Ein weiterer Grund könnte auch darin bestehen, dass in vielen Köpfen die Überzeugung verankert ist, dass Gewalt „das Böse“ und damit die Bedrohung beseitigen kann. Dieses Denken ist Grundbestandteil der militärischen Sicherheitslogik und führt weder zur Sicherheit noch zum Frieden.

Es geht aber darum, ein Denken zu entwickeln, mit dessen Hilfe es möglich ist, „Frieden zu schaffen und das heißt Beziehungen zu ermöglichen, in denen Gewalt unwahrscheinlich wird, weil Kooperation gelingt“ (Hanne-Margret Birckenbach).[4] In der Friedensforschung und der Sozialwissenschaft spricht man darüber unter dem Stichwort „Friedenslogik.“

4 Birckenbach 2016, S. 4

Was momentan jedoch vor allem fehlt, ist eine konkrete Vorstellung davon, wie Konflikten und Bedrohungen nicht militärisch begegnet werden kann.

Mit einer solchen konkreten Vorstellung könnte sich, ähnlich wie bei der Transformation von der Atomkraft zu anderen Energiegewinnungsformen, eine Kraft entwickeln, die eine andere Politik ermöglicht.

Momentan ist die Europäische Union an einem Scheideweg, sie beginnt, den Weg weg von einer Zivilmacht hin zu einer Militärmacht zu beschreiten. Sie könnte aber auch einem anderen Weg folgen: Sie könnte vermehrt als Zivil- und Friedensmacht auftreten. Dafür müssten jedoch vor allem zivile Instrumente der Konfliktbearbeitung verstärkt angewendet und eine friedenslogische Politik verfolgt werden.

Aufbauend auf den Erfolgen der von Deutschland mitinitiierten Ost-West-Entspannung seit den 1970er Jahren bietet sich die Chance, europäische Sicherheit wesentlich stärker durch die effektiveren und nachhaltigeren Mittel ziviler und gewaltfreier Sicherheitspolitik zu gewährleisten. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen definierte 2017 den Ausbau der Diplomatie und die Schaffung wirtschaftlicher Entwicklungsperspektiven für die EU-Anrainerstaaten als wesentliche Pfeiler einer eigenständigeren europäischen Sicherheitspolitik[5].

Wenn hier von einem Veränderungsprozess von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik durch deutsche Nachhaltigkeitspolitik bis zum Jahr 2040 die Rede ist, dann geht es auch um die Konversion der bewaffneten Institution Bundeswehr, die zu Abschreckungszwecken, aber auch zur Ausübung von Zwang auf gewaltsame Formen der Konfliktaustragung ausgelegt ist.

Die Autor*innen dieses Textes wollen mittels eines Szenarios zeigen, wie sich die deutsche Sicherheitspolitik von einer militärischen zu einer zivilen Sicherheitspolitik entwickeln kann.

5 Das tat die Verteidigungsministerin von der Leyen verbal in der ARD-Sendung „Anne Will“ am 22.01.2017.

1.2 Ausgangspunkt – der Beschluss der Landessynode

Bereits am 24. Oktober 2013 hat die Landessynode der Evangelischen Landeskirche in Baden nach einem fast zweijährigen Diskussionsprozess in den Kirchenbezirken einen friedensethischen Beschluss gefasst mit dem Ziel, eine Kirche des gerechten Friedens zu werden.

Der Beschluss enthielt neben einem Kapitel mit Impulsen zum Thema „Frieden lernen“ zwölf Konkretionen, die die Veränderung der Landeskirche zu einer „Kirche des gerechten Friedens“ unterstützen.

Unter der Ziff. 3.1.6 steht der folgende Teilbeschluss:

„Gleich dem nationalen Ausstiegsgesetz aus der nuklearen Energiegewinnung, gilt es – möglicherweise in Abstimmung mit anderen EU-Mitgliedsstaaten – ein Szenario zum mittelfristigen Ausstieg aus der militärischen Friedenssicherung zu entwerfen.“[6]

Auf der Grundlage dieses Beschlusses wurde im Umsetzungsplan vom 24. September 2014 vereinbart, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die ein Szenario entwirft, welches dann auf einer internationalen Tagung diskutiert werden soll.

Der Arbeitskreis konstituierte sich am 23.10.2015 mit folgenden Mitgliedern:

- Ralf Becker, Koordinator „gewalt*frei* handeln“, Wethen
- Stephan Brües, Co-Vorsitzender „Bund für Soziale Verteidigung“ (BSV); sowie Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG-VK), Wiesloch

6 In diesem Beschluss heißt es weiter: „Mitglieder und Mitarbeitende des EOK sowie Synodale werden gebeten, dieses Anliegen bei Begegnungen mit den in der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) zusammengeschlossenen Kirchen einzubringen.“ Nach Auskunft des Amtes für Mission und Ökumene im Evang. Oberkirchenrat wäre die „Konferenz Europäischer Kirchen“ (KEK) die betreffende Partnerorganisation.
Evang. Oberkirchenrat [Hg.] (2014): Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens (Lk 1,79). Ein Diskussionsbeitrag aus der Evangelischen Landeskirchen in Baden. Karlsruhe: Zentrum für Kommunikation

- Aline Jung, Evangelische Frauen in Baden, „Frauen unterwegs für das Leben“, Ettenheim
- Christof Grosse, pax christi-Diözesanverband Freiburg, Pforzheim
- Lucas Gutjahr, Leitungskreis im Jugendwerk Karlsruhe
- Dr. Dirk-M. Harmsen, Leitungskreis Forum Friedensethik in der Evangelischen Landeskirche in Baden, Karlsruhe
- Michael Held, Ökumenisches Netz Deutschland, Bad Hersfeld †
- Christian Keller, Dekan i.R., Villingen
- Stefan Maaß, Friedensbeauftragter der Evangelischen Landeskirche in Baden; Leiter dieser Projektgruppe, Karlsruhe
- Oberkirchenrat Prof. Dr. Christoph Schneider-Harpprecht, Evangelischer Oberkirchenrat Karlsruhe
- Theodor Ziegler, Koordinationskreis Friedensethische Neuorientierung, F-Algolsheim

1.3 Vorgehensweise zur Erstellung des Szenarios „Sicherheit neu denken“ - Szenariotechnik

Die Arbeitsgruppe hatte das Ziel, bis zum Herbst 2018 ein Szenario zu entwerfen, das die Möglichkeiten gewaltfreier Selbstbehauptung einer demokratischen und an den Menschenrechten orientierten Gesellschaft aufzeigt und Wege eines mittelfristigen Umstiegs von der militärischen zu einer zivilen Friedensicherung entwirft. Zur Erreichung dieses Ziels wird die sogenannte Szenariotechnik verwendet.

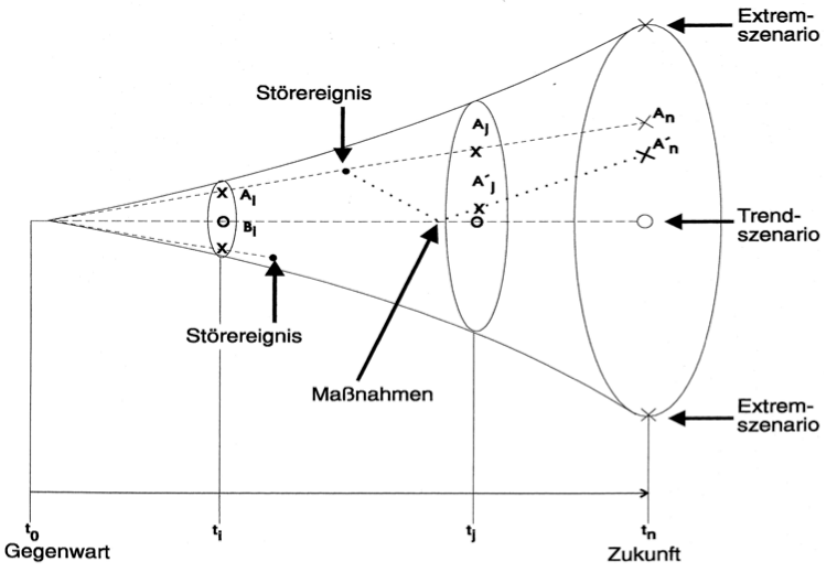
Die Szenariotechnik wurde in den 1950er Jahren im Rahmen militärischer Studien entwickelt und in den 1970er Jahren als Technik in Wirtschaftsfragen aufgegriffen. Sie ermöglicht, komplexe Zusammenhänge und Wechselwirkungen darzustellen. „Die Technik wird meistens dann angewandt, wenn es um die Lösung von Zukunftsproblemen, um globale Weltmodelle oder um langfristige Entwicklungsprognosen geht.“[7]

7 Albers, Olaf; Broux, Arno (1999): Zukunftswerkstatt und Szenariotechnik. Ein Methodenbuch für Schule und Hochschule. Weinheim u. Basel, S.57

Die Szenariotechnik arbeitet mit drei unterschiedlichen Szenarien:

- positives Extremszenario: Es bezeichnet die günstigste mögliche Zukunftsentwicklung,
- negatives Extremszenario: Es bezeichnet den schlechtesten möglichen Entwicklungsverlauf,
- Trendszenario: es beinhaltet die Fortschreibung der heutigen Situation in die Zukunft.[8]

Auch wenn man die Zukunft nicht vorhersehen kann, gehen die Anwender der Szenariotechnik davon aus, dass sich die Zukunft zwischen diesen Extremsituationen, welche im Bild des Szenariotrichters dargestellt sind, abspielen wird.



Natürlich gibt es auch Störungen der Verläufe, die nicht vorherzusehen sind, doch bei der Entwicklung der Szenarien wird darauf geachtet, dass sie möglichst stabil sind, d. h. verschiedene Störungen werden bereits mitgedacht. So hilft die Verwendung der Szenariotechnik, komplexe Zu-

8 a.a.O., S. 59

sammenhänge darzustellen und die Entwicklung von Alternativen zu ermöglichen.

Die Arbeitsgruppe nimmt dabei den Zeitraum bis 2040 in den Blick, was im Bereich der Zukunftsforschung einem mittelfristigen Betrachtungszeitraum entspricht[9]. Begonnen wird mit einem Kapitel „Analyse“, in dem kurz einige Bedrohungen und Entwicklungen, die für die Sicherheit relevant sind, beschrieben werden. Das Positivszenario wird entsprechend des Auftrags am umfangreichsten dargestellt und beginnt mit einer fiktiven Gratulation der UNO-Vollversammlung im Jahr 2040. Dem gegenüber stehen ein Trend- und ein Negativszenario in Form sogenannter Meilensteine. Durch den Vergleich der drei Szenarien ist es leichter zu erkennen, in welchen Handlungsfeldern Veränderungen eingeleitet werden können.

Nach der Beratung des ersten Entwurfs durch Expert*innen aus Wissenschaft, Politik, Militär, Kirchen und Zivilgesellschaft wurden die Szenarien im zweiten Halbjahr 2017 überarbeitet.

Mit der Veröffentlichung dieses Buches wird das Szenario „Sicherheit neu denken“ den badischen Landessynodalen sowie der Fachöffentlichkeit präsentiert.

1.4 Wohin soll es konkret gehen?

„Wir müssen aus der Unentschlossenheit heraus zum Handeln kommen. Wir müssen neue Mittel und Wege finden, um für den Frieden … und für die Gerechtigkeit überall in der sich entwickelnden Welt einzutreten, in einer Welt, die vor unserer Haustür beginnt. Wenn wir jetzt nicht handeln, so wird man uns in jene dunklen und schrecklichen Verließe der Zeit werfen, die für jene bestimmt sind, die Größe ohne Mitleid, Macht, ohne moralische Verantwortung und Stärke ohne Weitsicht handhaben. Laßt uns jetzt anfangen.“

(Martin Luther King)[10]

9 Vgl. Varwick und Stock 2012, S. 392
10 King 1981, S. 92

Nachhaltige zivile Sicherheitspolitik beruht auf einer Friedensethik, in der sich die Gedanken und Handlungen nicht nur auf die eigenen nationalen Interessen beziehen, sondern zugleich reflektieren, welche Folgen diese für die Menschen in anderen Ländern haben. Sicherheit besteht in dieser Perspektive (nur) als gemeinsame Sicherheit aller Beteiligten.

Das gilt sowohl für den Einzelnen in seinem privaten Alltag als auch für die Akteure in Wirtschaft, Politik, Kultur, Erziehung und Wissenschaft. In diesem Szenario entwickelt die Gesellschaft als Ganzes eine Orientierung gemeinsamer Sicherheit als Weg und Ziel, um der Kultur der Gewalt entgegentreten und eine Kultur des Friedens entwickeln zu können.

Gemeinsame Sicherheit bedeutet, für die eigene Sicherheit einen Lebens- und Wirtschaftsstil zu praktizieren, der die ökologischen Ressourcen der Erde nur entsprechend unseres Bevölkerungsanteils in Anspruch nimmt und weltweit zu ökologisch und sozial gerechten Wirtschaftsbeziehungen führt. Es geht um eine konsequente Umsetzung der auf UN-Ebene vereinbarten Ziele weltweiter nachhaltiger Entwicklung bis zum Jahr 2030.

Dieses Szenario führt dazu, finanzielle Mittel bis zum Jahr 2040 konsequent von militärischer Sicherheitspolitik hin zu ziviler Konfliktprävention und -bearbeitung umzulenken. Deutschland agiert dann mit anderen Staaten als ziviler Akteur innerhalb von EU, OSZE, UNO und NATO und fördert auf diese Weise europa- und weltweit eine bewusste Lernkultur für gewaltfreie Konfliktbearbeitung, die international eine entmilitarisierte Konfliktbearbeitung durch UN-Polizeikräfte, die Ächtung und Abschaffung von Krieg und Militär sowie die Förderung gewaltfreier Konfliktkultur einleitet.

Das grundlegende globale **Leitbild dieses Szenarios** ist folgendes:

Die (reformierte) UNO ist die zentrale Instanz, die das friedliche Zusammenleben der Völker und Nationalstaaten regelt. Sie ist organisatorisch ein Dachverband kontinentaler Organisationen (OSZE, OAS, AU, ASEAN etc.) mit jeweils eigenen Sicherheitsräten und Polizeikräften. Auf der ganzen Welt werden Konflikte wesentlich über gewaltfreie Mechanismen (Prävention, Frühwarn- und Frühreaktions-Systeme) bearbeitet, die in allen Kulturen auf dieser Erde vorhanden sind. Sie führen zu Anerkennung, Ausgleich und fairen Ergebnissen, die die Ursachen gewaltsamer Konflikteskalation überwinden.

Sollten diese Mechanismen nach Beschluss der Kontinental-Sicherheitsräte nicht greifen, werden UN-Polizei- und -Peacekeeping-Kräfte eingesetzt. Deren Missionen sind den Menschenrechten und dem Schutz von Menschenleben verpflichtet und deren Mitarbeiter*innen sind für die zivile unbewaffnete Friedenssicherung in den Instrumenten und Methoden der Zivilen Konfliktbearbeitung ausgebildet.

Da die UNO bzw. die Kontinentalorganisationen strukturell und finanziell in der Lage sind, den Schutz der Menschen aller Nationalstaaten zu gewährleisten, fallen Gründe für die Aufrechterhaltung nationaler Armeen fort. Die Ächtung von Kriegen erhält eine praktische Umsetzung.

Aufgrund der Bedeutung des globalen Welthandels werden die Institutionen und Regelungsmechanismen der WTO in den Dienst einer Organisation der Weltwirtschaft nach gleichen sozialen und ökologischen Standards gestellt. Das beschriebene globale Leitbild ist eine konsequente Weiterentwicklung der 17 Sustainable Development Goals (SDGs) – der 17 globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung bis 2030.

1.5 Wer soll die Veränderung vollbringen?

Da Politik immer auch ein Zusammenspiel gesellschaftlicher Kräfte ist, braucht es für die Realisierung dieses Szenarios vergleichbar dem Ausstieg aus der Atomenergienutzung eine breite zivilgesellschaftliche Bewegung. Ähnlich der erfolgreichen Erlassjahr-Kampagne „Entwicklung braucht Entschuldung“ in den Jahren 1996-2000 können die Kirchen auch hier eine wirksame Vorreiterrolle übernehmen, insbesondere was die Umsetzung der SDGs angeht. Die SDGs und das Szenario „Sicherheit neu denken“ können von der Ökumenischen Bewegung aufgegriffen und in die Zivilgesellschaft hinein transportiert werden. Die breite Diskussion der Nachhaltigkeitsziele und dieses Szenarios kann sich für ihre zügige Umsetzung als außerordentlich hilfreich erweisen.

Ausgehend von der Initiative der Evangelischen Landeskirche in Baden, die ab 2018 in ein zivilgesellschaftliches Bündnis in ganz Deutschland münden kann, können sich insbesondere kirchliche Netzwerke (auch mit anderen Religionsgemeinschaften) in Europa bis zum Jahr 2040 für eine Akzeptanz einer nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik einsetzen.

1.6 Wie kann eine Demilitarisierung entwickelt werden?

Den Verfasser*innen ist klar, dass der Weg zu einer Sicherheitspolitik ohne eine militärische Komponente ein langer Prozess ist, der ein neues Denken erfordert. Für viele Menschen ist eine Abkehr von der militärgestützten Sicherheitspolitik eine Provokation. Trotzdem kennen und praktizieren wir innerhalb der EU bereits seit über 70 Jahren sehr erfolgreich gewaltfreie Formen der Konfliktaustragung, die auch weltweit denkbar und zukunftsfähig sind.

Eine Veränderung hin zu nachhaltiger ziviler Sicherheitspolitik benötigt ein schrittweises Gewinnen derjenigen, die heute noch das Vorhandensein einer Armee als eine für die Sicherheit notwendige Institution befürworten.

Das hier vorgelegte Positivszenario verfolgt das Ziel, ein alternatives Denken gegenüber einer Sicherung durch Militär zu ermöglichen, ja zu ihm zu befreien. Mit ihm beabsichtigen die Autoren die Vision einer Welt ohne Militär, in der Konflikte gewaltfrei ausgetragen und gelöst werden, möglichst konkret darzustellen und attraktiv zu machen. Das gleiche gilt für den Weg beziehungsweise den Prozess dorthin. Die „andere Welt“, die möglich ist, soll zudem möglichst knapp und anschaulich vorgestellt werden. Doch dies hat seinen Preis. Die knappe Form führt dazu, dass die Vorstellungen notwendiger und möglicher politischer und sozialer Veränderungen und Handlungen im Szenario weitgehend unterkomplex sind und im Fall einer Umsetzung entsprechend variiert werden müssen. Das Szenario erhebt also keinesfalls den Anspruch eines Masterplanes oder einer wissenschaftlichen Expertise. Es will vielmehr dazu anregen, die in ihm entwickelten Konkretionen den aufkommenden Komplexitäten und Konflikten entsprechend zu verändern und anzupassen.

1.7 Hindernisse und deren Überwindung

Psychologische Hindernisse

Der Gedanke der Notwendigkeit, seine Familie und Gruppe gegen Angriffe mit gewaltsamen Mitteln verteidigen zu können, beruht auf anthropologischen, vor allem aber auch auf kulturellen Gegebenheiten, also letztlich der Erziehung im Umgang mit Konflikten. Den Schutz eines Kollektivs einer

bewaffneten Macht anzuvertrauen, ist nicht nur, aber auch Ausdruck einer Übertragung der anthropologisch, kulturell und medial vermittelten Umgangsweisen mit Konflikten auf eine höhere Ebene.

Diese so leicht nachvollziehbaren und scheinbar einfachen Mechanismen im Umgang mit Konflikten zu hinterfragen und zugunsten der aktiven Gewaltfreiheit zu verändern, ist das Ziel. Dabei kann auf den vorhandenen Friedenswunsch der meisten Menschen aufgebaut werden. Es gilt, schon von Kindesbeinen an gewaltfreie Wege zu vermitteln.

Allerdings lassen Ängste, Bedrohungen und Gefühle der Bedrohung Menschen eher zu Gewalt, bis hin zu extremer, nicht vorstellbarer Gewalt, greifen. Der Psychologe Philip Zimbardo beschreibt dies als einen Prozess, der erzeugt werden kann: „Der Prozess beginnt mit der Erzeugung stereotyper Vorstellungen und entmenschlichter Wahrnehmungen des Anderen als wertlos, als allmächtig, als fundamentale Bedrohung geschätzter Überzeugungen und Wertvorstellungen. Wenn die öffentliche Angst geschürt ist und die Bedrohung durch den Feind imminent erscheint, werden vernünftige Menschen irrational, unabhängige Menschen zu blinden Konformisten und friedliebende Menschen zu Kriegern. Dramatische Bilder des Feindes auf Plakaten, im Fernsehen, auf Zeitschriftentiteln, in Kinofilmen und im Internet nisten sich in den Nischen des limbischen Systems, diesem archaischen Teil des Gehirns, ein und erzeugen dort übermächtige Gefühle der Angst und des Hasses.“[11] Im Vorfeld aller kriegerischen Entscheidungen lassen sich genau diese Mechanismen erkennen. Dies war sowohl vor dem Kosovo-Krieg, als auch beim Afghanistan-Einsatz oder auch beim Irak-Krieg 2003 sehr deutlich wahrzunehmen. Teilweise waren diese Meldungen auch Irreführungen bzw. unbewiesene Behauptungen. Die Terrororganisation Islamischer Staat (IS) hat mit der Erstellung von Enthauptungsvideo genau diese Ängste bewusst provoziert, um die westlichen Staaten zu zwingen, ihr hässliches Gesicht der Gewalt zu zeigen.

„Kampagnen richten sich dabei“, so der Friedens- und Konfliktforscher Henrik Paulitz „oftmals wochen-, wenn nicht monatelang in täglicher Dauer-Wiederholung gegen weltweit nur wenige ausgewählte Politiker, denen beständig Negatives angelastet wird. Sogar sehr kritische politische Beob-

11 Zimbardo und Petersen 2008, S. 9–10

achter unterliegen meistens irgendwann der Auffassung, dass es sich um ‚Schurken' handele, die gestoppt werden müssen. Für breite Zustimmung zu Kriegseinsätzen wird so eine der Grundlagen gelegt."[12]

Solche Erfahrungen führen bei vielen Menschen dazu, dass die Vorstellung, auf die Bundeswehr zu verzichten, wiederum Angst macht.

Der US-amerikanische Theologe Walter Wink nannte ein weiteres Phänomen, das die Anwendung von Gewalt fördert: Den „Mythos der erlösenden Gewalt. (…) Der Glaube, dass Gewalt rettet', ist so erfolgreich, weil er uns keineswegs wie ein Mythos vorkommt. Gewalt erscheint einfach in der Natur der Dinge zu liegen. Sie funktioniert. Sie erscheint unausweichlich, das letzte - oft auch das erste - Mittel bei Konflikten. Wenn eine Gottheit die Instanz ist, an die man sich wendet, wenn alles andere fehlschlägt, dann stellt die Gewalt mit Sicherheit eine Gottheit dar. Allerdings übersehen die Menschen den religiösen Charakter der Gewalt, die von ihren Anhängern absoluten Gehorsam bis in den Tod verlangt."[13]

Um diese Ängste zu reduzieren, braucht es sowohl die Erfahrungen, dass auch politische Konflikte gewaltfrei gelöst werden können, als auch das Bewusstwerden der Manipulation durch Angst - auch wenn es schwer ist, sich diesen Mechanismen zu entziehen.

Mit ihrer Konkretion „Frieden lernen" hat die Evangelische Landeskirche in Baden in ihrem Synodenbeschluss von 2013 beispielhaft aufgezeigt, wie dieser psychologische Transformationsprozess gestaltet werden kann.[14]

Ökonomische Hindernisse

Noch immer beruht die globale Marktwirtschaft auf einer wenig gerechten globalen Arbeitsteilung mit höchst unterschiedlichen arbeitsrechtlichen, sozialen und tarifären Standards (freier Verkehr von Kapital, Waren und Dienstleistungen, jedoch nicht der Arbeitskräfte) und einer weltweiten ökologischen Zerstörung u.a. von Regenwäldern. Das Wachstumsdogma ist weiterhin unangefochten. Die Klimaveränderung verstärkt bestehende Konflikte um Ressourcen weltweit. Es ist eine dringende Aufgabe, auch der

12 Paulitz 2017, S.165
13 Wink 2014, S. 48–49
14 Evang. Oberkirchenrat [Hg.] (2014), S. 12

Kirchen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die Beschlüsse der Pariser Klimakonferenz konsequent in die Gesellschaft und Politik hineinzutragen, damit sie nicht mittelfristig versanden.

Bisher meinen wir, außerhalb der EU unseren Lebensstandard und unseren dafür notwendigen Zugang zu Rohstoffen gewaltsam mithilfe der Bundeswehr verteidigen zu müssen (siehe Weißbuch 2016 zur Sicherheitspolitik). Henrik Paulitz hat darüber hinaus in seinem Buch „Anleitung gegen den Krieg“ gezeigt, dass wirtschaftliche Interessen die Hauptmotivation für Kriege sind, dass das Menschenrechtsargument oftmals nur vorgeschoben ist und dass es stattdessen um Ressourcenkontrolle, Gewinne für die Energiewirtschaft, Rüstungskonzerne und die Ausschaltung unliebsamer wirtschaftlicher Konkurrenz geht.[15] Inzwischen geraten aber Positionen wie die oben genannten unter dem Druck von Bewegungen wie Blockupy, Nuit debout und vielen anderen zunehmend ins Wanken. Nur die ökologisch und sozial gerechte Ausgestaltung des Welthandels und die Konversion der Rüstungsindustrie gewährleisten auf Dauer den Wohlstand sowohl unseres Landes als auch den der anderen Länder dieser Welt.

Politische Hindernisse

Sicherheit definieren wir bisher vor allem als militärgestützte Sicherheit innerhalb der EU und der NATO. Eine solche Politik basiert auf einer konfrontativen Logik, die Dialogprozesse und Rüstungsbegrenzungen erschwert.

Diese Logik kann durch eine internationale Kooperation friedenswilliger Staaten überwunden werden, die schrittweise die rein polizeilich agierende, bisher unterfinanzierte Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) stärken, zivile Friedensdienste ausbauen und ihre Militärausgaben entsprechend kürzen. Impulse aus entmilitarisierten Staaten wie Costa Rica (unter dem Schutz der Organisation Amerikanischer Staaten OAS) und Island (unter dem Schutz der NATO) können dabei helfen. Jedoch sind diese Staaten im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland sehr klein. Dies erfordert, einen eigenen Weg zur Entmilitarisierung zu finden.

15 Paulitz 2017, S. 29ff

Zivilgesellschaftliche Initiativen vor allem aus der Friedensbewegung und den Kirchen können ab 2018 eine deutliche Rückbesinnung auf mehr Distanz zu allem Militärischen anstoßen, wie sie in der frühen Bundesrepublik präsent war angesichts der noch wachen Erinnerung an die Verbrechen und Gräuel der beiden Weltkriege. Die in den ersten Jahren des neuen Jahrtausends gestiegene gesellschaftliche Akzeptanz der Bundeswehr und ihrer Auslandseinsätze kann so einer Durchsetzung ziviler Friedenssicherung weichen.

1.8 Faktengrundlagen und Urheberhinweise

Die im Positivszenario aufgeführten Fallbeispiele und Daten bis einschließlich zum Jahr 2016 basieren auf Fakten, die fast sämtlich dem Vierten Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung des Aktionsplans „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ (Berichtszeitraum: Juni 2010 – Mai 2014) entnommen sind.

Das Positivszenario versteht sich als Zusammenstellung und Weiterentwicklung vieler von anderen Autor*innen geleisteter Beiträge. Zahlreiche Textbausteine des Positiv-Szenarios sind wörtlich oder verändert den im Anhang des Szenarios aufgeführten Publikationen entnommen, ohne dass dies im Einzelnen gekennzeichnet ist. Größere zusammenhängende Beiträge, die einzelnen Autor*innen zuzuschreiben sind, sind als solche gekennzeichnet.

Wesentliche Teile des Positiv-Szenarios beruhen insofern auf Vorarbeiten von Erica Chenoweth und Maria J. Stephan, von Susanne Luithlen, Srdja Popovic, Andreas Buro und Dietrich Becker-Hinrichs sowie der Organisationen Bund für Soziale Verteidigung, Church & Peace, dem Deutschen Mennonitischen Friedenskomitee, pax christi, der Kommission „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg sowie der Bundeszentrale für politische Bildung und der Internationalen Münchner Friedenskonferenz 2016.

1.9 Fokus Deutscher Beitrag

Bei der Erstellung des Positivszenarios zeigt der Fokus auf Deutschland, welchen politischen Spielraum wir als Deutsche bei der Demilitarisierung Europäischer Sicherheitspolitik unserer Ansicht nach haben.

Wenn in dem Szenario verstärkt davon gesprochen wird, dass Deutschland entscheidende Impulse einbringt und auch viele der verändernden Maßnahmen und Schritte initiiert und moderiert, so ist dies keineswegs als Inszenierung einer Dominanz unseres Landes zu verstehen, sondern trägt eher dem Rechnung, dass zwischen den Staaten Souveränitätsrechte zu beachten sind und man nicht einfach anderen Staaten Rollen zuschreiben kann, ohne deren Entscheidungssouveränität zu missachten. Sollte die Grundabsicht des Positivszenarios einmal realisiert werden, ist es wünschenswert und geboten, dass auch andere beteiligte Staaten und internationale Organisationen wesentliche Steuerungsrollen übernehmen.

1.10 Bitte um Weiterverbreitung des Szenarios

Mit dem Szenario „Sicherheit neu denken – Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik“ wollen die Autor*innen dem Diskurs über Sicherheit und Frieden eine neue Richtung geben.

Damit dieses Szenario einer breiteren kirchlichen und gesellschaftlichen Öffentlichkeit zugänglich gemacht und in die kirchliche und gesellschaftliche Debatte eingebracht werden kann, braucht es Ihre Unterstützung. Gern stellen wir das Szenario bei Tagungen und Veranstaltungen vor.

Ansprechpartner:

Stefan Maaß
Kirche des gerechten Friedens werden
Postfach 2269
76010 Karlsruhe

E-Mail: Stefan.Maass@ekiba.de

Weitere Informationen zu dem friedensethischen Prozess der Landeskirche finden Sie auf unserer Homepage: www.kirche-des-friedens.de

Aktuelle Infos zu dem Szenario und eine Kurzfassung des Szenarios finden Sie auch unter www.ekiba.de/friedensszenario

2 ANALYSE

2.1. Bedrohungen und Gefahren

Das Weißbuch 2016 zur Sicherheitspolitik und Zukunft der Bundeswehr nennt folgende zehn Herausforderungen für die deutsche Sicherheitspolitik:

1. Umbrüche in der Internationalen Ordnung
2. Transnationaler Terrorismus
3. Herausforderungen aus dem Cyber- und Informationsraum
4. Zwischenstaatliche Konflikte
5. Fragile Staatlichkeit und schlechte Regierungsführung
6. Weltweite Aufrüstung und Proliferation von Massenvernichtungswaffen
7. Gefährdung der Informations-, Kommunikations-, Versorgungs-, Transport- und Handelslinien und der Sicherheit der Rohstoff- und Energieversorgung
8. Klimawandel
9. Unkontrollierte und irreguläre Migration
10. Pandemien und Seuchen.

Die Leitlinien der Bundesregierung „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ von 2017 definieren folgende fünf Herausforderungen für unsere Sicherheit:

1. Fragile Staatlichkeit als Nährboden gewaltsamer Konflikte
2. Nationalismus, religiöser Fanatismus und gewaltbereiter Extremismus
3. Internationalisierte Konflikte
4. Bevölkerungsdynamik, Klimawandel und Naturkatastrophen
5. Flucht und Migration.

Sowohl das Weißbuch zur Sicherheitspolitik aus dem Jahr 2016 als auch die Leitlinien zur Krisenprävention aus dem Jahr 2017 betonen die Notwendig-

keit und Priorität nichtmilitärischer politischer Prozesse zur Gewährleistung unserer Sicherheit.

Darüber hinaus erfahren wir, wie die Sicherheit unserer demokratischen Gemeinwesen in Europa seit einigen Jahren auch durch die Wahl autoritärer Regierungen von innen heraus gefährdet ist. Die Politik Donald Trumps in den USA, Recep Tayyip Erdogans in der Türkei, Victor Orbáns in Ungarn, der PiS-Regierung in Polen sowie die befürchteten Wahlgewinne durch Geert Wilders in den Niederlanden und Marine Le Pen in Frankreich bedrohen unsere Demokratie vielleicht stärker als weitgehend unrealistische gewaltsame Interventionen ausländischer Armeen.

Insgesamt fällt bei den genannten Herausforderungen auf, dass sie alle außerhalb des eigenen Wirkungsbereichs zu liegen scheinen. Die Bedrohung kommt immer von außen (Klimawandel, Terror, zerfallende Staaten, Geflüchtete, usw). Dass Deutschland bzw. Europa diese Bedrohungen jedoch fördern, wird nicht in Erwägung gezogen. So erfüllt Deutschland bisher nicht die versprochenen Klimaziele, auch dies bedroht unsere Sicherheit. Kriege belasten die Umwelt enorm.

Der nicht erklärte Krieg

Wirtschaftliche Ressourcenkontrolle ist eine der wesentlichen Zwecke der Ausübung militärischer Macht. In kriegerischen Auseinandersetzungen wird in aller Regel die wirtschaftliche Infrastruktur der angegriffenen Länder zerstört. Die Sicherung des Ölpreises und das Ausschalten von unliebsamen Konkurrenten auf dem Markt des Rohstoffhandels ist ein Motiv vieler Akteure. Darauf hat unter anderem Hendrik Paulitz in seinen Studien hingewiesen. Und es gibt Kriegsgewinnler in der Wirtschaft. [16].

Dieses Verhalten stellt natürlich eine Bedrohung auch für die Sicherheit in Europa dar. Der Glaube, dass militärische Interventionen der Bevölkerung in den betroffenen Ländern dienen, schwindet immer mehr. Weder in Afghanistan noch im Irak oder in Libyen gibt es Sicherheit, und von einem wirtschaftlichen Aufschwung kann schon gar keine Rede sein. Dies sind jedoch die Hoffnungen der Bevölkerung, wenn sie einer Intervention im eigenen Land zustimmen. Werden diese auf Dauer enttäuscht und gibt es

16 Paulitz 2017, S. 64ff

für die Menschen keine Perspektive, dann werden sie andere Gruppen unterstützen, um zumindest die „Besatzer“ und Fremden wieder los zu werden. So erklärt sich u.a. auch das Wiedererstarken der Taliban und die Entstehung des sogenannten Islamischen Staates (IS). Wenn dann darauf mit mehr militärischer Gewalt reagiert wird, dann weitet sich der Krieg aus (Bombenanschläge in Europa) und eskaliert. Es kann zu einer Endlosauseinandersetzung kommen, die sich eine gelegentliche Pause gönnt, die den Eindruck erweckt, die Situation habe sich beruhigt.

Glaubwürdigkeitskrise der westlichen Demokratien

Eine weitere Bedrohung stellt die Glaubwürdigkeitskrise der westlichen Politik da. In den letzten 20 Jahren wurden militärische Aktionen vorgeblich zum Schutz von Menschenrechten durchgeführt, gleichzeitig verübten die durchführenden Staaten selbst Menschenrechtsverletzungen (wie z.B. im Irak) oder sie unterstützen mit Waffen Staaten, die die Menschenrechte mit Füßen treten (wie z.B. Saudi-Arabien). Dies erweckt manchmal den Eindruck, dass die Menschenrechte nicht für alle gleich gelten. Damit verlieren diese aber an Wert.

Erosion der UNO

Militäreinsätze, die ohne Zustimmung der UNO durchgeführt werden, vermindern die Bedeutung der UNO und sind somit friedensgefährdend. Diese Entwicklung hat mit dem Kosovo-Krieg begonnen und endet aktuell mit dem Einsatz in Syrien, bei welchem gar nicht mehr versucht wurde, eine Zustimmung einzuholen.

2.2. Positive Entwicklungen

Gewaltfreie Widerstände

Die Anzahl der gewaltfreien Proteste und Widerstände hat in den letzten zehn Jahren zugenommen. Viele Menschen haben erkannt, dass es wichtig ist, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen und sich gewaltfrei zu wehren. Dies hat auch dazu geführt, dass Forschungsprojekte zu gewaltfreiem Widerstand (insbesondere in den USA) zugenommen und erstaunliche Erkenntnisse zu Tage gebracht haben. Gewaltfreier Widerstand ist

doppelt so erfolgreich wie ein bewaffneter Aufstand.[17] Gewaltfreier Protest zeigt sich immer stärker in transnationalem Widerstand, und der Erfolg dieser Art des Widerstands wurde mit der Verleihung des Friedensnobelpreises an ICAN im Jahr 2017 belohnt. Gefördert werden diese Aktivitäten durch die leichtere weltweite Kommunikation über das Internet und die sozialen Medien.

Kirchen zeigen mit dem Leitbild des gerechten Friedens ein verstärktes Engagement

Auch wenn Religionen allgemein häufig als gewaltfördernd und als Konfliktursache wahrgenommen werden, haben sie doch ein enormes Friedenspotential, das nach wie vor zu wenig wahrgenommen wird. Der Friedensforscher Markus Weingardt hat in einer umfassenden Untersuchung dargestellt, wie Religionen „als politisch wirksame Kraft als erfolgreiche Friedensstifter in konkreten inner- und zwischenstaatlichen Konflikten, als Vermittler nach Jahren oder Jahrzehnten des Mordens und Hassens, als Motoren des Wandels und Vorkämpfer für Gewaltlosigkeit und Versöhnung“[18] einen wichtigen Beitrag zum Frieden leisten. In den letzten 20 Jahren ist der Begriff „Gerechter Friede“ ökumenisch und weltweit zum Leitbild des kirchlichen Friedenshandelns geworden, so im Katholischem Hirtenwort der Bischofskonferenz (2000), in der Friedensdenkschrift der EKD (2007), im Ökumenischen Aufruf zum Gerechten Frieden in Jamaika (2011), in der Erklärung über den Weg des gerechten Friedens der 10. Vollversammlung des Ökumenischen Rats der Kirchen in Busan (2013). In all diesen Texten wird zum Frieden-Stiften aufgerufen. Gewaltfreiheit spielt eine besondere Rolle. Allerdings halten sich die Texte die Möglichkeit offen, militärische Gewalt zum Schutz von Menschen einzusetzen.

Einen deutlich stärkeren Impuls mit einem klareren Votum für Gewaltfreiheit gab es durch den friedensethischen Prozess, der 2011 in der Evangelischen Landeskirche in Baden begann und inzwischen in verschiedenen anderen Landeskirchen ebenfalls aufgegriffen wurde.[19] Auch Papst Franziskus ruft Christen inzwischen zur Gewaltfreiheit auf (2017).

17 Siehe Chenoweth und Stephan 2011
18 Weingardt 2007 S.13
19 Einen guten Überblick über die Friedensaktivitäten der Kirchen bietet die epd-Dokumentation Nr. 34-35 (22.08.2017): Aufgabe und Weg: „Kirche des gerechten Friedens werden“.

Schlussfolgerung

Nehmen wir die von der Bundesregierung formulierten Herausforderungen ernst, so lässt sich durch eine Umschichtung der heutigen Ausgaben für die Bundeswehr (aktuell fast 40 Mrd. Euro pro Jahr) in eine zivile Sicherheitspolitik und eine resiliente Demokratie unsere Sicherheit nachhaltiger erhöhen als durch eine diskutierte Erhöhung unserer Militärausgaben auf 2 % unseres Bruttosozialprodukts (= mehr als 60 Mrd. Euro pro Jahr).

Die Aufzählung der heutigen Herausforderungen unserer Sicherheitspolitik erinnert daran, dass nach dem Ende des Dreißigjährigen Krieges in vielen Städten die Stadtmauern niedergerissen wurden, weil sie angesichts vermehrter Distanzwaffen keinen militärischen Schutz mehr darstellten. Heute erscheint eine militärische Sicherheitspolitik ähnlich veraltet wie die damaligen Stadtmauern.

Auch den klassischen Auftrag der Landesverteidigung kann die Bundeswehr wegen der Kriegsuntauglichkeit der europäischen Zivilisation nicht mehr umsetzen. Das betrifft insbesondere den Schutz unserer sensiblen Stromnetze: Ohne Elektroenergie kein Licht, kein Wasser, keine digitale Kommunikation, keine stabile gesundheitliche Versorgung, kein Bahntransport – letztlich der völlige Zusammenbruch der gesamten Zivilisation.

3 POSITIVSZENARIO „NACHHALTIGE ZIVILE SICHERHEIT“

3.1 2040: DIE UN-Vollversammlung gratuliert

Nachdem im Jahr 2037 die NATO und die EU den vollständigen Umstieg Deutschlands von militärischer zu ziviler Sicherheitspolitik akzeptiert haben, wird Deutschlands neue Rolle in Europa 2040 neben der Österreichs, Schwedens und der Niederlande[20] von der UN-Vollversammlung als wegweisend anerkannt:

„Aus der Erfahrung zweier leidvoller Weltkriege heraus hat Deutschland seine Sicherheitspolitik konsequent auf nicht-militärische Mittel umgestellt. Deutschland dient damit in vorbildlicher Weise dem kollektiven Sicherheitssystem des Friedens und der Gerechtigkeit innerhalb der EU, der OSZE und der Vereinten Nationen.

Insbesondere dank solcher mutiger Entscheidungen von Ländern wie Deutschland, Österreich, Schweden und den Niederlanden haben wir die weltweiten Entwicklungsziele 2040 zum guten Teil erreichen können. Mögen in Zukunft viele Länder diesem Beispiel folgen und so zu einer nachhaltigen und friedlichen Entwicklung unseres Planeten beitragen.“

Mit jährlich 33 Mrd. Euro ist Deutschland mittlerweile der größte Finanzier der Strukturen und Programme der UNO. Allein in den UN-Entwicklungsplan mit Afrika und dem Nahen Osten investiert Deutschland jährlich 12 Mrd. Euro. Die dank dieses seit fünfzehn Jahren erfolgreichen Programms erreichte wirtschaftliche Stabilität der Region und ihrer Staaten hat zu einem radikalen Rückgang der Zahl sogenannter Wirtschaftsflüchtlinge aus Afrika und dem Nahen Osten nach Europa geführt. Gleichzeitig liefern Afrika und der Nahe Osten inzwischen 30 % der in Europa benötigten regenerativen Energie.

20 Die Nennung Osterreichs, Schwedens und der Niederlande erfolgt unabhängig von den jeweiligen aktuellen politischen Entwicklungen in diesen Ländern gewissermaßen als Synonym für andere europäische Staaten, die sich ebenfalls für eine zivile Sicherheitspolitik engagieren.

Mit 6 Mrd. Euro finanziert Deutschland die zivilen Krisenpräventions- und Interventionskräfte der UN-Regionalorganisation OSZE. Dank seiner anerkannten Friedensakademien und seiner wirksamen Kooperation staatlicher und zivilgesellschaftlicher Organisationen gilt Deutschland weltweit als vorbildlicher Ausbilder ziviler Friedensfachkräfte. Auch Deutschlands Integrationsprogramme für Geflüchtete, Arbeitslose und sonstige Randgruppen finden Anerkennung. Dank der Umrüstung von militärischer auf nicht-militärische Friedenssicherung kann das Land jährlich zusätzliche 60 Mrd. Euro in die eigene wie weltweite soziale Entwicklung und damit in die Gemeinsame Sicherheit investieren.

Deutschland ist in diesem Szenario im Jahr 2040 durch seine fortbestehende Mitgliedschaft in der NATO und in der EU weiterhin auch in deren militärische Strukturen eingebettet. Gleichzeitig genießt Deutschland großen Respekt für seinen Aufbau effektiver nicht-militärischer Sicherheitsstrukturen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU, der UNO und der OSZE.

Die ständige Einsatzbereitschaft von 50.000 Friedensfachkräften und deren weltweites Wirken sind 2040 aus der Sicherheitspolitik nicht mehr wegzudenken.

Sowohl Österreich, Schweden, die Niederlande, Frankreich, Italien, Großbritannien als auch zahlreiche ost- und andere nordeuropäische Staaten kooperieren inzwischen mit Deutschland in diesem Bereich und bauen ihre eigene zivile Sicherheitspolitik weiter aus.

3.2 Kampagne der Zivilgesellschaft und der Kirchen für eine zivile Sicherheitspolitik

3.2.1 DIE KAMPAGNE BIS ZUM BUNDESTAGSBESCHLUSS 2025

2018 beauftragt die Landessynode der Evangelischen Landeskirche in Baden ihre Kirchenleitung, ihr Szenario „Sicherheit neu denken. Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik. Ein Szenario bis zum Jahr 2040“ gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen und kirchlichen Organisationen bis zum Jahr 2020 in die deutsche und europäische Debatte einzubringen.

Daraufhin wird das Szenario von **2018 bis 2019** gemeinsam mit anderen Landeskirchen, dem Konsortium Ziviler Friedensdienst, der AGDF, dem

Verein für Friedensarbeit im Raum der EKD, Brot für die Welt, Misereor, Missio, der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung, dem Netzwerk Friedenskooperative, der Kooperation für den Frieden, der Berghof Foundation, Pax Christi, der EAK, dem BSV, Versöhnungsbund sowie der Werkstatt für gewaltfreie Aktion Baden und vielen anderen Organisationen in über 500 Veranstaltungen bekannt gemacht.

Über das europäische Netzwerk church & peace, den Internationalen Versöhnungsbund, die Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) sowie den ÖRK in Genf und die Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (COMECE) wird das Szenario darüber hinaus auch im europäischen Kontext in die gesellschaftliche Debatte eingespeist.

Insbesondere in Österreich, Schweden und den Niederlanden werden die Ideen des Szenarios sowohl von der Zivilgesellschaft und den Kirchen als auch den Regierungen sehr positiv aufgenommen.

Das Szenario für eine nachhaltige zivile Sicherheitspolitik wird dank bundesweiter von verschiedenen Kirchen und zivilgesellschaftlichen Organisationen finanzierter Zeitungsanzeigen, Kampagnen in den sozialen Medien und großflächiger Infoplakate sowie Aktionstage einer breiten Öffentlichkeit bekannt. Verschiedene Nachrichtensendungen berichten über das Szenario, Vertreter*innen des Szenarios erhalten Einladungen zu verschiedenen Fernseh-Talkshows.

Im Jahr 2020 gründet sich die bundesweite Kampagne für eine zivile Sicherheitspolitik mit zunächst 30 Mitgliedsorganisationen, die gemeinsam das Ziel eines entsprechenden Bundestagsbeschlusses im Jahr 2025 formulieren. Die Mitgliedschaft in der als unabhängiger Verein organisierten Kampagne verpflichtet zunächst nur bis zu diesem Zeitpunkt (2025).

Fünfzehn der 30 Mitgliedsorganisationen der Kampagne richten Stellen zur Unterstützung der Kampagne ein. Ein Kampagnenrat mit Vertreter*innen der Evangelischen Landeskirche in Baden sowie sonstiger kirchlicher und zivilgesellschaftlicher Organisationen stimmt die Planung der Kampagnen-Policy sowie konkreter Aktionen miteinander ab.

Durch erfolgreiche Aktionskampagnen sowie eine sehr kreative Öffentlichkeitsarbeit gewinnt die Kampagne bis 2021 bereits über 1.000 Mitgliedsorganisationen.

Im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 gelingt die Bekanntmachung des Szenarios bei Bundestagskandidat*innen aller Parteien durch zahlreiche Podiumsdiskussionen in ganz Deutschland.

2022 intensiviert sich der Dialog der in der Kampagne zusammengeschlossenen zivilgesellschaftlichen und kirchlichen Organisationen mit Abgeordneten und Regierungsmitgliedern insbesondere durch flächendeckende Veranstaltungen kirchlicher Akademien und parteinaher Stiftungen.

Flächendeckende Postkartenaktionen an die Bundestagsabgeordneten sowie kreative Veranstaltungen in jedem Wahlkreis fördern und unterstützen diesen Dialog.

Die EKD erreicht im Zusammenspiel mit der Kampagne die Vergabe einer umfangreichen Studie zu den Möglichkeiten und Grenzen einer nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik durch die Bundesregierung.

Als **2023** der Papst in seiner Enzyklika „fructus iustitiae pax“ alle Staaten, insbesondere die Industriestaaten, auffordert, ihre finanziellen Mittel deutlich von militärischer in Richtung nicht-militärischer Sicherheitspolitik umzuschichten, engagieren sich immer mehr Pfarrgemeinden und Kirchen in Deutschland und Europa für die Kampagne, die Ende des Jahres bereits 3.000 Mitträger-Organisationen aufweist.

Sowohl die Evangelische und die Katholische Kirche in Deutschland, als auch die Kirchen in Österreich, Schweden und den Niederlanden setzen sich in ihren europäischen Netzwerken für eine Akzeptanz der beabsichtigten nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik in den restlichen EU-Staaten ein.

In Umfragen sprechen sich bereits 40 % der Bevölkerung für die Ziele der Kampagne aus.

2024 erreicht die Kampagne dank monatelanger flächendeckender Aktionen ihrer jetzt 5.000 Mitträger-Organisationen vor Bundeswehrstützpunkten und breiter Unterstützung aus den Bistümern und Landeskirchen bundesweite mediale Aufmerksamkeit und Sympathie.

Die im Auftrag der Bundesregierung erstellte Studie zu den Möglichkeiten und Grenzen einer nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik empfiehlt eine schrittweise Umsetzung des von der Kampagne vertretenen Szenarios.

In Umfragen sprechen sich bereits 60 % der Bevölkerung für eine nachhaltige zivile Sicherheitspolitik aus.

2025 findet die Kampagne auf dem ökumenischen Kirchentag in Bonn breite Unterstützung und beherrscht die bundesweite Berichterstattung. Spitzenpolitiker*innen fast sämtlicher Parteien öffnen sich für das Konzept

und sichern eine schrittweise Umsetzung nach der anstehenden Bundestagswahl zu.

3.2.2 DIE KAMPAGNEN BIS ZUM BUNDESTAGSBESCHLUSS 2035

Nach dem Erreichen des Bundestagsbeschlusses 2025 zur Umsetzung des Szenarios in Deutschland sowie ähnlicher Beschlüsse der Parlamente in Österreich, Schweden und den Niederlanden löst sich die 2020 in Deutschland gegründete, zeitlich befristete Kampagnenorganisation für eine zivile Sicherheitspolitik im Jahr 2026 auf.

Anfang 2026 gründet sich als Nachfolge-Organisation der bundesweite zivilgesellschaftliche Verband Gewaltfreiheit mit zunächst 2.500 Organisationen sowie 7.500 Einzelpersonen als Mitgliedern. Dieser Verband entwickelt in Kooperation mit den Kirchen und staatlichen Stellen die flächendeckende Bildungsarbeit sowie weitere zeitlich befristete Kampagnen zur Umsetzung der Säule 4 „Resiliente Demokratie“ und begleitet kritisch-konstruktiv die Umsetzung des Bundestagsbeschlusses im Inland.

Zeitgleich schließen sich auf europäischer Ebene unter Federführung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Genf, der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) sowie des European Peacebuilding Liaison Office (EPLO) in Brüssel zivilgesellschaftliche und kirchliche Organisationen aus dem Raum der EU und der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) zum Forum Zivile Sicherheit zusammen. Dieses Forum wirbt mit verschiedenen Kampagnen in den Kirchen und Zivilgesellschaften der Mitgliedsländer der EU und der EAWU für das Konzept der Gemeinsamen zivilen Sicherheit entsprechend dem Szenario. Federführend sind hier neben Deutschland: Österreich, Schweden und die Niederlande.

Dank intensiver und kooperativer Zusammenarbeit der deutschen Regierung mit dem Forum Zivile Sicherheit sowie dem Verband Gewaltfreiheit gelingt die Schaffung der Voraussetzungen für den Bundestagsbeschluss im Jahr 2035 zur vollständigen Konversion der Deutschen Bundeswehr zu einem rein zivilen Teil des (Internationalen) Technischen Hilfswerks.

3.3 Wegweisende Beschlüsse des Bundestags zur zivilen Sicherheitspolitik

Aufgrund des ab 2018 zunehmenden Drucks aus der Zivilgesellschaft und den Kirchen beschließt der Deutsche Bundestag in den Jahren 2025 und

2035 den Umstieg Deutschlands von einer militärischen zu einer komplett zivilen Sicherheitspolitik im Jahr 2040.

Der Bundestag und die Bundesregierung verstehen diesen Umbau hin zu einer nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik als Beitrag zu einer wünschenswerten Demilitarisierung der Europäischen Sicherheitspolitik.

Beschluss des Deutschen Bundestags im Jahr 2025 für den Umstieg Deutschlands von einer militärischen zu einer nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik

In Erinnerung an die von Deutschland in zwei schrecklichen Weltkriegen ausgegangene Gewalt, in Erinnerung an die gewaltfreie Überwindung der europäischen Teilung im Jahr 1989 und zur Umsetzung der Präambel unseres Grundgesetzes, der zufolge Deutschland von dem Willen beseelt ist, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, sowie in Wahrnehmung ähnlicher Entwicklungen in unseren Nachbarländern Österreich, Schweden und Niederlande beschließt der Deutsche Bundestag:

A FÜNF SÄULEN NACHHALTIGER ZIVILER SICHERHEITSPOLITIK

Deutschland entwickelt in Kooperation mit Österreich, Schweden und den Niederlanden eine nachhaltige zivile Sicherheitspolitik, die auf folgenden fünf Säulen beruht:

I. **Gerechte Außenbeziehungen**
   Gestaltung ökologisch, sozial und wirtschaftlich gerechter Außenbeziehungen

II. **Nachhaltige Entwicklung der EU-Anrainerstaaten**
   Förderung wirtschaftlicher Perspektiven und staatlicher Sicherheit östlich und südlich der EU

III. **Teilhabe an der Internationalen Sicherheitsarchitektur**
   Deutschland als Mitglied der EU, der OSZE, der NATO und der UNO

IV. **Resiliente Demokratie**

V. **Konversion der Bundeswehr und der Rüstungsindustrie**

B Wirtschafts- und Sicherheitspartnerschaft mit Russland

Die Infragestellung der 1990 durch den gewaltfreien Fall der Berliner Mauer erreichten Europäischen Friedensordnung durch die gewaltsame Übernahme der Krim durch Russland sowie durch die gewaltsamen Separationstendenzen in der Ostukraine sind wesentlich eine Folge der Konkurrenz von Russland und der EU um wirtschaftliche Einflusssphären.

Zur Überwindung der dadurch entstehenden Unsicherheit strebt Deutschland bis zum Jahr 2030 die Errichtung einer gemeinsamen Wirtschaftszone der EU und Russlands von Lissabon bis Wladiwostok an, die die Räume der Europäischen Union und der 2014 gegründeten Eurasischen Wirtschaftsunion EAWU (Russland, Weißrussland, Kasachstan, Armenien und Kirgisistan) umfasst.

Deutschland, Österreich, Schweden und die Niederlande werden sich mit aller Kraft sowohl innerhalb der EU als auch gemeinsam mit Russland für die gemeinsame Errichtung dieser gemeinsamen Wirtschaftszone einsetzen, die der Grundbaustein für eine zeitgleich zu vereinbarende Sicherheitspartnerschaft zwischen der EU und Russland ist.

Diese Sicherheitspartnerschaft unter dem Dach der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) soll ab 2030 in ganz Europa eine ständige militärische Abrüstung und den Aufbau einer gemeinsamen OSZE-Polizei zur Wahrung aller vereinbarten Sicherheitsinteressen zwischen den beteiligten Staaten ermöglichen.

C Konversion der deutschen Bundeswehr und der Rüstungsindustrie bis zum Jahr 2040

Das mittels der gemeinsamen EU-EAWU-Wirtschaftszone, der beginnenden Konversion der Bundeswehr, der einsetzenden allgemeinen Abrüstung im Raum der EU und der EAWU sowie des Aufbaus einer gemeinsamen Polizei unter dem Dach der OSZE gegenseitig wachsende Vertrauen soll es dem Deutschen Bundestag ermöglichen, im Jahr 2035 einen Beschluss zur vollständigen Konversion der Bundeswehr und der Rüstungsindustrie bis zum Jahr 2040 zu fassen.

D Aufwertung des bisherigen Bundestags-Unterausschusses für „Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit“ zum Bundestags-Ausschuss „Resiliente Demokratie“

Dieser Ausschuss soll im Jahr 2040 den Verteidigungsausschuss des Bundestags ersetzen.

(Der Beschluss umfasst weitere Details wie eine angestrebte UNO-Reform, die auf den folgenden Seiten dieses Szenarios erläutert sind.)

Auch die Parlamente Österreichs, Schwedens und der Niederlande beschließen ähnliche Maßnahmen.

Beschluss des Deutschen Bundestags im Jahr 2035 zur vollständigen Konversion der deutschen Bundeswehr und der Rüstungsindustrie bis zum Jahr 2040

In Fortführung des im Jahr 2025 vom Deutschen Bundestag gefassten und in den Folgejahren erfolgreich umgesetzten Beschlusses für den Umstieg Deutschlands von einer militärischen zu einer nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik sowie in Anerkennung des seit der Errichtung der gemeinsamen Wirtschaftszone von Lissabon bis Wladiwostok sowie des Aufbaus einer gemeinsamen OSZE-Polizei im Raum der EU und EAWU seit 2030 gewachsenen Vertrauens beschließt der Deutsche Bundestag die vollständige Konversion der Deutschen Bundeswehr zu einem rein zivilen Teil des (Internationalen) Technischen Hilfswerks sowie der Rüstungsindustrie zu einer nur zivile Güter produzierenden Industrie bis zum Jahr 2040.

3.4 Die Pfeiler ziviler Sicherheitspolitik ab dem Jahr 2025

Im Bundestagsbeschluss von 2025 heißt es wegweisend: „Wir wollen die Sicherheitspolitik Deutschlands bis zum Jahr 2040 in Kooperation mit unseren Nachbarn Österreich, Schweden und den Niederlanden konse-

quent auf diese fünf zivilen Säulen umstellen. Dabei basiert Deutschlands nachhaltige zivile Sicherheitspolitik als Beitrag zur Demilitarisierung Europäischer Sicherheitspolitik in Zukunft auf der **frühzeitigen Erkennung und zivilen Bearbeitung von Konflikten**, so dass diese möglichst nicht mehr gewaltsam und militärisch eskalieren.

Gerechte Außenbeziehungen und die Förderung nachhaltiger Entwicklung der EU-Anrainerstaaten wirken hier ebenso präventiv wie das Aushandeln eines umfassenden Wirtschafts- und Sicherheitsabkommens mit der Eurasischen Wirtschaftsunion EAWU unter der Federführung der Russischen Republik.

Schließlich bedarf es auf allen gesellschaftlichen Ebenen des Auf- und Ausbaus **ziviler Konfliktkultur und resilienter Demokratie**.

Je mehr das Bewusstsein und die Erfahrung Deutschlands für die Möglichkeiten ziviler Konfliktprävention und -bearbeitung wachsen, desto mehr wird das Vertrauen in die nachhaltige zivile Sicherheitspolitik wachsen.

Da das allgemeine Sicherheitsbewusstsein seit Jahrtausenden an militärische Sicherheitspolitik gewohnt und geknüpft ist, bleibt Deutschland Teil der auch militärischen Sicherheitsstrukturen der EU, der NATO wie auch der UNO. Mit seinem Beschluss zum neuen Beitrag Deutschlands zur Europäischen Sicherheitspolitik möchte Deutschland jedoch auch seine Nachbarn und verbleibende mögliche Kontrahenten von der Vorteilhaftigkeit rein ziviler und polizeilicher Sicherheitspolitik überzeugen, so dass zukünftig möglichst weltweit auf eine militärische Sicherheitspolitik verzichtet werden kann.“

3.4.1 GERECHTE AUSSENBEZIEHUNGEN

Gestaltung ökologisch, sozial und wirtschaftlich gerechter Außenbeziehungen.

„Gerechtigkeit schafft Frieden“

(Hirtenwort der Deutschen Bischöfe „Gerechter Friede“ aus dem Jahr 2000)

3.4.I.1 Überblick 2040

Deutschland, Österreich, Schweden und die Niederlande

- praktizieren ökologisch, sozial und wirtschaftlich gerechte Außenbeziehungen mit ausgeglichener Außenhandelsbilanz.
- erhöhen stetig den Anteil des zertifizierten Fairen Handels.
- praktizieren einen Lebens- und Wirtschaftsstil, der die ökologischen Ressourcen der Erde nur noch entsprechend ihres Bevölkerungsanteils in Anspruch nimmt.
- setzen ihre im Klima-Abkommen von Paris 2015 zugesicherten Klima-Ziele konsequent um.
- investieren in Kooperation mit ihren europäischen Partnern weltweit in die Beseitigung von Hunger, Elend und Krankheiten. Mit 4 Mrd. Euro jährlich ist Deutschland der größte Beitragszahler des UN-Welternährungsprogramms.

Die Folgen dieser Politik sind:

- Die EU hat die Subventionierung von Agrarexporten eingestellt.
- Die strukturelle Benachteiligung des „globalen Südens“ durch eine westlich dominierte Welthandels- und Weltfinanzordnung ist überwunden.
- Es gibt weltweit transparente und klare gesetzliche Regelungen und leistungsfähige Institutionen im Rohstoffsektor, die Konfliktfreiheit sowie die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards entlang der Rohstoffketten garantieren.
- Deutschland zahlt jährlich 6 Mrd. Euro in den UN-Fonds für Nachhaltige Entwicklung ein.
- Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung investiert darüber hinaus jährlich 6 Mrd. Euro in den weltweiten Klimaschutz.

Der Weg bis 2040

3.4.I.2 Soziale Marktwirtschaft als weltweiter Maßstab

Entsprechend dem erfolgreichen Friedensmodell der Sozialen Marktwirtschaft innerhalb der EU strebt Deutschland generell ökologisch, sozial und wirtschaftlich gerechte Außenbeziehungen an.

Galt Deutschland in Zeiten maßvoller Außenhandelsüberschüsse bereits weltweit als fairer und verlässlicher Handelspartner, so strebt es nach dem Bundestagsbeschluss 2025 explizit die Rolle eines fairen Staates mit ausgeglichener Außenhandelsbilanz an, der seine wirtschaftliche Stärke mit einer Vorreiterrolle für weltweiten sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Fortschritt verbindet.

Deutschland ist auf dem Weg zu einem Lebens- und Wirtschaftsstil, der die ökologischen Ressourcen der Erde nur noch entsprechend seines Bevölkerungsanteils in Anspruch nimmt. Es setzt sich weltweit für ökologisch und sozial gerechte Wirtschaftsbeziehungen ein und erhöht entsprechend dem Vorbild der Schweiz und Großbritanniens stetig den Anteil des zertifizierten Fairen Handels.

Der Einsatz Deutschlands für eine weltweite sozial-ökologische Marktwirtschaft genießt Anerkennung, zum einen wegen Deutschlands aktiver weltweiter Verhandlungsführung und zum anderen wegen der außerordentlichen finanziellen Beiträge, die das Land zu den entsprechenden EU- und UN-Fonds für Nachhaltige Entwicklung leistet.

Größere Verteilungsgerechtigkeit eröffnet Millionen Menschen neue Lebenschancen und trägt zum Abbau zentraler Risiken für Frieden und Sicherheit bei.

Deutschland setzt sich ab 2025 für die Überwindung der Dominanz der Industriestaaten in der Welthandels- und Weltfinanzordnung ein, die den „globalen Süden“ strukturell benachteiligt. Daraus ergeben sich für Deutschlands exportorientierte Wirtschaft zugleich neue und nachhaltige Kooperationsgewinne.

Angesichts der absehbaren Bevölkerungsentwicklung und endlicher Ressourcen, aber auch zur Aufrechterhaltung einer global wirklich akzeptierten internationalen Ordnung, ist für Deutschland Verteilungsgerechtigkeit

im Nord-Süd-Verhältnis gleichbedeutend mit einer vorausschauenden, dem Eigeninteresse folgenden Friedens- und Sicherheitspolitik.

So setzt Deutschland u.a. auf den G20-Treffen und innerhalb der UN die Schaffung eines fairen und transparenten internationalen Schiedsverfahrens für überschuldete Staaten durch, das ab 2030 in Anlehnung an nationale Insolvenzrechte für Schuldner die soziale Marktwirtschaft auch in diesem Bereich globalisiert.

Während Deutschlands Sicherheitspolitik nach 1992 einseitig an seinen nationalen Macht- und Wirtschaftsinteressen orientiert war und die Rohstoffzulieferungen und die Handelswege im Zweifelsfall militärisch absicherte, bemüht sich die nachhaltige zivile Sicherheitspolitik um gerechte Handelsbeziehungen und -abkommen.

Die Globale entwicklungspolitische Rohstoffinitiative

Die Anfang 2012 entstandene Globale entwicklungspolitische Rohstoffinitiative (GeRI) unterstützt die Schaffung transparenter und klarer gesetzlicher Regelungen und den Aufbau leistungsfähiger Institutionen im Rohstoffsektor.

Basierend auf den Empfehlungen des G8-Gipfels 2007 in Heiligendamm, entwickelte die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe 2007/2008 im Auftrag der Bundesregierung gemeinsam mit Partnerinstitutionen ein Rohstoff-Zertifizierungssystem (Zertifizierte Handelsketten – Certified Trading Chains), das erstmals gezielt die Herausforderungen des artisanalen Kleinbergbaus berücksichtigte und neben der „Konfliktfreiheit“ auch andere Umwelt- und Sozialstandards überprüfte.

Nach einer erfolgreichen Pilotphase mit fünf Minen in Ruanda setzte sich die deutsche Unterstützung von Zertifizierungsmaßnahmen zunächst in der Region der Großen Seen und später auf dem gesamten afrikanischen Kontinent und weltweit fort.

Die Relevanz des Themas Rohstoffe und Krisenprävention sowie die deutschen Aktivitäten in diesem Bereich wurden durch den 2014 veröffentlichten EU-Verordnungsentwurf zu verantwortungsvollen Importen von Zinn, Tantal, Wolfram sowie Gold auch im internationalen Rahmen betont.

Durch die globale Ausrichtung der 2020 schließlich verabschiedeten EU-Verordnung gewinnen Sorgfaltspflichtmaßnahmen und Zertifizierungen auch außerhalb der Große-Seen-Region in Afrika an Bedeutung.

In diesem Sinn gerechtigkeitsorientierte Politik ist präventive Sicherheitspolitik, die die Bedürfnisse anderer Staaten nicht mehr als Bedrohung wahrnimmt, sondern fragt: Wo sind wir selbst an den Konfliktursachen beteiligt, worin haben die Anderen möglicherweise ein berechtigtes Bedürfnis, das wir ihnen bislang streitig gemacht haben?

Während militärische Sicherheitslogik alles unternimmt, um jeden erdenklichen Gegner in Schach halten zu können und den eigenen Bereich zu sichern, geht gerechtigkeitsorientierte Sicherheitspolitik davon aus, dass es wirkliche Sicherheit nur gemeinsam geben kann, wenn alle Menschen ihr Auskommen haben.

Deshalb investiert Deutschland in Kooperation mit seinen europäischen Partnern weltweit in die Beseitigung von Hunger, Elend und Krankheiten. Größere Verteilungsgerechtigkeit eröffnet Millionen Menschen neue Lebenschancen und trägt zum Abbau zentraler Risiken für Frieden und Sicherheit bei.

Deutschland als größter Geldgeber für das UN-Welternährungsprogramm

2015 musste das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) nach Kürzungen 2014 aufgrund fehlender Mittel die Nahrungsmittelhilfe in vielen Flüchtlingslagern rund um das kriegsgeschüttelte Syrien um die Hälfte reduzieren oder ganz einstellen. Die notwendige Unterstützung war zu 81 % unterfinanziert.

In der Folge machten sich Millionen Flüchtlinge auf den Weg in die EU. Deutschland erkannte, dass es zur wirtschaftlichen und sozialen Unterstützung der Nachbarstaaten außerhalb der EU keine Alternative gab. Zunächst unterstützte die Bundesregierung das UN-Welternährungsprogramm mit 100 Mio. € jährlich. Damit stellte Deutschland 2015 einen neuen Rekord in der finanziellen Zusammenarbeit mit der UN-Organisation auf.

Die Tatsache, dass allein für das erste Jahr des Bundeswehreinsatzes gegen den IS in Syrien nach offiziellen Angaben rund 134 Mio. € verausgabt wurden, setzte diese Zahl jedoch in eine ernüchternde Relation. Die BBC berichtete 2015 von knapp 20 Mrd. US$, die 2016 für alle UN-Hilfsprogramme benötigt würden.[21]

Mit der Verringerung der Ausgaben für die Bundeswehr ab dem Jahr 2025 kann Deutschland seine finanziellen Beiträge u.a. zum WFP dann so wesentlich erhöhen, dass es heute der weltweit größte Beitragszahler des UN-Programms ist.

Innerhalb der EU setzt Deutschland sich für eine kohärente Politik ein, insbesondere für die Beendigung sämtlicher Subventionierungen von Agrarexporten.

Aufgrund der Bedeutung des globalen Welthandels als Konfliktursache engagieren sich Deutschland und andere europäische Länder dafür, die Institutionen und Regelungsmechanismen der WTO in den Dienst einer Organisation der Weltwirtschaft nach gleichen sozialen und ökologischen Standards zu stellen. Die Regeln des Welthandels werden frei und fair gesetzt und gestaltet. Nicht ohne Bedeutung auf dem Weg dahin war 2016/17 der breite gesellschaftliche Widerstand - widerständig im Sinne des „Call“ der Ökumenischen Friedenskonvokation von Jamaica 2011 - gegen Zumutungen wie TTIP.

Gerechtigkeit schafft Frieden

„Das Leitbild des gerechten Friedens
beruht auf einer letzten Endes ganz einfachen Einsicht:
Eine Welt, in der den meisten Menschen vorenthalten wird, was ein menschenwürdiges Leben ausmacht, ist nicht zukunftsfähig.

Sie steckt auch dann voller Gewalt, wenn es keinen Krieg gibt.
Verhältnisse fortdauernder schwerer Ungerechtigkeit
sind in sich gewaltgeladen und gewaltträchtig.
Daraus folgt positiv: „Gerechtigkeit schafft Frieden“.

aus dem Hirtenwort der Deutschen Bischöfe „Gerechter Friede“ aus dem Jahr 2000, S. 35-36

21 BBC, UN seeks record $20bn for humanitarian aid in 2016, s. http://www.bbc.com/news/world-middle-esat-35028524 (besucht am 21.12.2015)

3.4.I.3 Klimaverträgliche Lebensweise

Deutschland setzt seine im Klima-Abkommen von Paris 2015 zugesicherten Klima-Ziele bis zum Jahr 2050 konsequent um. Nachdem Deutschland sein selbst gestecktes Ziel einer Reduktion seines CO_2-Ausstosses bis zum Jahr 2020 um 40 % nicht erreicht, werden die notwendigen Anstrengungen zur Erreichung einer Reduktion um 80 % bis zum Jahr 2050 nach dem Bundestagsbeschluss 2025 im Rahmen der nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik verdoppelt.

Sowohl in den Bereichen Wohnen und Arbeiten wie auch im Bereich Verkehr wandelt sich der Lebensstil in Deutschland so, dass es nicht mehr größere Anteile von CO_2-Zertifikaten verbraucht als ihm nachhaltig zustehen.

In den UN-Fonds für Nachhaltige Entwicklung zahlt Deutschland 2024 bereits jährlich 2 Mrd., ab 2030 je 4 Mrd. und ab 2040 je 6 Mrd. Euro ein. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung investiert darüber hinaus 2024 jährlich je 3 Mrd., ab 2030 je 4 Mrd. und ab 2040 je 6 Mrd. Euro in den weltweiten Klimaschutz.

3.4.II NACHHALTIGE ENTWICKLUNG DER EU-ANRAINERSTAATEN - FÖRDERUNG WIRTSCHAFTLICHER PERSPEKTIVEN UND STAATLICHER SICHERHEIT ÖSTLICH UND SÜDLICH DER EUROPÄISCHEN UNION

Grundlage echter Sicherheit sind lebenswerte und stabile Verhältnisse innerhalb Deutschlands und in den Nachbarstaaten Deutschlands - sowohl innerhalb als auch außerhalb der Europäischen Union, insbesondere östlich und südlich der EU.

Deutschlands sicherheitspolitische Risiken verringern sich entscheidend, wenn sich die Menschen in und in der Nachbarschaft der EU gerecht behandelt fühlen, und wenn sie im Rahmen der Beziehungen zu Deutschland und der EU wirtschaftliche und soziale Perspektiven für ihr eigenes Leben sehen.

Aus dieser Erfahrung heraus hat Deutschland bereits seit jeher die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in seiner Nachbarschaft durch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und spätere Europäische Union gefördert.

Der Aufbau gemeinsamer sozial austarierter Wirtschaftsräume und gemeinsamer demokratischer Institutionen gewährleistet seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs die Sicherheit Deutschlands entscheidend.

Die Förderung wirtschaftlicher Perspektiven und staatlicher Funktionsfähigkeit östlich und südlich der EU ist ab dem Bundestagsbeschluss 2025 ein expliziter Pfeiler der nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik Deutschlands.

In Fortführung der 2012 begonnenen Transformationspartnerschaften für Nordafrika und den Nahen Osten zielt die deutsche Außenwirtschaftspolitik und Entwicklungszusammenarbeit auf die Entwicklung nachhaltiger Strukturen im Nahen Osten sowie in Afrika: Förderung von Bildung und Schaffung von Möglichkeiten der Entwicklung, Umverteilungsmaßnahmen zur Minderung von Hunger und Arbeitslosigkeit sowie zum Erhalt von kleinbäuerlicher Landwirtschaft, sowie Verantwortungsübernahme für unseren Anteil am weltweiten Klimawandel als Prävention gegen gewaltsame Konflikte.

Die Selbstverpflichtung der Bundesregierung von 2017

„Die Bundesregierung strebt an, ihre Maßnahmen zur Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung sowie zu sozialer Sicherung in fragilen Staaten im Sinne der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung auszuweiten.“

(Kapitel 3.2.4 der Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ der Bundesregierung von 2017)

3.4.II.1 Überblick 2040

- Die Staaten Afrikas, des Nahen Ostens sowie Osteuropas bilden einen stabilen Friedensgürtel in der Nachbarschaft der EU.
- Seit 2030 regelt die Wirtschafts- und Sicherheitspartnerschaft zwischen der EU und der EAWU unter der Führung Russlands die Wirtschaftsinteressen aller Beteiligten in einem gemeinsamen Vertrag durch die Ausgestaltung einer gemeinsamen Wirtschaftszone.
- Deutschland ist der wichtigste Unterstützer der Afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur (APSA) und trägt mit über 60 % zur

entsprechenden EU-Unterstützung des Budgets der Afrikanischen Union (AU) bei.

- Deutschland trägt jährlich 12 Mrd. Euro zum UN-Entwicklungsplan mit den Staaten der Afrikanischen Union und der Arabischen Liga bei.
- Die afrikanischen und Nahost-Staaten tragen einen Anteil von 30 % des Energiebedarfs der EU aus regenerativen Quellen bei. Dafür investiert Deutschland jährlich weitere 5 Mrd. Euro in die energetische Infrastruktur der Mittelmeer-Anrainerstaaten.

Der Weg bis 2040

3.4.II.2 Der UN-Entwicklungsplan[22] mit Afrika und dem Nahen Osten[23]

Dank intensiver Dialoge mit der Afrikanischen Union (AU), der EU, der UN und schließlich der Arabischen Liga (LAS) wird der 2017 vom deutschen Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Gerd Müller vorgestellte Entwurf eines UN-Entwicklungsplans mit Afrika bis 2024 auch mit dem Nahen Osten als UN-Projekt Wirklichkeit.

Der UN-Entwicklungsplan steht für den Willen und Optimismus zu einem erfolgreichen Weg des Friedens und der Entwicklung in der Zusammenarbeit zwischen Europa und Afrika. Er ist ein integriertes Gesamtkonzept der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten mit den Staaten der Afrikanischen Union und der Arabischen Liga unter dem Dach der UN.

Schwerpunkte sind fairer Handel, gute Regierungsführung, private und öffentliche nachhaltige Investitionen, mehr wirtschaftliche Entwicklung

22 Pate für unseren Begriff „UN-Entwicklungsplan“ ist der „Marshallplan“ als terminus technicus für den Plan zum Aufbau eines Landes oder Kontinents. Bei allen Vorzügen dieses Planes gibt es auch berechtigte Kritik, vor allem an der damit verbundenen Militarisierung (siehe: http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/marshallplan/40059/militarisierung). Im Unterschied zum Marshallplan meinen wir mit „UN-Entwicklungsplan“ einen ausschließlich zivilen und dem Gemeinwohl in partnerschaftlicher Kooperation mit den Vereinten Nationen entwickelten Aufbauplan.

23 in Anlehnung an: Afrika und Europa – Neue Partnerschaft für Entwicklung, Frieden und Zukunft. Eckpunkte für einen Marshallplan mit Afrika 2017; Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

von unten, mehr unternehmerische Entfaltung und vor allem mehr Jobs und Beschäftigung. Anknüpfungspunkt hierfür ist die Agenda 2063 der Afrikanischen Union.

Dadurch werden die AU und die LAS Europas Partner – nicht nur in Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklungspolitik, sondern auch in zentralen Fragen der Gestaltung einer zukünftigen Handels-, Finanz-, Umwelt-, Agrar-, Wirtschafts-, Außen- und zivilen Sicherheitspolitik.

Der **UN-Entwicklungsplan** basiert auf folgenden drei Säulen:
1. Wirtschaft, Handel und Beschäftigung
2. Frieden und Sicherheit
3. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

Regeln für die Zusammenarbeit sind:

- Stopp von schädlichen Exporten nach Afrika, vom Freihandel zum fairen Handel, Förderung wirtschaftlicher Strukturen und gezielter Aufbau von Wertschöpfung vor Ort,
- Einhaltung von internationalen Umwelt- und Sozialstandards,
- Austrocknung internationaler Steueroasen; Stopp von illegalen Finanzströmen aus Afrika – auch durch Druck auf die internationalen Finanzmärkte und Banken,
- Einschränkung von Waffenexporten nach Afrika – insbesondere von Kleinwaffen,
- Druck auf Regierungen, die religiösen Extremismus in Afrika finanzieren und damit ganze Regionen destabilisieren.

Motor des UN-Entwicklungsplans ist eine neue Wirtschaftspolitik, deren Schwerpunkte die Diversifizierung der Wirtschaft, der Aufbau von Produktionsketten, die gezielte Förderung von Landwirtschaft sowie kleinen und mittleren Unternehmen, die Aufwertung des Handwerks und damit die Schaffung eines neuen Mittelstands sind. Europa unterstützt dies mit einer Stärkung des Zugangs zum EU-Binnenmarkt und dem Abbau bestehender Handelshemmnisse.

Mit der Agenda 2063 hat sich die AU eine klare Strategie für die nachhaltige Entwicklung des Kontinents gegeben. Ein Umsetzungsplan definiert die Ziele für die jeweils nächsten zehn Jahre. Afrikas Politiker bekennen

sich zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftlichen Reformen. Sie erkennen, dass sie Wertschöpfung im eigenen Lande aufbauen müssen – durch Eigeninitiative und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung unter gleichzeitiger Bekämpfung der Korruption.

Mehrere Staaten haben sich bereits vor dem Jahr 2016 reformorientiert aufgestellt, zum Beispiel Algerien, Ägypten, Benin, Botswana, Ghana, Marokko, Mauritius (dieser Inselstaat hat bereits seit längerem auf rein zivile Sicherheitspolitik umgestellt), Namibia, Senegal, Südafrika, Togo und Tunesien.

Deutschland finanziert diese Investition in die südlichen und südöstlichen Anrainerstaaten der EU im Jahr 2024 mit 1 Mrd. Euro, im Jahr 2030 bereits mit 4,5 Mrd. Euro und ab 2040 schließlich mit 12 Mrd. Euro pro Jahr. Die Finanzmittel wirken dabei als Antreiber und Förderer privater Investitionen im Rahmen der selbstbestimmten Entwicklung der Partnerstaaten. Die Entwicklungszusammenarbeit wird besonders mit den Partnern intensiviert, die Reformen für gute Regierungsführung, den Schutz der Menschenrechte und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung umsetzen.

Klaus Töpfer: „Gute Klimapolitik wird zur Friedenspolitik“

Ex-Umweltminister sieht Energiewende als Lösung der Flüchtlingskrise

„Es gibt weltweit ein massives Gefälle der Lebenschancen und Perspektiven. Europa ist Afrikas Nachbar. Der Westen ist für viele kriegerische Auseinandersetzungen dort wie auch im Mittleren Osten teilweise mitverantwortlich. Das hat eine ganze Region destabilisiert. Wenn die Ursachen nicht beseitigt werden, wie man vor allem in Afrika und seiner Anfälligkeit gegenüber dem Klimawandel sieht, dann werden die Flüchtlingsströme unweigerlich zunehmen. Es wird dann extrem schwer werden, die Wohlstandsinsel Europa langfristig zu sichern.

Die Internationale Organisation für Migration geht bis 2050 von 200 Mio. Klimaflüchtlingen aus. Viele Länder Afrikas, die wir als gescheiterte Staaten ansehen, sind hiervon besonders betroffen - sei es Somalia, der Kongo oder Libyen. Eine Stabilisierung - insbesondere durch nachhaltige Klimapolitik - ist dringend erforderlich. Nur so kann es zum Abklingen der Auseinandersetzungen in diesen Krisenregionen kommen. Dann

wird auch die Rolle der Türkei wieder eine andere sein. Der Klimawandel wird die Situation in Afrika weiter verschärfen. Die Zahlen der UN stellen lediglich einen Status quo dar, der eintritt, wenn nichts passiert.

Klimapolitik muss man tatsächlich umsetzen, anstatt nur wieder eine Unterschrift unter ein Papier zu setzen. Auch wenn wir uns über den historischen Tiefstand bei den Öl- und Gaspreisen freuen: Die dadurch verursachten indirekten Kosten werden viel höher ausfallen. Durchdachte nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika bedeutet langfristig eine Investition in die Sicherheit unseres Kontinents. Nur wenn wir den Menschen in den von Armut und Krieg betroffenen Regionen das Signal geben können, dass sie eine Zukunft und Perspektiven in ihrem eigenen Land haben, werden wir die Krise meistern.

Wir müssen erneuerbare Energien daher weiter fördern, damit sie kostenmäßig auch denen gerecht werden, die Entwicklung dringend brauchen. Wenn wir das auf dem heimischen wie auch auf den internationalen Energiemärkten gut umsetzen, dann ist das künftig so etwas wie eine neue Friedenspolitik.“[24]

Desertec 2.0: Wohlstand für Afrika und den Nahen Osten

In Anlehnung an die um die Jahrtausendwende geplante und im ersten Anlauf gescheiterte Desertec-Initiative zur Gewinnung regenerativer Energie in Nordafrika und im Nahen Osten[25] startet die EU auf Betreiben Deutschlands Anfang der 2020er Jahre gemeinsam mit seinen südlichen Nachbarstaaten die Gemeinschaftsinitiative Desertec 2.0.

Dank der deutlichen Reduzierung des deutschen Militärhaushalts ab dem Jahr 2026 investiert allein Deutschland 2030 jährlich 2 Mrd. und ab 2040 jährlich 5 Mrd. Euro in die energetische Infrastruktur der Mittelmeer-Anrainerstaaten.

Durch die dortigen Investitionen in kleine und mittlere solarthermische und photovoltaische Anlagen und die jahrelange technische und

24 Interview mit der Nachrichtenagentur pressetext.com vom 16.03.2016
25 vgl. http://www.sueddeutsche.de/thema/Desertec - Zugriff am 28.01.2018

organisatorische Ausbildung junger Fachkräfte ergibt sich rund um das Mittelmeer eine energiehandwerkliche Entwicklung.

Dank der nun in den Mittelmeer-Anrainerstaaten kostengünstig zur Verfügung stehenden regenerativen Energie fassen dort kleine und mittlere Industrieunternehmen Fuß.

Dank der zu erwartenden weiteren Investitionen von jährlich 10 Mrd. Euro aus weiteren EU-Staaten in diese Entwicklungsperspektive ihres südlichen Nachbarraumes können die afrikanischen und Nahost-Staaten zusätzlich zu ihrer Eigenversorgung 2040 bereits einen Anteil von 30 % des Energiebedarfs der EU aus regenerativen Quellen beitragen.

So wird diese Investition in die nachhaltige Entwicklung der Nachbarstaaten der EU zu einer Investition in gemeinsame Entwicklung. Desertec 2.0 ist somit auch eine Sicherheitspartnerschaft, da die wirtschaftliche Entwicklung der EU-Anrainerstaaten und die damit verbundene Zukunftsperspektive die dortigen Gesellschaften stabilisiert.

Die massenhafte Migration nach Europa kann durch die Bekämpfung der Ursachen, also die Eröffnung von Lebenschancen in den Europa umgebenden Regionen, nachhaltig abnehmen.

3.4.II.3 Stärkung der Friedens- und Sicherheitsarchitektur in Afrika und Nah-Ost

Das im Jahr 2013 veröffentlichte BMZ-Konzept „Entwicklung für Frieden und Sicherheit: Entwicklungspolitisches Engagement im Kontext von Konflikt, Fragilität und Gewalt“ betont begleitend die Bedeutung institutionalisierter und rechtlich abgesicherter Mechanismen der politischen Teilhabe und Aushandlung von Interessen als Voraussetzungen für eine friedliche und inklusive Entwicklung in der Nachbarschaft der Europäischen Union. [26]

Zentrale Partner zur Verhinderung und Entschärfung von Konflikten in Afrika sind die Afrikanische Union (AU) und weitere Regionalorganisationen, die gemeinsam die Afrikanische Friedens- und Sicherheitsarchitektur (APSA) bilden. [27]

26 Vgl. Vierter Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung des Aktionsplans „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“. Berichtszeitraum: Juni 2010- Mai 2014, S. 20

27 Vgl. Ebenda S. 52 f.

Deutschland ist der wichtigste Unterstützer der APSA, besonders auch im Hinblick auf die Finanzierung der laufenden Friedensmissionen und trägt mit über 60 % zur entsprechenden EU-Unterstützung des AU-Budgets bei.

Darüber hinaus beteiligt sich Deutschland auch bilateral intensiv am Aufbau funktionierender Strukturen der APSA durch die strategische Beratung der zivilen und polizeilichen Elemente der Bereitschaftstruppen bei der AU, bei EASFCOM (Eastern Africa Standby Force), ECOWAS (Economic Community Of West African States) und SADC (Southern African Development Community).

Außerdem fördert Deutschland den Aufbau der Konfliktfrühwarnsysteme bei der AU, ECOWAS, EAC (East African Community) und punktuell bei COMESA (Common Market for Eastern and Southern Africa), den Aufbau von Mediationsstrukturen, unter anderem bei SADC, sowie sogenannte quick impact Maßnahmen zur schnellen Stabilisierung in Post-Konflikt-Phasen.

Unterstützung regionaler ziviler Friedenssicherungs-Trainingszentren in Afrika

Ein wichtiger Maßnahmenschwerpunkt ist die Unterstützung regionaler ziviler Friedenssicherungs-Trainingszentren in Afrika. Schwerpunkt der Förderung ist die Ausbildung afrikanischer Polizistinnen und Polizisten für UN- und AU-Friedensmissionen.

So finanziert die Bundesregierung seit 2008 Ausbildungskurse am Kofi Annan International Peacekeeping Training Center (KAIPTC) in Accra, Ghana. Seit 2012 konnten mehr als 100.000 westafrikanische Polizistinnen und Polizisten ausgebildet werden.

Die Unterstützung afrikanischer regionaler ziviler Friedenssicherungs-Trainingszentren wird flankiert durch eine deutsche Förderung von UNITAR (United Nations Institute for Training and Research). UNITAR unterstützt die afrikanischen zivilen Friedenssicherungs-Trainingszentren bei der Ausbildung für UN-Missionen und baut ein regionales afrikanisches Netzwerk von 25 zivilen Friedenssicherungs-Trainingszentren auf.

Unklare und strittige Grenzverläufe sind in Afrika eine stetige Ursache für Konflikte. Die Bundesregierung fördert deshalb das African Border Program der AU, durch das seit 2008 insgesamt über 45.000 km Grenzen demarkiert wurden und zudem die Delimitation (rechtliche und physische Festlegung von Grenzverläufen) einiger maritimer Grenzen abgeschlossen werden konnte.

Außerdem werden Staaten dahingehend unterstützt, Strukturen aufzubauen, die grenzüberschreitende Kooperationen ermöglichen und verfestigen. Dadurch soll Vertrauen aufgebaut und Grenzkonflikten der Nährboden entzogen werden. Diese breite Kooperation auf multilateraler, regionaler und nationaler Ebene ist ein besonderes Alleinstellungsmerkmal der deutschen Zusammenarbeit.

Ein innovativer Ansatz ist die Ausrichtung der „Afrikanischen Sicherheitskonferenz“ (Tana Highlevel Forum on Security in Africa), die mit deutschen Mitteln über das in Addis Abeba ansässige Institute for Peace and Security Studies erstmals im Jahr 2012 unterstützt wurde und sich seither zu einer jährlichen Instanz etabliert hat.

In Kapitel 3.2.2 der Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ hat sich die Bundesregierung verpflichtet, den Aufbau afrikanischer Friedens- und Sicherheitsstrukturen weiter zu fördern.

Beispiel Mali

Der Europäische Rat verankerte 2013 die sogenannte Enable & Enhance Initiative als politisches Leitprinzip für EU-Engagement in fragilen Regionen.

Dabei handelt es sich um einen breiten und langfristigen Ansatz, der u.a. die Befähigung von Partnerländern und Regionalorganisationen zur Krisenprävention und Krisenreaktion im weiten Sinne umfasst – durch Ausbildung, Beratung und Ausstattung im zivilen Bereich.

Ergänzend zur umfassenden UN-Mission MINUSMA ist in Mali 2014 eine zivile Mission zur Unterstützung von Polizei, Gendarmerie und Nationalgarde sowie zur Errichtung effektiver Strukturen im Bereich der inneren Sicherheit errichtet worden. Zusätzlich leistet die EU umfangreiche Entwicklungszusammenarbeit, die unter Beteiligung der verschiedenen betroffenen Bevölkerungsgruppen und in Zusammenar-

beit mit diesen auf ihre Entwicklungsbedürfnisse ausgerichtet und auf die besonderen Anforderungen eines Post-Konfliktlandes zugeschnitten ist. [28]

Deutschland zieht sich nach dem Ausstiegsbeschluss des Deutschen Bundestags 2025 aus seinem militärischen Engagement in Mali komplett zurück und baut seine schon lange wahrgenommene führende Rolle in der Geberkoordinierung und dem geberübergreifenden Politikdialog mit der malischen Regierung in Entwicklungsfragen aus.

Parallel zur Stärkung der Friedens- und Sicherheitsarchitektur in Afrika unterstützen Deutschland, Österreich, Schweden und die Niederlande ab 2020 auch den Aufbau einer entsprechenden Architektur im Nahen Osten.

3.4.II.4 Rechtsstaatsförderung in Afrika und im Nahen Osten

Ein Schwerpunkt der Aktivitäten der Bundesregierung im Rahmen der zivilen Krisenprävention ist bereits vor 2025 die Rechtsstaatsförderung. Die Bandbreite reicht hier vom Aufbau und der Stärkung von Justiz und Polizei über die Begleitung und Beratung von Verfassungs- und Gesetzgebungsprozessen bis hin zur Ausbildung von Justizpersonal oder der Information der Zivilgesellschaft über ihre Rechte und über den Zugang zur Justiz. [29]

Der flächendeckende Aufbau eines Katasterwesens ist insbesondere in Afrika Grundlage der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung sowie der Abwehr von ‚land grabbing‘ durch internationale Konzerne.

Auch Maßnahmen im Bereich Transitional Justice, das heißt die Unterstützung bei der Aufarbeitung von Verbrechen und bei Versöhnungsprozessen nach Konflikten, werden gefördert (z.B. der Sondergerichtshof für den Libanon, seit 2013 die malische Kommission für Dialog, Wahrheit und Versöhnung und das im selben Jahr geschaffene Versöhnungsministerium).

Der erste Schritt zum Wiederaufbau von Gesellschaften, die unter Krieg, Bürgerkrieg und Unruhen gelitten haben, ist die (Wieder-)Errichtung der öffentlichen Ordnung. Unabdingbar dafür ist eine funktionierende Polizei

28 Vgl. Ebenda S. 50
29 Vgl. Ebenda S. 17 f.

(hier engagiert sich Deutschland bereits seit über 20 Jahren erfolgreich in Afghanistan, Palästina und Tunesien – Erfahrungen, die uns heute in allen Staaten der Region zugutekommen). Das deutsche Sicherheitskonzept richtet sich dabei nach dem demokratischen Verständnis, dass polizeiliche und militärische Zuständigkeiten möglichst klar getrennt sein sollten.

Dschihadismus braucht rechtsfreie Räume

„Überall dort, wo islamistischer Terror in organisierter und massenwirksamer Form entsteht und sich über einen langen Zeitraum hält, ja im Einzelfall sogar parastaatliche Formen annehmen kann, finden wir […] eine ähnliche politische Grundstruktur, die sich durch schwache Staatlichkeit auszeichnet.“[30]

Ebenso wichtig ist die Stärkung und der Ausbau traditioneller Konfliktregelungs-Mechanismen in den jeweiligen Regionen.

Neben Rechtsstaatsförderung, Polizeiaufbau und Maßnahmen zum Schutz der Menschenrechte unterstützt Deutschland die zivile Aufsicht und Kontrolle des staatlichen Sicherheitsapparats, Rüstungs- und Kleinwaffenkontrolle, Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration ehemaliger Kämpfer sowie Grenzsicherheit. [31]

International Network on Conflict and Fragility der OECD, International Dialogue on Peacebuilding and Statebuilding der UN, der Weltbank und der Afrikanischen Entwicklungsbank[32]

Insbesondere im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit wurden in den letzten Jahren eine Reihe von internationalen Strukturen und Referenzdokumenten geschaffen, die das Engagement in fragilen Staaten konsequent auf die Ziele Staatsaufbau und Friedensförderung ausrichten.

All diese Maßnahmen wirken in den letzten Jahren insbesondere in Nordafrika und im Nahen Osten sehr stabilisierend. Waren viele der

30 siehe Informationen zur politischen Bildung izpb 326 2/2015 „Internationale Sicherheitspolitik“, S. 22
31 Vgl. Ebenda S. 26
32 Vgl. Ebenda S. 53 f.

Staaten dieser Region vor 15 Jahren noch Rekrutierungs- und Aktionsräume von terroristischen Gruppierungen wie Al Kaida und des IS, gehören diese Staaten inzwischen zum sogenannten Friedensgürtel in der Nachbarschaft der EU.

Deutschland wirkt als Mitglied des International Dialogue on Peacebuilding and Statebuilding (IDPS) und des OECD International Network on Conflict and Fragility aktiv an der Neuausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit zwischen fragilen und von Konflikten betroffenen Partnerländern und der Gebergemeinschaft mit.

Der IDPS hat 43 Mitglieder, darunter Entwicklungspartner, internationale Organisationen sowie 20 fragile und von Konflikten betroffene Staaten, die sich selbst dazu bekennen. Im Jahr 2011 verabschiedete der IDPS den New Deal for Engagement in Fragile States.

Der New Deal formuliert fünf Ziele zur Friedensschaffung und zum Staatsaufbau (Peace- and Statebuilding Goals – PSGs), an denen sich seitdem die Zusammenarbeit orientiert:

a) legitime Regierungsführung (legitimate politics),

b) Sicherheit (security),

c) Rechtsstaatlichkeit (justice),

d) wirtschaftliche Grundlagen (economic foundations) und

e) staatliche Einnahmen und Dienstleistungen (revenues and services).

Die Maßnahmen werden entweder durch bi- bzw. multilaterale Programme oder im Rahmen internationaler Missionen, an denen sich Deutschland beteiligt, umgesetzt.

Zwischen 2009 und 2014 wurden im Rahmen dieses Programms in 11 Ländern der Subsahara-Region Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau der Polizeiinstitutionen begonnen. Dabei konnten bereits über 125 zivile Grenz- und Polizeistationen aufgebaut und funktionstüchtig ausgestattet werden. [33]

33 Vgl. Ebenda S. 28

Seit 2015 wird dieses Programm auf über 25 Länder mit über 5.000 Grenz- und Polizeistationen in Afrika und im Nahen Osten ausgedehnt.

2017 verpflichtete sich die Bundesregierung in ihren Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“, die deutsche Beteiligung an den Rechtstaatskomponenten internationaler Missionen, insbesondere der EU und der UNO, weiter auszubauen (Kapitel 3.2.3).

Zudem fördert Deutschland die Entsendung von afrikanischen Polizisten in afrikanische und internationale Friedensmissionen.

3.4.II.5 Integration der Wirtschaftsräume Russlands – der EAWU und der EU

Die Infragestellung der 1990 durch den gewaltfreien Fall der Berliner Mauer erreichten Europäischen Friedensordnung durch die gewaltsame Übernahme der Krim durch Russland sowie durch die gewaltsamen Separationstendenzen in der Ostukraine sind wesentlich eine Folge der Konkurrenz von Russland und der EU um wirtschaftliche Einflusssphären.

Eine tragfähige gesamteuropäische Ordnung muss der bleibenden Vielfalt historisch-kulturell bedingter kollektiver Identitäten Rechnung tragen. Sie muss konzipiert sein als ein System kooperativer Partnerschaft, getragen von anerkannten Regeln für den gewaltfreien Austrag von Interessenkonflikten zwischen den Staaten Europas. Dazu gehört die Bereitschaft, normative Differenzen anzuerkennen, auszuhalten und konstruktiv zu bearbeiten.

Auf Betreiben Deutschlands, Österreichs, Schwedens und der Niederlande nehmen 2026 die EU und die 2014 gegründete Eurasische Wirtschaftsunion EAWU (die Russland, Weißrussland, Kasachstan, Armenien und Kirgisistan umfasst) entsprechend dieser Einsicht Verhandlungen zur Bildung einer gemeinsamen Wirtschaftszone von Lissabon bis Wladiwostok auf.

Mit der Schaffung dieser Wirtschaftszone im Jahr 2030 überwindet Europa seine wirtschaftliche Spaltung, die mit der Ukrainekrise 2014 ihren Höhepunkt erreichte. In der 2030 vereinbarten Wirtschaftspartnerschaft werden sowohl die wirtschaftlichen Interessen Russlands wie all der anderen EU- und EAWU-Partner vollumfänglich anerkannt und miteinander austariert.

3.4.III TEILHABE AN DER INTERNATIONALEN SICHERHEITSARCHITEKTUR – DEUTSCHLAND ALS MITGLIED DER EU, DER OSZE, DER NATO UND DER UNO

3.4.III.1 Überblick 2040

- Die OSZE ist die Schlüsselorganisation für Frühwarnung, Krisenprävention, Konfliktlösung und -nachsorge im gesamteuropäischen Raum. Als Unterorganisation der UNO bearbeitet sie sämtliche Konflikte innerhalb Europas mit rein zivilen und polizeilichen Mitteln.
- Unter der Perspektive **Gemeinsamer Sicherheit** wird Sicherheit in Europa unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen aller Akteure gedacht. Die eigene Sicherheit berücksichtigt stets auch die Sicherheit des Nachbarn und des Gegenübers.
- Deutschland investiert jährlich 6 Mrd. Euro in den Aufbau der gesamteuropäischen UN-Polizei unter dem Dach der OSZE, die dank ihrer ständigen Einsatzbereitschaft ebenso schnell und durchsetzungsstark ist, wie man es früher nur von Armeeverbänden kannte.
- Die NATO akzeptiert den rein zivilen Beitrag seiner Mitglieder Deutschland und Niederlande.
- Die Ausbildung der Bevölkerung in Resilienter Demokratie ist als Säule der Gemeinsamen Sicherheitspolitik in der EU, OSZE und NATO etabliert.
- Deutschland trägt mit über 5.000 Polizei- und 50.000 zivilen Fachkräften zu internationalen UNO-Friedensmissionen bei und ist größter Einzahler in den UN-Peacebuilding Fund.
- Deutschland wirbt intensiv für das Ziel, UN-Friedensmissionen generell als Polizeieinsätze zu organisieren und richtet jährlich die UN-Polizeikonferenzen aus.
- Der UNO-Sicherheitsrat besteht nun aus Vertreter*innen regionaler kontinentaler Sicherheitsräte.

Der Weg bis 2040

3.4.III.2 Vom Paradigma ‚Nationale Sicherheit‘ zum Paradigma ‚Gemeinsame Sicherheit‘ [34]

Das Konzept der Gemeinsamen Sicherheit wird als eine europäische Weiterentwicklung des Konzepts der Kollektiven Sicherheit gesehen. 1982 entwickelte die Unabhängige Kommission für Abrüstung und Sicherheit („Palme-Kommission“) das Konzept der „Gemeinsamen Sicherheit“ zur Neuorientierung europäischer Sicherheitspolitik.

Gemeinsame Sicherheit ist ein Entwurf, der europäische Sicherheit unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen aller Akteure als Grundlage einer europäischen Friedensordnung denkt. Die eigene Sicherheit muss demnach stets auch die Sicherheit des Nachbarn und des Gegenübers berücksichtigen. Sicherheit ist nicht mehr voreinander, sondern nur noch miteinander zu suchen. Gemeinsame Sicherheit beruht auf der Akzeptanz wechselseitiger ökonomischer und politischer Abhängigkeiten und auf der gemeinsamen und unteilbaren Verantwortung für den Frieden. Dabei werden gesellschaftspolitische Differenzen anerkannt. Das vorrangige Ziel sind koexistenzielle Beziehungen, bei denen ein Wertekonsens nicht erreicht, ein globaler Interessenabgleich aber möglich wird.

Der Ökumenische Rat der Kirchen zur Gemeinsamen Sicherheit

1983 hat die Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Vancouver in ihrer „Erklärung zu Frieden und Gerechtigkeit“ zur Konzeption der gemeinsamen Sicherheit festgestellt:

„Solange die legitimen Rechte anderer Nationen auf Souveränität und Sicherheit vernachlässigt oder verneint werden, kann kein Staat behaupten, er sei sicher. Sicherheit kann deshalb nur durch gemeinsame Anstrengungen von Staaten verwirklicht werden und kann auch nicht von Gerechtigkeit getrennt werden. Das Konzept der „gemeinsamen Sicherheit“ der Staaten muss durch ein Konzept der „Sicherheit der

34 vgl. Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (Hg.) 2017, S. 8

Bevölkerungen“ untermauert werden. Wahre Sicherheit der Bevölkerung erfordert die Respektierung der Menschenrechte einschließlich des Rechts auf Selbstbestimmung sowie soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit für alle Menschen innerhalb eines jeden Staates, sowie politische Rahmenbedingungen, die das gewährleisten.“

Das Konzept der gemeinsamen Sicherheit macht Kooperation nicht von einer Annäherung an das westliche Modell wirtschaftlicher und politischer Ordnung abhängig. Im Interesse einer gemeinsamen Sicherheit werden normative Unterschiede und eigene Entwicklungswege akzeptiert.

Eine europäische Friedenspolitik durch Schaffung gemeinsamer Sicherheit bedenkt und bezieht die Sicherheitsinteressen und Bedrohungswahrnehmungen aller Beteiligten ein. Das bedeutet auch, dass jede Seite der anderen das gleiche Maß an Sicherheit zubilligt, das sie für sich selbst in Anspruch nimmt. Grundbedingung dieses Interessenabgleichs und Basis einer solchen Zusammenarbeit ist der Gewaltverzicht.

Neben Vertrauen basiert gemeinsame Sicherheit auf Respekt und Achtung. Das erfordert die Überwindung eines Denkens in Freund-Feind-Schemata und die Fähigkeit, ohne die Projektion des Bösen auszukommen.

Der Deutsche Bundestag erkennt in seinen Beschlüssen zur nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik Deutschlands von 2025 und 2035 an, dass eine von Feindbildern geprägte militärische Sicherheitspolitik mittel- bis langfristig die eigene Sicherheit eher gefährdet als gewährleistet.

Der alte Sicherheitsbegriff habe oft zu Manipulationen des Völkerrechts verführt, dagegen solle das Völkerrecht nun in Anlehnung an die Präambel des Grundgesetzes, „in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“, durch Deutschland wieder zu 100 Prozent geachtet werden.

Die Friedenslogik im Paradigma Gemeinsamer Sicherheit[35]

In der Friedens- und Konfliktforschung beschreibt Hanne-Margret Birckenbach die Friedenslogik im Paradigma Gemeinsamer Sicherheit anhand der folgenden fünf Dimensionen:

1. Dimension Gewalt und das Prinzip Gewaltprävention:

Sicherheitslogisch wird ein Problem erst bedeutsam, wenn es als Bedrohung wahrgenommen wird. Im friedenslogischen Denken dagegen wird ein Problem relevant, weil Gewalt droht oder Menschen unter ihr leiden.

Friedenslogische Politik will Gewalt in jeder Form vermeiden. Sie ist sensibel für Eskalationsprozesse und folgt vor, während und nach Konflikten immer dem Prinzip der Gewaltprävention. Sie investiert ausreichend in die zur Gewaltprävention erforderlichen Mittel. Damit beugt sie einer Entwicklung vor, an deren Ende politische Entscheidungsträger wider Willen in eine Militärintervention gedrängt werden.

2. Dimension Konflikt und das Prinzip Konflikttransformation:

In sicherheitspolitischer Perspektive kommt eine Bedrohung von außen vom anderen. Aus friedenslogischer Sicht dagegen entsteht Gewalt zwischen Konfliktparteien, die ihre Interessen ungehindert auch gegeneinander durchsetzen wollen und dabei bereit sind, die Interessen Unbeteiligter zu missachten. Friedenslogisches Handeln sieht in der Veränderbarkeit solcher Beziehungsmuster die Chance, Frieden zu stiften. In der Regel handelt es sich um komplexe Konstellationen, in denen sich mehrere Konflikte mit verschiedensten Akteuren überlagern.

Friedenslogische Politik nutzt differenzierte Konfliktanalysen und orientiert sich am Prinzip Konflikttransformation. Sie erkennt Konflikte frühzeitig und beachtet, dass eine konstruktive Entwicklung auf allen Seiten Veränderungen erforderlich macht. Sie beginnt bei sich selbst,

35 in Anlehnung an Birckenbach, Hanne-Margret: Friedenslogik und friedenslogische Politik, in: Wissenschaft & Frieden 2014-2, Dossier Nr. 75, Friedenslogik statt Sicherheitslogik.

da es für jeden Akteur aussichtsreicher ist, sein eigenes Konfliktverhalten mit Wirkung auf alle anderen Akteure zu verändern, als umgekehrt.

3. Dimension Problembearbeitung und das Prinzip der Dialog- und Prozessorientierung:

In sicherheitslogischer Perspektive ist das Ziel, die vermeintliche Bedrohung der eigenen Interessen zu beseitigen. Dies geschieht durch Mittel, die die Distanz zwischen den Konfliktparteien vergrößern, nämlich durch Formierung in Bündnissen einerseits und Abschreckung oder militärische Bekämpfung der Gefahr andererseits.

In friedenslogischer Perspektive geht es dagegen um Annäherung und Dialog. Friedenslogische Politik nutzt die Mittel der konstruktiven Konfliktbearbeitung in ihrer Breite und mit langem Atem. Sie ist krisenfest angelegt. Zwang, Drohungen, Sanktionen, Beschämung und Kränkung beschränken Kommunikation, fördern autistische Entscheidungen und zerstören Voraussetzungen für Dialog. Dagegen erhöhen Konsultationen, Konferenzen, Verhandlungen, Zusammenarbeit in einzelnen Projekten die Interaktionsdichte, fördern Interdependenz und wecken Interesse an einer Fortsetzung. Angesichts der Überlappung von Konfliktlinien sucht friedenslogische Politik den verstärkten Austausch von und mit möglichst vielen politischen und gesellschaftlichen Kräften.

4. Dimension Legitimität und das Prinzip der Einhaltung universaler Normen:

In sicherheitslogischer Perspektive gelten Mittel als legitim, solange sie dem Schutz der eigenen Interessen dienen. Friedenslogische Denkmuster dagegen prüfen die Legitimität von Interessen und Mitteln auf der Grundlage universaler Normen. Maßstäbe einer globalen Ethik ergeben sich aus dem Völkerrecht und den Menschenrechten, aus internationalen Verträgen und globalen Vereinbarungen wie der Agenda 2030 oder dem Pariser Klimaabkommen. Ein Katalog ethischer Grundregeln wurde 1993 in der „Erklärung zum Weltethos“ des Parlaments der Weltreligionen zusammengestellt. Er beinhaltet eine Kultur der Gewaltlosigkeit und der Ehrfurcht vor allem Leben, eine Kultur der

Solidarität und eine gerechte Wirtschaftsordnung, eine Kultur der Toleranz und ein Leben in Wahrhaftigkeit, eine Kultur der Gleichberechtigung und die Partnerschaft von Mann und Frau.

Diese vier Imperative der Menschlichkeit gründen auf zwei Grundprinzipien: „Jeder Mensch soll menschlich und nicht unmenschlich behandelt werden.“ und „Tue nicht anderen, was du nicht willst, dass sie dir tun.“

5. Dimension Fehleinschätzungen und das Prinzip Reflexivität:

Sicherheitslogische Denkmuster verschließen den Blick für selbstverschuldetes Scheitern, dessen Eingeständnis als Schwäche gilt. Friedenslogische Politik dagegen übernimmt Verantwortung für den Prozess der Konflikttransformation. Im Bewusstsein, dass ihre Bemühungen fehlschlagen können, vermeidet sie irreversible Prozesse. Sie ist darauf angelegt, zu lernen, Entscheidungen zu revidieren, angerichteten Schaden und Verletzungen zu heilen und neue Wege zu gehen. Sie organisiert sich Kritik und hört sie. Das aus der Entwicklungspolitik bekannte „Do-No-Harm“-Konzept – d.h. keinen Schaden anzurichten – ist für ein friedenslogisches Handeln richtungsweisend. Friedenslogische Politik ist überdies sensibel für selbstkritische Signale aller Konfliktparteien und ermöglicht Umkehr.

Während im Weißbuch 2016 der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik unter dem Paradigma rein nationaler Sicherheit unsere eigenen Anliegen als natürlich berechtigt erscheinen und mit allen zweckdienlichen Mitteln an jedem beliebigen Ort der Welt realisiert werden dürfen - militärische Optionen eingeschlossen -, wird politischen Widersachern dieses Recht nicht zugestanden.

Das damit verbundene Risiko für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit, das entsteht, wenn jeder dieses Recht für sich in Anspruch nimmt, erwähnt das Weißbuch nicht.

Die Gefahr konfrontativer Beziehungsmuster oder gar direkter militärischer Konfrontationen wächst in dem Maße, wie sich verschiedene Mächte bei der Verfolgung ihrer nationalen Interessen ins Gehege kommen – zumal dann, wenn sie gleichermaßen bereit sind, ihren Anliegen militärisch nachzuhelfen.

Attestiert Politik einem Problem Sicherheitsrang, katapultiert sie sich gleichsam in einen Notwehrmodus. Dieser rechtfertigt nach gängiger Auffassung auch den Einsatz gewaltsamer Mittel.

Der Einsatz von Streitkräften verfehlt jedoch oftmals den intendierten Zweck, bewirkt häufig sogar das Gegenteil: So stellt sich der selbsternannte Islamische Staat, der sich nicht nur in der arabischen Region ausbreitet, sondern auch in westliche Länder hineinwirkt, nicht zuletzt als Produkt des Irakkriegs seit 2003 dar.

Die neue zivile Sicherheitspolitik trägt auch dem Umstand Rechnung, dass die Bilanz der von den westlichen Mächten nach dem Ende des Ost-West-Konflikts durchgeführten militärischen Interventionen ernüchternd ausfällt. Insbesondere solche Einmischungen, die auf einen Regime Change samt State- und Nation Building abzielten, müssen als gescheitert betrachtet werden. Entwicklungsprozesse, für die in anderen Teilen der Welt historische Zeiträume benötigt wurden, können – selbst bei besten Absichten der Intervenierenden – nicht im Schnelldurchlauf nachgeholt werden.

Entsprechend seines Aktionsplans „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ aus dem Jahr 2004, zuletzt fortgeschrieben im Jahr 2017 als Leitbild „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“, baut Deutschland vor und nach den Beschlüssen des Deutschen Bundestags für eine nachhaltige zivile Sicherheitspolitik 2025 und 2035 seine Beiträge zur nicht-militärischen Friedenssicherung unter dem Dach der UNO, der EU und der OSZE aus.

3.4.III.3 EU – Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)

Gemäß Artikel 42 (1) des EU-Vertrages ist die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik integraler Bestandteil der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. „Sie sichert der Union eine auf zivile und militärische Mittel gestützte Operationsfähigkeit. Auf diese kann die Union bei Missionen außerhalb der Union zur Friedenssicherung, Konfliktverhütung und Stärkung der internationalen Sicherheit in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen zurückgreifen.“

Deutschland, Österreich, Schweden und die Niederlande beteiligen sich ab 2030 ausschließlich an den zivilen Operationen im Rahmen der GSVP. Diese spielen zwar bereits seit Beginn der 2020er Jahre im Verhältnis zu den militärischen Komponenten der GSVP eine immer größere Rolle, doch erst

mit dem Bundestagsbeschluss von 2025 und der nachfolgenden erheblichen Aufstockung der finanziellen Mittel für die zivilen Komponenten der GSVP kann sich diese zu einem bedeutenden Pfeiler der EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik entfalten.

Die zivilen Strukturen des europäischen Krisen- und Konfliktmanagements[36]

Die EU hat bereits 2015 ein ziviles Oberziel formuliert, das die Anforderungen für ein ziviles Krisenmanagement mit entsprechenden Unterstützungselementen und schneller Einsatzfähigkeit beschreibt.

Durch die Konzentration Deutschlands, Österreichs, Schwedens und der Niederlande auf den Auf- und Ausbau der Einsatzfähigkeit dieses zivilen Krisenmanagements kann dieses Ziel inzwischen erreicht werden.

Alle zivilen Strukturen, die für ein umfassendes internationales Krisen- und Konfliktmanagement jenseits des Zuständigkeitsbereichs der OSZE notwendig sind, arbeiten unter dem Dach des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD):

Das zivile Planungsdirektorat, die Generaldirektion für Krisenreaktion und operationale Koordinierung, das EU-Analysezentrum, die EU-Peacebuilding-Kommission, der Europäische Zivile Friedensdienst und die Sonderbeauftragten der EU für bestimmte Regionen und Themen.

In ihren Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ von 2017 hat sich die Bundesregierung verpflichtet: „Die Bundesregierung wird sich konsequent für eine ambitionierte Umsetzung der Agenda 2030 und eine Stärkung internationaler Fähigkeiten zur Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedensförderung einsetzen und auf eine verbesserte Koordinierung hinwirken. Dazu wird sie eine engere Verzahnung mit den entsprechenden Mechanismen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten unter Nutzung bestehender Ansätze wie dem Joint Programming anstreben.“ (Kapitel 4.3)

36 Diese Strukturen sind bereits Teil des Umsetzungsberichts der Bundesregierung zum Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“, Berichtszeitraum: Juni 2010 – Mai 2014.

3.4.III.4 OSZE – Schlüsselkraft für Frieden und Sicherheit in Europa

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ist für Deutschland die Schlüsselorganisation für Frühwarnung, Krisenprävention, Konfliktlösung und -nachsorge im gesamteuropäischen Raum.

Erklärtes Ziel Deutschlands nach dem Bundestagsbeschluss 2025 ist es, die OSZE mit ihren 57 Mitgliedstaaten in gemeinsamer Anstrengung aller europäischen Staaten zum alleinigen Sicherheitssystem in Europa auf- und auszubauen. Als Unterorganisation der UNO – wie im Kapitel VIII der UN-Charta beschrieben – soll sie zukünftig sämtliche Konflikte innerhalb Europas mit rein zivilen und polizeilichen Mitteln bearbeiten.

Österreich, Schweden und die Niederlande engagieren sich gemeinsam mit Deutschland an der Umsetzung dieses Ziels.

Korrespondierend mit dem Aufbau einer internationalen OSZE-Polizei sollen die verbliebenen nationalen Armeen stark abgebaut werden. Möglich wird diese Entwicklung auf der Basis der Wirtschafts- und Sicherheitspartnerschaft zwischen der EU und der EAWU unter Führung Russlands, die ab 2030 die Wirtschaftsinteressen aller Beteiligten in einem gemeinsamen Vertrag durch die Ausgestaltung einer gemeinsamen Wirtschaftszone regelt.

Jährlich 6 Milliarden Euro für den Aufbau der OSZE-Polizei in Europa

Betrug das Budget der OSZE 2014 noch 142 Millionen Euro (davon 88 Millionen Euro für Feldaktivitäten), kann die Konfliktpräventions- und Interventionskapazität dieser Organisation seit dem deutschen Vorsitz 2016 enorm ausgebaut werden.

Hat Deutschland sich zwischen 2010 und 2014 noch mit insgesamt 1.238 Expert*innen an den damals für die OSZE identitätsstiftenden Wahlbeobachtungsmissionen in 15 Staaten beteiligt und diese mitfinanziert, investiert Deutschland ab 2030 jährlich 3 bis 6 Milliarden Euro in den Aufbau der gesamteuropäischen UN-Polizei unter dem Dach der OSZE.

Die OSZE-Polizei ist dank ihrer ständigen Einsatzbereitschaft zur Krisenprävention und -intervention ebenso schnell und durchsetzungsstark, wie man es früher nur von Armeeverbänden kannte.

Die OSZE übernimmt wichtige Funktionen in Bezug auf die Schaffung von Rechtsstaatlichkeit, Frühwarnung, Wahlbeobachtung, den Kampf gegen Terrorismus und organisiertes Verbrechen und den Aufbau von Polizeikomponenten.

Gemeinsam mit seinen EU-Partnern setzt sich Deutschland daher u.a. weiter für die unabhängige und unparteiliche Arbeit des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (Office for Democratic Institutions and Human Rights – ODIHR), der OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit sowie der Hohen Kommissarin für Nationale Minderheiten ein.

Von der KSZE zur OSZE

Die erste umfassende Initiative in Richtung auf eine gesamteuropäische Ordnung nach dem Zweiten Weltkrieg war die „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE). Die in Helsinki 1975 angenommene Schlussakte mit ihren zehn grundlegenden Prinzipien für die Ordnung zwischenstaatlicher Beziehungen steckte einen Rahmen für eine neue Ordnung Europas ab.

1990 sollte die „Charta von Paris für ein neues Europa“ – getragen von 30 Staaten Europas, den USA und Kanada – Raum geben für Perspektiven auf eine gesamteuropäische Friedensordnung:

„Nun ist die Zeit gekommen, in der sich die jahrzehntelang gehegten Hoffnungen und Erwartungen unserer Völker erfüllen: unerschütterliches Bekenntnis zu einer auf Menschenrechten und Grundfreiheiten beruhenden Demokratie, Wohlstand durch wirtschaftliche Freiheit und soziale Gerechtigkeit und gleiche Sicherheit für alle unsere Länder.“

Die wesentlichen unter Bezugnahme auf die Schlussakte von Helsinki formulierten Prinzipien – Gewaltverzicht und Achtung des Völkerrechts gemäß der UN-Charta, Menschenrechts- und Minderheitenschutz sowie territoriale Integrität – waren verbunden mit der Absicht, Verhandlungen über die 1986/87 begonnene atomare und konventionelle Abrüstung sowie besondere Maßnahmen der Vertrauens- und Sicherheitsbildung fortzusetzen bzw. auszubauen. …

Auch die Zustimmung der Sowjetunion zum Zwei-plus-Vier-Vertrag und implizit zur NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands setzte auf einen grundlegenden Wandel der militärischen Bündnisorganisationen, der ein neues sicherheitspolitisches Gleichgewicht in Europa versprach.

Mit der in der Charta von Paris vereinbarten und auf dem Budapester Gipfel 1994 beschlossenen Weiterentwicklung der KSZE zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) verband sich die Hoffnung, diese werde zur zentralen gesamteuropäischen Sicherheitsinstitution avancieren. Diese Hoffnung erfüllte sich nicht. Die Wirkungsmöglichkeiten der OSZE blieben begrenzt, weil ‚echte Partnerschaft‘ der beteiligten Staaten zwar im Titel beschworen, aber nicht mit Inhalt gefüllt werden konnte.

So verfolgten beide Seiten mit der OSZE verschiedene Interessen: Russland setzte vor allem auf die erste Dimension des Helsinki-Prozesses und damit auf das Ziel einer europäischen Sicherheitsstruktur, in der es seinem Status entsprechende Mitsprachemöglichkeiten haben würde. Der Westen betonte die dritte Dimension: die Verpflichtung zur Wahrung der Menschenrechte, bürgerlichen Grundfreiheiten und Minderheitenrechte sowie den Aufbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Im Zentrum westlicher Kritik standen damit vor allem die Demokratie- und Rechtsstaatsdefizite in Russland und den anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion, während die Schaffung einer gemeinsamen und ungeteilten Sicherheitspartnerschaft einschließlich Konfliktregelungs- und Rüstungskontrollmechanismen aus dem Blick geriet.

Letzteres war aus westlicher Perspektive nur folgerichtig. Denn nach westlicher Lesart markierte die Pariser Charta das gemeinsame Bekenntnis zum Aufbau einer liberalen Ordnung von Demokratien, in der dann auch Sicherheitsdilemmata entfallen würden und Rüstungskontrollen als vernachlässigbar gelten könnten. Die Entwicklungen der Folgejahre lassen sich in diesem Sinne lesen.

Zur Durchsetzung eines wertebasierten, auf liberalen Ordnungsmodellen beruhenden Friedens in Europa setzte der Westen vornehmlich auf zwei Institutionen: auf die NATO und die Europäische Union. Gemäß dem westlichen Narrativ wurde die Ausdehnung beider Institutionen im gesamteuropäischen Interesse liegend begriffen. Allerdings beförderten diese Konfrontationen, da Sicherheits- und Statusbedürfnisse Russlands vernachlässigt und real fortbestehende politische, kulturelle und soziale Differenzen verstärkt wurden.“ [37]

37 Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft 2017 S. 9-10

3.4.III.5 NATO - Deutschland als rein ziviler Akteur

Seit dem Zweiten Weltkrieg war die Friedensbewegung in Deutschland stark verankert. Bereits die friedliche Revolution, die 1989 die innerdeutsche Mauer zum Einsturz brachte, ließ die Hoffnung aufkeimen, Konflikte in Zukunft generell mit gewaltfreien Mitteln lösen zu können.

Deutsche Bundesregierungen betonten seitdem stetig den Vorrang ziviler Mittel zur Konfliktlösung. Der Einsatz militärischer Gewalt galt stets als letztes Mittel. Bis 2016 investierte Deutschland jedoch mit 36 Mrd. Euro pro Jahr etwa zehnmal höhere Beträge in die militärische als in die zivile Konfliktbearbeitung und -prävention[38].

Bis 2024 erhöht Deutschland seine jährlichen Ausgaben für militärische Verteidigung sogar noch auf über 60 Mrd. Euro.

Mit dem Bundestagsbeschluss 2025 setzt sich die Erkenntnis durch, dass die Investition in militärische Friedenssicherung sowohl ökonomisch wie sozial gegenüber der rein zivilen Friedenssicherung nicht mehr länger zu rechtfertigen ist.

Auch angesichts unserer eigenen gewaltvollen Geschichte bis 1945 sowie auch als Anregung für andere Staaten entscheidet sich Deutschland 2025, bis zum Jahr 2040 als Mitglied der NATO konsequent militärisch abzurüsten und seinen Teil zur gemeinsamen Sicherheit im Rahmen der auszubauenden zivilen Fähigkeiten der OSZE beizutragen.

Deutschland hat sich bereits durch seine Entspannungspolitik seit den 1970er Jahren innerhalb und außerhalb Europas als glaubwürdiger Mediator profiliert. Dank seiner konsequenten Abrüstung ab 2025 kann Deutschland seinen Ruf als diplomatischer Krisenvermittler nochmals entscheidend ausbauen.

So wird die 2015 im Auswärtigen Amt neu geschaffene Abteilung S „Krisenprävention, Stabilisierung und Konfliktnachsorge“ bereits bis 2024 stark ausgebaut.

38 Bund für Soziale Verteidigung Januar 2017, S. 1

Der Bundestags-Ausschuss „Resiliente Demokratie“

Mit der Einrichtung eines Unterausschusses für „Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit“ des Auswärtigen Ausschusses im Jahr 2010 hat der Deutsche Bundestag die Bedeutung der zivilen Krisenprävention in seiner Arbeit unterstrichen und den Austausch zwischen Legislative, Exekutive und Zivilgesellschaft zu diesem Thema nachhaltig befördert.

Mit dem Bundestagsbeschluss von 2025 wird der Unterausschuss zum vollwertigen Bundestagsausschuss „Resiliente Demokratie“, der ab 2040 den bisherigen Verteidigungsausschuss ersetzt.

Zwar begegnen die NATO-Partner der zunehmenden Konzentration Deutschlands auf zivile Sicherheitspolitik zunächst mit großem Widerstand, doch mit dem zunehmenden Erfolg der deutschen Diplomatie, der Etablierung der Wirtschafts- und Sicherheitspartnerschaft zwischen der EU und der EAWU und den nicht mehr zu leugnenden Beiträgen der zivilen deutschen Fachkräfte zur Krisenprävention und -entschärfung wächst die Bereitschaft, eine völlige Konzentration Deutschlands auf polizeiliche und zivile Sicherheitspolitik zu akzeptieren.

Ab 2040 trägt Deutschland daher ausschließlich mit zivilen Kräften unter dem Dach der OSZE zur gemeinsamen Sicherheit in Europa und der Welt bei. Wird dieser Beitrag zunächst noch skeptisch belächelt und bekämpft, findet er in der NATO doch zunehmende Anerkennung. Zivile Friedensfachkräfte und die Ausbildung der Bevölkerung in Resilienter Demokratie etablieren sich als feste OSZE-Säule und als Beitrag der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU auch im Denken und Handeln der NATO.

Deutschland stellt 50.000 zivile OSZE-Friedensfachkräfte

Im Rahmen des Zivilen Friedensdienstes ZFD wurden von Deutschland bereits zwischen 1999 und 2014 über 900 Friedensfachkräfte in über 50 Länder entsandt.

Die auch im Vergleich zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr sehr positiven unabhängigen Evaluierungen der Einsätze der zivilen Friedens-

fachkräfte führen in den Folgejahren zum Aufbau einer international einmaligen Stärke von 10.000 ständig verfügbaren und schnell einsetzbaren Fachkräften bis zum Jahr 2030.

Mit dem Bundestagsbeschluss von 2035 wird dann der weitere Ausbau dieser personellen Kapazitäten zur zivilen internationalen Krisenprävention und -intervention auf 50.000 Fachkräfte ab 2040 beschlossen.

3.4.III.6 UNO – Die weltweite Sicherheitsarchitektur

Seit dem 11. September 2001 gewöhnt sich die Welt mehr und mehr daran, dass einzelne Gruppen von Staaten für sich das Recht in Anspruch nehmen, Krieg gegen andere Staaten, halbstaatliche Gruppen oder terroristische Vereinigungen zu führen - auch ohne explizites Mandat nach Kapitel VII der UN-Charta.

Mit der Reduzierung und schließlich dem Ende der – oft zweifelhaften – Beteiligung an internationalen Militäreinsätzen verpflichtet der Deutsche Bundestag 2025 und 2035 die Bundesregierung, sich mit Nachdruck für eine Stärkung – statt der weiteren Schwächung – der UNO einzusetzen und sich noch stärker als bisher diplomatisch und humanitär zu engagieren.

Das betrifft sowohl die Stärkung und Nutzung der vorhandenen Instrumente der UNO zur friedlichen Konfliktprävention und -beilegung als auch deren Reform und Ausbau. Richtungsweisend kann bis zum Jahr 2030 das Modell des „Just Policing“ weiter entwickelt werden, wie es im sogenannten katholisch-mennonitischen Dialog in den USA angelegt worden ist und in einer Studie der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft FEST im Jahr 2017 als Präventivmaßnahme der internationalen Gemeinschaft bei einer Bedrohung des Weltfriedens empfohlen wurde.

Schon lange betrachtet Deutschland die Vereinten Nationen als wichtige Basis der Sicherheit unseres Landes. Die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene internationale Ordnung ist in ihrer Gestalt nicht mehr zeitgemäß und bedarf dringend einer Reform, um weltweit Akzeptanz zu finden. Das gilt in Bezug auf die Zusammensetzung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen ebenso wie für die Stimmrechtsverteilung im Internationalen Währungsfonds IWF.

Deutschland setzt sich daher ab 2025 dafür ein, den aufsteigenden Mächten und dem globalen Süden eine ihren und seinen Potenzialen entsprechende größere Möglichkeit zur Mitwirkung in diesen Gremien und damit zur gleichberechtigteren Mitgestaltung der internationalen Ordnung zu ermöglichen. Gleichzeitig treibt Deutschland den Ausbau des internationalen Strafrechts unter dem Dach der UNO voran.

Reform des UN-Sicherheitsrats

Konkret vereinbart die UNO 2028 – auf intensives Betreiben der weltweiten Zivilgesellschaft und Deutschlands, Österreichs, Schwedens und der Niederlande – eine Reform des UN-Sicherheitsrats. Zuständig für alle Sicherheitsfragen sind nun in den jeweiligen Weltregionen Regionale Sicherheitsräte. Der UN-Sicherheitsrat besteht nun aus Vertreter*innen dieser regionalen Sicherheitsräte.

Schaffung einer Parlamentarischen Versammlung der UNO

Entsprechend dem EU-Parlament und anderer überregionaler Parlamente als Ausdruck demokratischer Mitwirkung vereinbart die UNO 2028 zudem die Schaffung einer Parlamentarischen Versammlung, die ab 2030 zunächst aus Delegierten der Parlamente der UN-Mitgliedsstaaten entsprechend ihrer weltweiten Bevölkerungsanteile besteht.

Starke Beteiligung an UN-Friedensmissionen

Beteiligte sich Deutschland im Jahr 2014 nur mit 19 Polizei- und 63 zivilen Fachkräften an internationalen UN-Friedensmissionen[39], so steigt diese Beteiligung bis zum Jahr 2030 auf 1.000 Polizei- und 2.000 zivile Fachkräfte. 2017 verpflichtete sich die Bundesregierung in ihren Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ zu einer dauerhaft starken und qualifizierten Unterstützung internationaler Missionen (Kapitel 3.2.2).

Nach dem Bundestagsbeschluss 2025 baut Deutschland sein Engagement an internationalen UN-Friedensmissionen auf über 5.000 Polizei- und 50.000 zivile Fachkräfte aus.

39 Die Bundesregierung 2014, S. 46

Jährliches Training von 45.000 zivilen Konfliktexpert*innen

Mit dem 2002 in Berlin eröffneten Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) verfügt das Auswärtige Amt über eine eigene Durchführungsorganisation für Gewinnung, Vermittlung, Vorbereitung und Training von zivilen Expert*innen für internationale Friedensmissionen und Wahlbeobachtungseinsätze.

Wurden zwischen 2002 und 2014 bereits 3.000 deutsche und ausländische Expert*innen[40] durch das ZIF trainiert, sind es ab 2030 jährlich 15.000.

Zudem unterstützt die Bundesregierung wie keine andere Regierung auf der Welt die Rechtsstaatsaktivitäten der Friedensmissionen der Vereinten Nationen.

Bearbeitung von gesellschaftlichen Konflikten in Nachkriegssituationen[41]

In Peru beraten Fachkräfte des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) die Ombudsbehörde dabei, in Umwelt- und Ressourcenkonflikten als unabhängige und gewaltfreie Vermittlerin aufzutreten.

Ein weiteres ZFD-Projekt unterstützt die guatemaltekische Ombudsbehörde bei der Umsetzung ihres Mandats zum menschenrechtlichen Monitoring und bei der Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen.

Auch zur verbesserten Dokumentation, Aufarbeitung und Ahndung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit werden Projekte unterstützt. So fördert die Bundesregierung z.B. in Kambodscha Menschenrechtsorganisationen bei der Durchführung von Informationskampagnen zu den Strafverfahren des Khmer-Rouge-Tribunals und bei der Begleitung Überlebender, die als Zeuginnen und Zeugen oder Nebenklägerinnen und Nebenkläger an den Verfahren teilnehmen.

---

40 Die Bundesregierung 2014, S.24

41 Diese Beispiele sind dem Umsetzungsbericht der Bundesregierung zum Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ entnommen (Die Bundesregierung 2014, S. 24-25).

So betreibt das ZIF in enger Zusammenarbeit mit dem United Nations Development Programme (UNDP) sowie dem Department of Peacekeeping Operations (DPKO) seit 2009 u.a. ein Aus- und Fortbildungsprogramm für Referentinnen und Referenten in Rechtsangelegenheiten (Judicial Affairs Officer), die weltweit in UN-Friedensmissionen in Nachkriegsgesellschaften tätig und Staaten beim Wiederaufbau und der Reform ihrer Justizsysteme unterstützen.

Zivile Friedensfachkräfte unterstützen weltweit Maßnahmen zur Sicherstellung der Achtung der Menschenrechte sowie Maßnahmen zur Krisenprävention. Deutsche Friedensfachkräfte stärken im Verbund mit anderen internationalen Friedensfachkräften die Kapazitäten von Menschenrechtsverteidiger*innen und ermöglichen ihnen die effektive Teilnahme an nationalen Dialogprozessen.

Die Bundesregierung unterstützt darüber hinaus gezielt weitere wichtige UN-Institutionen innerhalb der UN-Peacebuilding-Architektur, wie z. B. das Bureau for Crisis Prevention and Recovery der UN-Kommission für Friedenskonsolidierung und die Vor-Ort-UN-Resident-Coordinators.

Verhinderung eines Bürgerkriegs in Kenia dank des Beitrags deutscher Diplomaten[42]

In Kenia kam es nach den Präsidentenwahlen 2007 zu gewaltsamen Unruhen, die schnell den Charakter ethnischer Auseinandersetzungen annahmen, weil der Wahlsieger Kibaki und sein Konkurrent Odinga verschiedenen kenianischen Ethnien angehörten.

Auf Bitten des als Vermittler hinzugezogenen ehemaligen UN-Generalsekretärs Kofi Annan erklärte der damalige Staatsminister im Auswärtigen Amt, Gernot Erler, den beiden Kontrahenten, wie die Teilung der Macht zwischen zwei fast gleich starken Parteien in Deutschland funktioniert. Denn in Kenia wurde bis dahin Macht und Einfluss nach dem Prinzip „The winner takes it all“ verteilt.

Nachdem Erler den Kontrahenten die Grundprinzipien der großen Koalition, der schwarz-roten Regierung erklärt hatte, kam es in Kenia zur ersten großen Koalition in Afrika nach europäischem Vorbild.

42 Vgl. Erler Gernot 2009, S. 28-35 online verfügbar unter: http://gernot-erler.de/cms/upload/Texte/Kenia08.pdf

Auch die UN-Abteilungen, die sich mit Konflikten, Geflüchteten, Umwelt, Abrüstung und Gerechtigkeit befassen, werden massiv ausgebaut.

Deutschland war bereits seit 2006 einer der größten Einzahler in den UN-Peacebuilding Fund. Ab 2030 ist Deutschland größter Einzahler in diesen Fonds und unterstreicht damit sein Engagement für weltweite Sicherheit.

Auch fördert die Bundesregierung die Arbeit des Sonderbeauftragten des UN-Generalsekretärs für die Schutzverantwortung und des Global Center for the Responsibility to Protect.

In Afrika werden immer mehr Konflikte gewaltfrei gelöst

Der Bau eines von Deutschland finanzierten Gebäudes für die Abteilung Frieden und Sicherheit der Afrikanischen Union (AU), das 2016 an die AU übergeben wurde, markierte einen wichtigen Meilenstein auf dem Weg Afrikas zur Überwindung seiner militärischen Konflikte.

Dank insbesondere der deutschen Finanzierung von Langzeitprogrammen zur Unterstützung der Friedens- und Sicherheitsarchitektur der AU, der Stärkung verlässlicher ziviler Polizeistrukturen, der Unterstützung des Grenzprogramms der AU-Kommission (African Union Border Programme), des Aufbaus zahlreicher Nationaler Dialogkonferenzen sowie des kontinentalen Konfliktfrühwarnsystems (CEWS) werden auf dem afrikanischen Kontinent – ganz anders als noch zu Beginn des Jahrtausends – Konflikte inzwischen in der Regel gewaltfrei gelöst. Dabei kommen vielfach auch Methoden aus der afrikanischen Kulturgeschichte zum Einsatz, die im Laufe der Kolonialisierung in Vergessenheit geraten waren.

Eine Polizeitruppe für die Vereinten Nationen

Deutschland wirbt intensiv für das Ziel, UN-Friedensmissionen generell als Polizeieinsätze zu organisieren. Das Modell rein polizeilicher Friedensmissionen der UNO findet weltweit immer breitere Unterstützung.

Deutschland setzt sich international jetzt klar für die entmilitarisierte Konfliktbearbeitung durch UN-Polizeikräfte und die Ächtung und Abschaffung von Krieg und Militär ein. Neutrale, am Völkerrecht und an Polizeiaufgaben orientierte Polizeitruppen unter dem Kommando der jeweiligen regionalen

UN-Sicherheitsräte sollen in allen Fällen zwischenstaatlicher Konflikte und bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit zum Schutz der unmittelbar betroffenen Menschen eingesetzt werden.

Das Konzept für die Ablösung von militärischen Friedenseinsätzen der UNO durch UN-Polizeitruppen wurde bereits seit Anfang des Jahrtausends vom Ökumenischen Rat der Kirchen diskutiert.

Die Konstruktion eines solchen Polizeikonzeptes schließt aus, dass nationale Verbände für nationale oder imperiale Ziele sowie für Kriegshandlungen eingesetzt werden: Durch ein neutrales Kommando, durch den Einsatz auf Beschluss des regionalen Sicherheitsrates, durch multinationale Zusammensetzung der Verbände, durch verbindliche Orientierung auf Völker- und Menschenrecht, durch entsprechende Ausbildung, Logistik und Bewaffnung, durch entsprechende Definition von Einsatzkriterien und Richtlinien.

Polizeiliche Zwangsausübung in diesem Sinne unterscheidet sich substantiell von der militärischen Gewalt.[43] Polizeilicher Zwang hat viel stärker den Charakter schützender Gewalt, die im Zweifelsfall eher den Straftäter entkommen lässt, als unschuldiges Leben in Gefahr zu bringen. Auch unterliegt polizeiliche Zwangsausübung im Unterschied zu militärischer Gewalt ziviljuristischer Kontrolle.

Richtungsweisend kann bis zum Jahr 2030 das Modell des „Just Policing“ weiter entwickelt werden, wie es im sog. katholisch-mennonitischen Dialog in den USA angelegt worden ist und in einer Studie der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft FEST im Jahr 2017 als Präventivmaßnahme der internationalen Gemeinschaft bei einer Bedrohung des Weltfriedens empfohlen wurde.[44]

Deutschland als Gastgeber der jährlichen UN-Polizeikonferenzen

Bereits seit 2013 wird die Polizeiarbeit der Vereinten Nationen von Deutschen geleitet. Zudem richtet Deutschland seit 2013 die jährlichen UN-Polizeikonferenzen aus, die das Ziel haben, die Polizeiarbeit der Vereinten Nationen durch die Erarbeitung mehrjähriger Strategien wirksamer zu gestalten.

43 Vgl. Becker-Hinrichs, Dietrich (2015): „Menschen schützen – mit aller Gewalt oder gewaltfrei?“ - Vortrag bei einer Klausurtagung im Forum ziviler Friedensdienst, Köln, 24. April 2015. Online verfügbar unter: https://www.wfga.de/fileadmin/user_upload/Material/Artikel/Downloads/2015_Schutzverantwortung_Becker-Hinrichs.pdf,

44 Vgl. Schabach (2007) und Werkner et al. (2017).

UN-Demokratieförderung

Der von Deutschland wesentlich mitfinanzierte United Nations Democracy Fund (UNDEF) förderte bereits zwischen 2005 und 2013 durch rund 400 Projekte in mehr als 130 Staaten die Stärkung der Beteiligung von Zivilgesellschaften und marginalisierten Gruppen an demokratischen Prozessen.[45] Dank der Bundestagsbeschlüsse von 2025 und 2035 und die Umwidmung deutscher Finanzbeiträge in Richtung ziviler Sicherheitspolitik kann UNDEF ab 2030 jährlich den Demokratieaufbau weltweit in über 4.000 Projekten in 130 Staaten fördern.

Seit 2002 ist Deutschland zudem Mitglied beim International Institute for Democracy and Electoral Assistance (International IDEA), einer zwischenstaatlichen Organisation mit Sitz in Stockholm, deren Ziel es ist, weltweit Demokratie nachhaltig zu fördern.[46] International wird diese Organisation als ein neutraler Akteur angesehen, der bei der Beratung zu Demokratiefragen keine nationalen Eigeninteressen verfolgt. Inhaltliche Schwerpunkte betreffen die Begleitung von Wahlprozessen, den Verfassungsaufbau, die politische Teilhabe sowie die wechselseitige Beziehung zwischen Demokratie und Entwicklung.

Deutschland unterstützt zudem direkt den Aufbau und die Stärkung von Justiz und Polizei, Verfassungs-, Gesetzgebungs- und Versöhnungsprozessen sowie die Information der Zivilgesellschaft über ihre Rechte in 25 Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens.

3.4.IV RESILIENTE DEMOKRATIE

„Das Denken und die Methoden der Vergangenheit
konnten die Weltkriege nicht verhindern,
aber das Denken der Zukunft
muss Kriege unmöglich machen.“

(Albert Einstein)[47]

45 Vgl. Vierter Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung des Aktionsplans „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“. Berichtszeitraum: Juni 2010- Mai 2014, S. 22

46 Vgl. ebenda S. 22

47 Auswärtiges Amt, Krisenprävention mit zivilen Mitteln – Ein Beitrag zu Frieden und Sicherheit, 22.11.2010, s. http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/550984/publicationFile/130345/BroschuereKrisenpraevention.pdf

Überblick 2040

- Flächendeckende Fort- und Ausbildung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in konstruktiver Konfliktbearbeitung und reflexivem Konfliktverständnis.
- Verstärkte Sozialarbeit verhindert die Ausbreitung von Feindbildern und die Diffamierung von Fremden.
- Flächendeckende Mediationszentren verhindern gewaltsame inter- und intragesellschaftliche Konflikte. Die Zentren stehen allen UN-Mitgliedsländern offen.
- Der Bundesverband Gewaltfreiheit sowie zahlreiche Stiftungen und Lehrstühle fördern die weitere Professionalisierung und Verbreitung nicht-militärischer Konfliktkultur.
- Staat und Zivilgesellschaft sind gegen Freiheitseinschränkungen von innen und außen – auch durch strukturelle Planung und Vorbereitung organisierten Zivilen Widerstands – resilient.
- Alle Kirchen und Religionsgemeinschaften bieten Fort- und Ausbildungen zu Friedensstifter*innen an.
- Zivile Krisenprävention ist das Markenzeichen deutscher, österreichischer, schwedischer und niederländischer Außen- und Sicherheitspolitik.
- Zur Verhinderung und Aufarbeitung terroristischer Anschläge sind Polizei und Justiz mit ausreichenden Personal- und Finanzmitteln ausgestattet.
- Regelmäßige unabhängige Studien überprüfen den Ausbildungsstand und die Wirksamkeit der zivilen Konfliktkultur hinsichtlich der Sicherheit des Landes.

Resiliente Demokratie

Resiliente Demokratie umfasst die nachhaltige Stärkung der strukturellen zivilen Widerstandsfähigkeit unserer Zivilgesellschaft und unseres demokratischen Staates gegen Freiheitseinschränkungen von innen und außen.

Im weiteren Sinn umfasst Resiliente Demokratie alle fünf Säulen der nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik.

Im engeren Sinn umfasst Resiliente Demokratie:

1. Politische Bildung zum Wert und zur Funktionsweise unserer freiheitlichen demokratischen Gesellschaft auf der Basis des Grundgesetzes,
2. Stärkung des Bewusstseins für den Wert einer unabhängigen und lebendigen demokratischen Zivilgesellschaft,
3. Stärkung zivilgesellschaftlicher Integration und Prävention zur Vorbeugung von Radikalismus, Extremismus und Terrorismus,
4. Stärkung der Polizei zur Verhinderung und Verfolgung gewalttätiger Übergriffe und terroristischer Anschläge,
5. Strukturelle Planung und Vorbereitung organisierten **Zivilen Widerstands** gegen den Versuch gewaltsamer Freiheitseinschränkungen von innen oder außen.

Der Weg bis 2040

3.4.IV.2 Ausbau der zivilen Konfliktkultur

Kernbestandteil des Bundestagsbeschlusses von 2025 ist die konsequente Umstellung deutscher Sicherheitspolitik von einer militärischen auf eine zivile Konfliktkultur. Die besondere sicherheitspolitische Stärke Deutschlands liegt in seinen diplomatischen Möglichkeiten und zivilen Fähigkeiten.

Schon in den vergangenen Jahrzehnten hat sich in Deutschland neben der durch unser Rechtssystem und die Polizei getragenen Rechtsstaatskultur eine differenzierte zivile Konfliktkultur ausgebildet.

So begann bereits zu Beginn des Jahrtausends die Ausbildung von Grundschüler*innen zu Streitschlichter*innen.[48] In verschiedenen Kirchen werden seit 2005 Fort- und Ausbildungen zu Friedensstifter*innen angeboten.[49]

48 Vgl. Jefferys-Duden, Karin (2008): Das Streitschlichter-Programm : Mediatorenausbildung für Schülerinnen und Schüler der Klassen 3 bis 6. Weinheim: Beltz-Verlag

49 Vgl. http://www.ekkw.de/media_ekkw/service_lka/Text_Homepage_Jugendliche_werden_Friedensstifter.pdf Zugriff: 28.01.2018
http://www.evangelische-friedensarbeit.de/artikel/2010/jugendliche-werden-friedensstifter-innen - Zugriff am 28.01.2018

Seit Beginn des Jahrtausends nimmt in Deutschland auch die zivilgesellschaftliche Ausbildung von Mediator*innen und Konfliktberater*innen auf breiter Ebene zu. Immer mehr Menschen lassen sich in Gewaltfreier Kommunikation und schließlich in der gesamten Palette gewaltfreien Handelns aus- und fortbilden.

Ab 2019 gibt es interreligiöse Mediationsteams, die von den christlichen Kirchen, jüdischen und muslimischen Religionsgemeinschaften finanziell getragen werden. Nachdem 2018 vermehrt Konflikte sowohl innerhalb als auch in der Umgebung von Flüchtlingsunterkünften eskaliert waren, hatten die Religionsgemeinschaften beschlossen, dem Friedenspotential ihrer jeweiligen Religion mehr Ausdruck zu verleihen, indem sie gemeinsam als Mediator*innen auftreten. Der Erfolg dieser Teams führte dazu, dass ab 2022 die Anzahl an interreligiösen Mediationsteams stark zunahm.[50]

Mit dem Beschluss des Bundestags von 2025 wird zivile Konfliktbearbeitung in Abstimmung mit den Bundesländern flächendeckend verbindliches Schulfach, so dass heute in Deutschland alle Schüler*innen Gewaltfreie Kommunikation, Mediation und andere Verfahren konstruktiver Konfliktwahrnehmung, -analyse und -bearbeitung erlernen.

Zudem wird die Erwachsenenbildung in diesen Bereichen enorm ausgeweitet.

Papst Franziskus:
„Kultur des Dialogs in alle schulischen Lehrpläne aufnehmen“

Bei der Karlspreisverleihung 2016 mahnte Papst Franziskus, die „Kultur des Dialogs“ müsse in alle schulischen Lehrpläne aufgenommen werden, um der jungen Generation eine andere Art der Konfliktlösung einzuprägen.

50 vgl. http://doriswietfeldt.de/wp-content/uploads/Mediation-mit-Muslimen_Perspektive-Mediation_Azad-und-Wietfeldt.pdf Zugriff 23.02.18

http://www.martschin.com/vertreter-von-judentum-islam-und-christentum-schaffen-gemeinsame-mediationsausbildung-fur-gesellschaftlichen-zusammenhalt-in-krisenzeiten/ - Zugriff am 28.01.2018

Wissenschaftliche Studien bestätigen zivile Sicherheitspolitik

Seit zunehmend Studien und Evaluationen die klare Überlegenheit ziviler gegenüber militärgestützter Konfliktbearbeitung beweisen, kann sich auch die Politik den Fakten und Argumenten gegen eine weitere militärische Sicherheitspolitik nicht mehr entziehen.

Die Studien belegen die Notwendigkeit, die Spirale zu durchbrechen, in der Gewalt immer wieder neue Gewalt erzeugt.

Richtungsweisend waren hier die Studien von Büttner/Müller: „Optimierungschancen von Peacekeeping, Peacemaking und Peacebuilding durch gewaltfreie Interventionen“[51], die sehr positiven Evaluationen des Zivilen Friedensdienstes ab 2010[52] sowie die Studie von Chenoweth/Stephan „Why Civil Resistance Works: The Strategic Logic of Nonviolent Conflict“ von 2011.

Gewaltfreie Aufstände sind doppelt so erfolgreich wie gewaltsame

Wie Erica Chenoweth und Maria J. Stephan 2011 in ihrer Studie „Warum ziviler Widerstand funktioniert: Die strategische Logik des gewaltlosen Konflikts“ wissenschaftlich nachgewiesen haben, sind gewaltfreie Kampagnen doppelt so häufig erfolgreich wie gewaltsame.

Chenoweth und Stephan analysierten 323 Konflikte (davon 107 gewaltlos ausgetragene), die zwischen 1900 und 2006 weltweit ausgetragen wurden. Das Ergebnis: Bewaffnete Aufstände und Kampagnen haben zu 26 Prozent, zivile Aufstände und Kampagnen zu 53 Prozent zum Erfolg geführt. Und seit 1990 stieg der Anteil noch einmal dramatisch zugunsten des gewaltfreien Widerstands.[53] Sie setzten die Untersuchung fort, inzwischen liegen Ergebnisse bis 2015 vor und nach wie vor sind die gewaltfreien Kampagnen doppelt so erfolgreich.[54]

51 Müller, Barbara / Büttner, Christian 1996: Optimierungschancen von Peacekeeping, Peacemaking und Peacebuilding durch gewaltfreie Interventionen? Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung. Arbeitspapier Nr. 4. Wahlenau 1996.

52 http://www.bmz.de/de/themen/frieden/ziviler_friedensdienst/index.html?follow=adword – Zugriff am 29.01.2018

53 Siehe Chenoweth 2011

54 Vgl. http://kirche-des-friedens.de/html/media/dl.html?i=86548

Eine 2022 von der Bundesregierung in Auftrag gegebene Studie zu den Möglichkeiten und Grenzen einer nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik belegt 2024 die ökonomische und politische Effizienz ziviler Friedenssicherung sowohl im Verhältnis zu den eingesetzten Mitteln als auch in Bezug auf die beabsichtigten Ziele.

Diese Studie beschreibt zugleich umfassend die Möglichkeiten ziviler Friedenssicherung und empfiehlt, zivile Mittel der Friedenssicherung im Verhältnis zu militärischen Sicherheitsinstrumenten stark auszubauen.

Zunehmender Einfluss von Frauen

Gemäß der UN-Resolution 1325 sind Frauen stärker an Friedensprozessen zu beteiligen. Die vorgenannte Studie bestätigt auch die Ergebnisse einer Untersuchung aus dem Jahr 2016[55], dass eine starke Beteiligung von Frauen an Friedensverhandlungen die Wahrscheinlichkeit, zu einem Friedensvertrag oder zu einer Einigung zu kommen, signifikant erhöht. Dabei ist weniger die Anzahl der beteiligten Frauen entscheidend, sondern vielmehr ihr Einfluss auf den Friedensprozess. Beispielhaft hierfür verweisen wir auf den Friedensprozess im Nordirlandkonflikt, die Beendigung des Bürgerkrieges in Liberia 2003 oder die internationale Kampagne zum Atomwaffenverbot (ICAN), wo Frauen die Entscheidungsträgerinnen waren bzw. sind.

Zivile Konfliktbearbeitung

Zivile Konfliktbearbeitung zeigt, wie der Schutz vor Gewalt ohne Anwendung oder Drohen mit Gewalt funktioniert.

Sie zielt mittels eines globalen Monitoringnetzes[56] auf eine möglichst frühe und konstruktive Einflussnahme auf Gewaltdynamiken und Konflikte, um präventiv und deeskalierend einzuwirken (Krisenprävention/peacemaking), entstandene Gewalt zu beenden (Konfliktlösung/peacekeeping) und Friedenspotenziale zu fördern (Friedenskonsolidierung/peacebuildung).

---

55 Vgl. Pfaffenholz et al. 2016, S. 5ff.

56 Vgl. Buro, Andreas (2006): Das Monitoring-Projekt. Ziviel Konfliktbearbeitung. Gewalt- und Kriegsprävention. Die Alternativen der Friedensbewegung zum militärischen Konfliktaustrag. Bonn: Kooperation für den Frieden c/o Netzwerk Friedenskooperative

„Zivil“ bedeutet in diesem Zusammenhang „nicht militärisch“ egal, ob die handelnden Personen Vertreter*innen staatlicher oder zivilgesellschaftlicher Organisationen sind.

Zur zivilen Konfliktbearbeitung gehören

1. Krisen- und Gewaltprävention: Die Aufgabe, eine Übereinkunft über die Inhalte verdeckter und offener Konflikte zu finden, was i.d.R. durch Verhandlungen geschieht.
2. Deeskalation und Streitbeilegung: Die Aufgabe, deeskalierend zu wirken, Konflikte mit gewaltfreien Methoden zu lösen, Gewalt einzudämmen bzw. zu verhindern und Sicherheit wiederherzustellen.
3. Aufbau- und Versöhnungsarbeit: Die Aufgabe, die eigentlichen Ursachen wie die Folgen von Konflikten zu bearbeiten

Die gewaltfreie Konfliktbearbeitung durch zivilgesellschaftliche Organisationen zeichnet sich durch eine Bandbreite vielfältiger Methoden, kreativer Strategien und spezifischer Aktionsformen aus. In der Projektarbeit erfordert dies ein konfliktsensitives, mutiges Eintreten und kreative Arbeitsweisen in verschiedenen kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Kontexten.

Aufbau nationaler und internationaler Mediationszentren

Ab 2018 setzen sich in Deutschland, Österreich, Schweden und den Niederlanden entsprechend folgende sich wechselseitig verstärkende Entwicklungen durch:

- Flächendeckende Fort- und Ausbildung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in konstruktiver Konfliktbearbeitung und reflexivem Konfliktverständnis,
- Verstärkung der Sozialarbeit gegen die Ausbreitung von Feindbildern und die Diffamierung von Fremden,
- wesentlich erweiterte Ausbildung sowie verstärkter Einsatz von Friedensfachkräften,
- Aufbau von Friedensakademien, die neben der Fachkräfte-Ausbildung der Auswertung von Erfahrungen und der Vermittlung von Mediations-

techniken in alle Teile der Gesellschaft inklusive des Diplomatischen Dienstes dienen,

- Einrichtung zahlreicher Mediationszentren für potentiell gewaltsame inter- und intragesellschaftliche Konflikte. In diesen Zentren werden mit Hilfe sehr gut geschulten Personals mehr und mehr diskrete Dialoge zwischen innerdeutschen, innereuropäischen und weltweiten Kontrahenten für die jeweiligen Konfliktfelder geführt. Diese Zentren stehen als ein Mittel der Prävention und Deeskalation für alle UN-Mitgliedsländer offen.

Die Selbstverpflichtung der Bundesregierung von 2017

„Die Bundesregierung wird ihre Fähigkeiten im Bereich Mediation weiter ausbauen und sich in Zukunft verstärkt an Mediationsprozessen beteiligen. Dies umfasst deren finanzielle und konzeptionelle Unterstützung sowie den langfristigen Aufbau von Mediationskapazitäten der VN und anderer Partner, kann aber auch eine direkte Beteiligung an Mediationsvorhaben bedeuten. Sie achtet dabei insbesondere auf inklusive Dialogprozesse und auf die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen – sowohl auf der Seite der Verhandelnden als auch auf der Seite der Vermittelnden.“[57]

Gründung von Fachverbänden und Lehrstühlen

Die Gründung zahlreicher Bundesfachverbände wie der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden 1968, des Bundesverbandes Mediation im Jahr 1992, der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung 1998 sowie des Fachverbandes Gewaltfreie Kommunikation im Jahr 2010 bis hin zum Bundesverband Gewaltfreiheit im Jahr 2026 befördert weiter die Professionalisierung und Verbreitung der zivilen, nicht-militärischen Konfliktkultur.

Auch die Zunahme der finanziellen Förderung dieser Kultur durch zahlreiche neugegründete Stiftungen sowie die Gründung zahlreicher Universitätslehrstühle für Friedens- und Konfliktforschung führen zur Reflektion sowie gesellschaftlichen und politischen Verbreitung des Wissens um zivile Sicherheitspolitik.

57 Die Bundesregierung 2017, S. 31

Alle bisher im Bereich militärischer Sicherheitspolitik forschenden und lehrenden Lehrstühle und Akademien wie die Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) richten sich zunehmend und schließlich ganz am Paradigma ziviler Gemeinsamer Sicherheitspolitik aus. Auch die Münchner Sicherheitskonferenz vollzieht im Dialog mit der Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ diesen Paradigmenwechsel nach.

Der Ansatz ‚Gemeinsame Sicherheitspolitik‘

Wissenschaftlich setzt sich immer stärker der Ansatz der Gemeinsamen Sicherheitspolitik[58] durch. In alle Strategieoptionen werden die eigenen Anteile an der Genese sicherheitsrelevanter Probleme mit in die Analyse und die Änderung unseres eigenen Verhaltens als Strategieoption mit einbezogen.

Das eigene Verhalten ist der Steuerung unmittelbar zugänglich, während sich die Veränderung von Gesellschaften von außen als sozialtechnologische Illusion erwiesen hat. Diese Erkenntnis entzieht letztlich den meisten Auslandswehreinsätzen der Bundeswehr die Legitimation.

Zum reflexiven Handeln gehört fortan die Empathie, die Folgen unseres eigenen Handelns zu bedenken. Das Eintauchen in die Sichtweise anderer Akteure und in die externen Wirkungen unseres Handelns, relativiert das Paradigma nationaler, zugunsten gemeinsamer Sicherheit. Das wiederum führt grundsätzlich zur Ausweitung des kooperativen Handelns.

Der Hauptgrund für diese sich immer stärker durchsetzende Einschätzung fand sich bereits in den Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) von 1992. Diese definierten das Spektrum möglicher Risiken für die Sicherheit Deutschlands von innerstaatlichen Krisen über regionale Konflikte bis hin zum globalen Wohlstands- und Entwicklungsgefälle. „Diese Risiken“, so das Ressortpapier 1992, „sind aufgrund ihres Ursachencharakters nicht militärisch lösbar. Sie können auch nicht mit militärischen Potentialen ausbalanciert werden.“ [59]

Auch die im Weißbuch 2016 zur Sicherheitspolitik und Zukunft der Bundeswehr aufgeführten Herausforderungen für unsere Sicherheit lassen sich nur noch durch den Ansatz Gemeinsamer Sicherheit bewältigen:

58 siehe Jaberg 2015

59 Verteidigungspolitische Richtlinien des Bundesministers der Verteidigung vom 26.11.1992, S. 8

Auch das Auswärtige Amt beförderte dieses Umdenken durch zahlreiche Review-Prozesse: Gerade die asymmetrischen Kriege, mit denen Deutschland es zunehmend zu tun hatte, erforderten ein solches Um- und Neudenken oder – wie der Abschlussbericht zum Review-Prozess des Auswärtigen Amtes 2014 titelte – ein „Weiter Denken“.

Zivile Krisenprävention als Markenzeichen deutscher, österreichischer, schwedischer und niederländischer Außen- und Sicherheitspolitik

Der Vielzahl ganz unterschiedlicher Risiken, Konflikte, Krisen und Herausforderungen begegnet die nachhaltige, zivile Sicherheitspolitik mit spezifisch zugeschnittenen Strategien und Instrumenten:

Mit Diplomatie, Entwicklungszusammenarbeit, aktiver Mitwirkung in internationalen Organisationen und im Technischen Hilfswerk, mit Krisenfrüherkennung und Konfliktprävention, der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, interkulturellen Dialogprozessen, den Mediationszentren sowie polizeilicher Ausbildungshilfe. Immer geht es dabei darum, Interessenausgleiche zu organisieren sowie Konsense zu suchen und zu organisieren.

Die Außenministerien sind institutionelle Orte, an denen dieses breitgefächerte Instrumentarium gebündelt wird und entsprechende Strategien entwickelt werden. Deutschland, Österreich, Schweden und die Niederlande stellen damit ihren internationalen Partnern ihre Spezialisierungsvorteile in ziviler Konfliktkultur zur Verfügung, für die sie inzwischen breite internationale Anerkennung finden.

Das Auswärtige Amt in Berlin wird finanziell wie personell ab 2020 stark aufgestockt, um die vorsorgende Diplomatie weltweit auszubauen. Es koordiniert die Instrumente frühzeitiger Konfliktwahrnehmung in Europa und weltweit in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD), der OSZE und der UN. Die 2015 geschaffene Abteilung S - Humanitäre Hilfe, Krisenprävention, Stabilisierung und Konfliktnachsorge – wird ebenfalls stark ausgebaut und finanziell wie personell aufgestockt.

Das Programm Zivile Konfliktbearbeitung (zivik) des Auswärtigen Amtes

Das Programm zivik berät Nichtregierungsorganisationen, das Auswärtige Amt und das Ministerium für Zivile Verteidigung in ziviler Konfliktbearbeitung. zivik fördert, dokumentiert und evaluiert weltweit zivilgesellschaftliche Friedensprojekte in Krisenregionen.

Seit 2001 baut zivik den Bereich der zivilen Konfliktbearbeitung kontinuierlich aus und setzt den Aktionsplan der Bundesregierung „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ – 2017 weiterentwickelt als Leitbild „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ in die Tat um.

Das Förderprogramm wurde zunächst vom Auswärtigen Amt initiiert und wird ab 2040 vom Ministerium für Resiliente Demokratie finanziert.

Auf- und Ausbau Ziviler Friedensdienste

Friedensfachdienste unter der Sammelbezeichnung Ziviler Friedensdienst (ZFD), die in nichtstaatlicher Trägerschaft und Verantwortung durchgeführt, aber staatlich gefördert werden, entwickelten sich zunächst aus etablierten Friedensdiensten wie EIRENE und dem Weltfriedensdienst sowie unter dem Dach der Kirchen. Hier ist die Initiative des Berliner Friedensforschers und damaligen Kirchenleitungsmitglieds der Evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg, Theodor Ebert, zu nennen, der anfangs der 1990er Jahre an eine substanzielle friedenspolitische Alternative für Kriegsdienstverweigerer neben Wehr- und Zivildienst dachte.[60] Die heute im Konsortium Ziviler Friedensdienst zusammengeschlossenen Trägerorganisationen entsenden weltweit Fachkräfte zu Partnerorganisationen, um Gewalt ohne militärische Mittel einzudämmen und die zivilen Kräfte der Gesellschaft dabei zu stärken, Konflikte friedlich zu regeln.[61]
Auf den Erfahrungen der ersten Ausbildungen professioneller Friedensfachkräfte aufbauend wurde 1998 die Akademie für Konflikttransformation[62] im Forum Ziviler Friedensdienst gegründet.

60 Vgl. Fischer, Martina: Friedensdienste. In: Gießmann, Hans J. & Rinke, Bernhard [Hg.] (2011): Handbuch Frieden. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S.127
61 Ebenda S. 129
62 Ebenda S. 131

Bestärkt durch die Friedliche Revolution in Deutschland 1989

Bestärkt wurden diese zum Teil schon ab den 1950er-Jahren entwickelten Gewaltfreiheits-Ausbildungen in Deutschland[63] insbesondere durch die gewaltfreie Überwindung des DDR-Unrechtsstaates 1989.

Die mehr als zehnjährige Vorbereitung der friedlichen Überwindung der Mauer zwischen Ost- und Westdeutschland durch Friedensgruppen unter dem Dach der Evangelischen Kirche in der DDR führte 1990 auch zu Beschlüssen des Weltkirchenrats in Seoul, weltweit seitens der Kirchen nicht nur militärische Konfliktaustragung und Friedenssicherung zu verurteilen, sondern selbst konkrete Friedensdienste aufzubauen.

So wurden ab 1992 in Deutschland – angeregt durch Impulse aus den Friedenskirchen, der Evangelischen Kirche sowie verschiedener Europäischer Ökumenischer Versammlungen – von verschiedenen Friedensgruppen die ersten Ausbildungen für Friedensfachkräfte entwickelt und durchgeführt.

Seit 1999 fördert die Bundesregierung den Zivilen Friedensdienst. Federführend war dabei zunächst das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) in Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt (ab 2040 das Bundesministerium für Resiliente Demokratie). Die zivilgesellschaftlichen Träger dieser Dienste haben sich im Konsortium Ziviler Friedensdienst zusammengeschlossen.

Unbewaffnete zivile Friedenssicherung

Unbewaffnete zivile Friedenssicherung (Ziviles Peacekeeping, ZPK) [64] bedeutet, dass professionell vorbereitete, unbewaffnete Zivilist*innen vor, während oder nach einem gewaltsamen Konflikt eingesetzt werden, um Gewalt zu verhindern oder zu reduzieren, direkten physischen Schutz für bedrohte Zivilbevölkerung zu gewährleisten und um stabile lokale Friedensstrukturen zu stärken oder aufzubauen.

63 Vgl. Schmitz, Achim (2010): Gewaltfreiheit trainieren. Institutionengeschichte von Strömungen, Konzepten und Beispielen politischer Bildung. Belm-Vehrte: Sozio-Publishing, S. 202ff.

64 Vgl. Bund für Soziale Verteidigung e.V. (Hg.) (2015): Nonviolent Peace Force Ziviles Peacekeeping - Fallstudien (Hintergrund- und Diskussionspapier, 44)

ZPK arbeitet mit unbewaffneten, speziell trainierten und aus vielen Ländern und Kulturen rekrutierten Zivilist*innen. Diese leben und arbeiten in Regionen mit gewaltsamen Konflikten, zusammen mit der lokalen Zivilbevölkerung. Diese Methode ist seit 1981 immer häufiger praktiziert worden und erfährt zunehmend Beachtung:

Zwischen 1990 und 2015 wendeten weltweit mehr als 50 zivilgesellschaftliche Organisationen die ZPK-Methoden in 35 Konfliktzonen[65] an, bis 2030 wuchs diese Zahl auf 80 Organisationen in 500 Konfliktzonen.

Beispiele gelungener ziviler Schutzbegleitung bis zum Jahr 2016

- Schutz von Zivilbevölkerung im Südsudan
- Auslösung von Kindersoldaten in Sri Lanka
- Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen in Guatemala und Kolumbien
- Überwachung von Waffenstillstandsabkommen und Vertrauensbildung sowie Abwendung von Gewalt und Vertreibung in Mindanao, Philippinen
- Kapazitätsentwicklung, Vertrauensaufbau, Dialog und Schutz in Papua, indonesischer Teil
- Konfliktvermittlung in Flüchtlingslagern

ZPK kann in allen Konfliktphasen angewendet werden, ist aber besonders effektiv in frühen Phasen, um Konflikte abzuwenden oder zu mildern. Außerdem kann ZPK angewendet werden, nachdem ein gewaltsamer Konflikt abgeklungen ist, um den Übergang in eine gesunde Zivilgesellschaft zu unterstützen. ZPK kann stattfinden in Konfliktzonen, in denen keine UN-Peacekeeper*nnen anwesend sind (z.B. Mindanao, Myanmar, Kolumbien), aber auch zusätzlich zu UN-Missionen (z.B. Südsudan).

Im Unterschied zum traditionellen militärischen Peacekeeping oder bewaffneten privaten Sicherheitsfirmen geschieht dies ohne die Nutzung oder Abhängigkeit von Waffen. Ziviles Peacekeeping basiert daher auf einem anderen Bezugsrahmen: An die Stelle der Macht durch Bedrohung tritt die Beziehungsebene.

65 Bund für soziale Verteidigung e.V. Juli 2015, S. 5

Die vier ZPK-Hauptmethoden sind:

1. Proaktives Engagement
   (Beschützende Anwesenheit, Schutzbegleitung und sich zwischen die Konfliktparteien stellen)
2. Beobachtung
   (Waffenstillstandsbeobachtung, Kontrolle von Gerüchten, Frühwarnung und frühe Reaktion)
3. Aufbau von Beziehungen
   (Vertrauensbildung, mehrgleisiger Dialog und Mediation auf lokaler Ebene)
4. Aufbau von Fähigkeiten
   (Training und Unterstützung von lokalen Schutzstrukturen)

Diese Beziehungsfaktoren führen dazu, dass beabsichtigte, proaktive, strategische, professionelle Präsenz ohne Zuflucht zu bewaffneter Macht in vielen Fällen sicheren Schutz für Menschen bieten kann, die von möglicher Gewalt bedroht sind, während sie zur selben Zeit Gewalt reduziert und lokale Friedenskapazitäten stärkt.

Lokale Friedenszonen[66]

In Friedenszonen, wie sie in Kolumbien und auf den Philippinen mit Erfolg praktiziert wurden, engagiert sich die betroffene Bevölkerung selbst für ihren Schutz und sorgt dafür, dass bestimmte Zonen, z.B. Marktplätze, Schulen oder ganze Dörfer nicht von bewaffneten Kräften betreten werden dürfen.

So verteidigten z.B. die Jahgori in Afghanistan in der Zeit des Taliban-Vormarsches erfolgreich gewaltfrei ihre Unabhängigkeit und ihre eigene Lebensweise, zu der u.a. auch der Schulbesuch von Mädchen gehörte.

66 Vgl. Becker-Hinrichs, Dietrich (2015): „Menschen schützen – mit aller Gewalt oder gewaltfrei?“ - Vortrag bei einer Klausurtagung im Forum ziviler Friedensdienst, Köln, 24 April 2015. Online verfügbar unter: https://www.wfga.de/fileadmin/user_upload/Material/Artikel/Downloads/2015_Schutzverantwortung_Becker-Hinrichs.pdf, S. 15

Örtliche Waffenruhen in Syrien

Die Union Syrischer Medizinischer Hilfsorganisationen empfahl 2016 zur Beilegung des syrischen Bürgerkriegs auf der Münchner Sicherheitskonferenz: „Machen Sie kleine Schritte, statt gleich den großen Wurf anzustreben. In Syrien werden große Lösungsansätze scheitern. Der Frieden muss Schritt für Schritt gefördert werden. Man muss nicht vor Ort sein, wenn es endlich soweit ist und Frieden in Syrien einkehrt. Aber man kann Saatkörner für den Frieden sähen.

Eine Lösung könnten örtliche Waffenruhen sein, Schritt für Schritt von Süden nach Norden. Eine zweite Möglichkeit wäre Frieden durch Infrastruktur. Zum Beispiel herrscht in einigen Gebieten Frieden, weil die Regierung Strom bereitstellt und die Opposition das Wasser. Wasser im Austausch für Strom, das bedeutet ein Abkommen und keine Angriffe. Das hat etwas gebracht.“[67]

Auch bei den klassischen Peacekeeping-Missionen, die vom Militär durchgeführt werden (z.B: UN-Blauhelme) wird immer deutlicher, dass Peacekeeping-Missionen eine ganz andere Art der Ausbildung voraussetzen. Peacekeeper brauchen Fähigkeiten des community building, sie müssen die Sprache der betreffenden Bevölkerung sprechen und kulturelle Intelligenz an den Tag legen.

Der Erfolg ihrer Arbeit hängt immer mehr davon ab, wie gut sie integriert sind, ob sie Beziehungen zur lokalen Gemeinschaft unterhalten und ob sie sich auf dem Gebiet der Konfliktprävention und Verhandlung engagieren.

Zivile Konfliktkultur ermöglicht Bekämpfung von Fluchtursachen

Aufgrund der finanziellen Einsparung bisheriger Militärausgaben von 20 bis über 50 Mrd. Euro pro Jahr ab 2025 stehen allein in Deutschland diese Mittel zur unmittelbaren Bekämpfung von Fluchtursachen in den Ländern östlich und südlich der EU zur Verfügung.

Bereits 2016 mahnte der Vorsitzende der Union Syrischer Medizinischer Hilfsorganisationen: „Wir wissen die Friedensbemühungen der Deutschen

67 MAGAZIN forumZFD I/2016 Mit einem Wort „Verzweiflung“, S. 14

im Nahen Osten sehr zu schätzen und wir haben ähnliche Maßnahmen auch in Syrien erwartet. Ich habe Außenminister Steinmeier in einem Gespräch daran erinnert, dass Deutschland unter allen westlichen Ländern die besten Beziehungen zu Russland unterhält. Deutschland hat außerdem noch gute Beziehungen zu den Iranern und auch zu den Türken, womit sich Deutschland gut als Vermittler eignen würde. Deutschland sollte sich hier nicht nur im Interesse der Syrer, sondern vor allem auch aus eigenem Interesse einsetzen. Die Menschen würden nicht nach Deutschland kommen. Sobald der Krieg in Syrien endet, werden sie mit ihren Familien zurück in ihr Land kehren. Mit Angriffen auf IS-Hochburgen erreicht man vielleicht sogar das Gegenteil des Gewollten, und anstatt vernichtet zu werden, erhält der Islamische Staat noch weiteren Zulauf. Wer den Terrorismus in Syrien und der restlichen Welt bekämpfen will, muss den Menschen Zugang zu Bildung verschaffen. So werden sie nicht zur Munition. Eine Schule in Syrien kostet Deutschland jährlich maximal dreißig- bis vierzigtausend Dollar. Ein Luftangriff kostet zehnmal so viel. Mit der Eröffnung einer Schule in Syrien werden zweihundert Kinder davor bewahrt, sich der Miliz anzuschließen. Bombardierungen legen den Terrorapparat nicht lahm und sind also – ich wiederhole mich hier – ineffektiv und ineffizient.“[68]

Vorbereitung Zivilen Widerstands

Unsere freiheitliche demokratische Gesellschaftsordnung ist von innen wie von außen gefährdet, wie das Erstarken autokratischer Regierungen auch innerhalb der EU und der NATO zeigt.

Eine weitere Säule der nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik ist daher die strukturelle Planung und Vorbereitung organisierten Zivilen Widerstands gegen den Versuch gewaltvoller Freiheitseinschränkungen von innen wie von außen.

Ziviler Widerstand nutzt die Instrumente des Konzeptes der Sozialen Verteidigung. Dieses vor allem von Theodor Ebert seit den 1960er Jahren theoretisch entwickelte Konzept basierte ursprünglich auf der Gefahr einer massiven militärischen Intervention z.B. seitens Russlands und damit auf einem klassischen Feindbild, das mit der Schaffung der gemeinsamen Wirtschaftszone von EU und EAWU inklusive Russlands als überwunden

68 MAGAZIN forumZFD I/2016 Mit einem Wort „Verzweiflung“, S. 14

galt. Die im Gefolge des Ukraine-Konfliktes und Syrien-Krieges zu beobachtende Verschlechterung des Verhältnisses zwischen den NATO-Staaten und Russland, aber auch die rechtspopulistischen Entwicklungen innerhalb mancher EU-Mitgliedstaaten unterstreichen die Notwendigkeit, unsere Gesellschaft als Resiliente Demokratie für solche kritischen Entwicklungen vorzubereiten.

Nach dem Vorbild von Österreich, Schweden und den Niederlanden wird mit dem Bundestagsbeschluss von 2025 die flächendeckende Aus- und Fortbildung der deutschen Bevölkerung in den Methoden und Prinzipien des Sozialen Widerstands zur Abhaltung möglicher bewaffneter Interventionen und als Vorbereitung für die Verteidigung und Wiedererlangung der Freiheit im Fall einer bewaffneten oder unbewaffneten Intervention in Deutschland eingeführt.

Das Konzept Zivilen Widerstands[69]

Kerngedanke des Zivilen Widerstands ist, dass ein militärischer Aggressor oder ein Putschist die Kooperation der Bevölkerung benötigt und ihm diese Zusammenarbeit verweigert werden kann. Es geht also nicht um die Verteidigung von Grenzen oder Territorien, sondern darum zu verhindern, dass der Aggressor seine Ziele erreicht und letztlich aufgeben muss.

Ziviler Widerstand beruht auf den Prinzipien und Methoden von Gewaltfreiheit und der Gewaltfreien Aktion. Gewaltfreiheit als aktives und kreatives Handeln wird als ein „Dritter Weg“ (Martin Luther King) zwischen der Hinnahme von Unrecht und der Anwendung von Gewalt angesehen. Somit folgen die Vertreter*innen Zivilen Widerstands nicht der gängigen Annahme, dass gegen Gewalt nur Gewalt hilft und dass die Alternative der Gewaltfreiheit nur ein hilfloses Zuschauen sein muss.

Bei Zivilem Widerstand geht es also grundlegend um die Entschlossenheit, das Selbstvertrauen und die Widerstandsmöglichkeiten der Bevölkerung gegenüber einem Aggressor, der undemokratisch die Macht über ein Land übernimmt oder übernehmen will. Ziel des Zivilen Widerstands ist die (Wieder-)Erlangung politischer Macht. Es geht darum, diese Macht zu verteidigen, zu ergreifen und sie anderen zu verweigern.

69 Siehe www.soziale-verteidigung.de

Dabei werden nach Gene Sharp folgende Machtquellen[70] fokussiert, über die Besatzer potentiell verfügen:

1. Autorität (Legitimität), die freiwillig akzeptiert wird
2. Menschliche Ressourcen (die Zahl der Menschen, die gehorchen)
3. Fähigkeiten und Wissen der Beherrschten
4. Nichtmaterielle Faktoren wie Gewohnheiten und Einstellungen gegenüber Gehorsam
5. Materielle Ressourcen (Geld, Waffen usw.)
6. Fähigkeit, Sanktionen zu verhängen.

All diese Quellen sind letztlich abhängig von Gehorsam und Kooperation der Beherrschten und können entzogen werden. Gehorsam ist das Zentrum politischer Macht. Menschen gehorchen potentiell aus folgenden Gründen:

1. Gewohnheit
2. Angst vor Sanktionen
3. Moralische Verpflichtung
4. Selbstinteresse
5. Psychologische Identifizierung mit dem Herrscher
6. Gleichgültigkeit
7. Fehlen von Selbstbewusstsein, nicht zu gehorchen

Sinkt die Motivation der Menschen zur Zusammenarbeit mit dem Aggressor und schaffen es die Menschen, sich der effektiven Zusammenarbeit mit dem Aggressor zu entziehen, so zersetzt sich die Macht des Aggressors.

Potentiellen Aggressoren wird signalisiert, dass die Bevölkerung und die Institutionen einer Gesellschaft in jedem Fall zu massenhaftem, couragiertem und durchsetzungsfähigem politischem Widerstand in der Lage sind.

---

70 Vgl. Schweitzer, Christine (2015): Nachdenken über das Unvorstellbare: Soziale Verteidigung gegen den Islamischen Staat. In: Gewaltfrei gegen Terror. Nichtmilitärische Optionen gegen den Islamischen Staat. Mit Aufsätzen von Christine Schweitzer und Kristin Williams. Minden (Hintergrund- und Diskussionspapier, 45), S. 21 f.

Das heißt nicht, dass Zivile Verteidigung ohne Opfer auskommt – das tut militärische Sicherheitspolitik aber auch nicht. Beim gewaltlosen wie beim bewaffneten Widerstand geht es um planvolles und diszipliniertes Vorgehen.

Es gilt, mit eigener Angst umzugehen und diese zu kontrollieren.

Aggressoren haben Stellen, an denen sie verwundbar sind. Sie haben zwar große Macht, aber sie kommen nur schwer mit schnellen Veränderungen zurecht, weil viele Entscheidungen von wenigen Menschen getroffen werden. Sie sind auf die Kooperation einer Vielzahl von Menschen, Gruppen und Institutionen angewiesen, die benötigt wird, damit ihr System funktioniert. Diese Kooperation kann reduziert oder ganz verweigert werden.

Aggressoren haben ihre größte Stärke im polizeilichen und militärischen Bereich. Gewaltsamer Widerstand trifft einen Aggressor dort, wo er am stärksten ist und hat deshalb wenig Aussicht auf Erfolg.

Um einen Aggressor zu überwinden, ist es deshalb zuerst wichtig, die demokratischen Kräfte zu stärken. Damit ein Aggressor überwunden werden kann, müssen gesellschaftliche und wirtschaftliche Strukturen gestärkt werden, die es ermöglichen, dass die Menschen ihr Leben auch ohne die Hilfe des Aggressors selbst regeln können.

Zentren demokratischer Macht sind z.B. Familien, Dörfer, Vereine, Nachbarschaftshilfegruppen, freie Schulen, Unternehmen, kurzum alles, was den Menschen hilft, ihre materiellen und nichtmateriellen Bedürfnisse zu befriedigen.

Dabei ist es enorm wichtig, dass diese Aktivitäten nicht heimlich geschehen, sondern ganz offen gezeigt werden. Hohe Verhaltensstandards sind die Voraussetzung solcher Aktivitäten. Das bewirkt den Eindruck, dass diese demokratischen Aktivitäten extrem mächtig sind und kann auch dazu führen, dass Militärangehörige und Erfüllungsgehilfen des Aggressors Handlungsalternativen zu ihrem vorgeschriebenen Dienst erkennen. Letztlich hemmt oder verhindert Zivile Verteidigung bereits durch ihre Einübung und ihre Ausstrahlung bewaffnete und unbewaffnete Interventionen von außen.

Die Verweigerung der Kooperation ist das wirksamste Mittel des Widerstandes gegen einen Aggressor. Die Verweigerung der Kooperation kann entweder offen oder verdeckt geschehen und sie sollte möglichst vielfältig auf allen Ebenen gleichzeitig durchgeführt werden.

Der Ruhrkampf als historisches Vorbild Sozialen Widerstands

Der Ruhrkampf 1923 war ein vorrangig mit zivilen Mitteln geführter Protest im Ruhrgebiet, als französische und belgische Truppen 1923 die Region besetzten, um Reparationen in Form von Kohle und Stahl einzuziehen, nachdem Deutschland seinen – heute im Rückblick anerkanntermaßen überhöhten – Zahlungsverpflichtungen aus dem Versailler Vertrag nicht nachkam.

Die Reichsregierung rief die Bevölkerung zu passivem Widerstand (Streik) auf. Nach knapp neun Monaten wurde der Widerstand abgebrochen – es folgten Verhandlungen, die zum Rückzug Frankreichs und Belgiens führten.

Methoden Zivilen Widerstands

Die Methoden des Zivilen Widerstands hat Gene Sharp in seinem Buch „Von der Diktatur zur Demokratie: Ein Leitfaden für die Befreiung“ systematisch zusammengefasst. Dieser Leitfaden ist unter dem Blickwinkel der Befreiung von einer Diktatur geschrieben, er gilt jedoch gleichermaßen als Prävention zur Verhinderung der gewaltsamen Bedrohung einer Gesellschaft von innen wie von außen, die ja zu einer Diktatur im eigenen Land führen würde.

Die 198 Methoden lassen sich in drei Hauptkategorien unterteilen: Protest und Überredung, Nichtzusammenarbeit sowie Intervention.

1. Methoden des Protestes und der Überredung
sind Aktivitäten zur Kommunikation mit der Öffentlichkeit (z.B. Publikationen, öffentliche Reden, Karikaturen, Symbole). Dazu gehören formelle Bekundungen, Kommunikation mit einem breiteren Publikum, Gruppenaktionen, symbolische öffentliche Akte, Druck auf Einzelne, Theater und Musik, Prozessionen, Totenkult, Öffentliche Versammlungen sowie Rückzug und Ablehnung (54 Methoden). Durch den Protest wird die Öffentlichkeit auf die demokratischen Aktivitäten aufmerksam.

2. Methoden der Nichtzusammenarbeit
bestehen in der offenen Verweigerung der Befehle, Dienst unter exakter Berücksichtigung aller Vorschriften, ineffektivem, ineffizientem Arbeiten, absichtlichem Fehlermachen, Langsamarbeiten, Krankfeiern, Nichtzusammenarbeit bei gesellschaftlichen Ereignissen, Bräuchen und Institutionen sowie in Wirtschaftsboykotten (38 Methoden). Hierdurch wird die Macht des Aggressors geschwächt.

3. Methoden der psychologischen, physischen, sozialen, ökonomischen und politischen Interventionen
sind vor allem die Schaffung paralleler, demokratischer, dezentraler Verwaltungsstrukturen und Versorgungsinfrastrukturen, wodurch ein Übergang zur Demokratie für die gesamte Gesellschaft, aber auch für Polizisten und Soldaten möglich wird (41 Methoden).

Eine beträchtliche Zahl dieser Methoden – sorgfältig ausgewählt, dauerhaft und im großen Maßstab von geschulten Bürgern angewendet, in den Kontext einer klugen Strategie und einer geeigneten Taktik eingebettet – wird jedem Aggressor beträchtliche Probleme bereiten.

Mechanismen Zivilen Widerstands

Ziviler Widerstand führt auf dreifache Weise zu Veränderungen:

Der erste Mechanismus ist der am wenigsten wahrscheinliche. Sind Angehörige des Aggressors emotional berührt durch das Leid, das den mutigen gewaltlosen Widerstandskämpfern im Zuge der Repression zugefügt wird, oder sind sie rational davon überzeugt, dass die Widerständler für eine gerechte Sache kämpfen, akzeptieren sie möglicherweise die Ziele der Widerstandskämpfer. Diesen Mechanismus nennt man Konversion.

Weitaus häufiger verändert der gewaltlose Kampf die Konfliktsituation und die Gesellschaft so, dass die Gegner schlicht nicht mehr so agieren können, wie sie wollen. Diese Veränderung zieht die zwei anderen Mechanismen nach sich: Übereinkunft und Auflösung. Welcher dieser Mechanismen zum Tragen kommt, hängt davon ab, wie weit sich die relativen und absoluten Machtverhältnisse zugunsten des Sozialen Widerstands verschoben haben.

Wenn es nicht um Grundsatzfragen geht, wenn die Forderungen der Opposition in einer begrenzten Kampagne nicht als bedrohlich gelten und wenn das Kräftemessen die Machtverhältnisse bereits in gewisser Weise verändert hat, lässt sich der unmittelbare Konflikt beenden, indem man eine Vereinbarung trifft, sich auf halbem Wege entgegenkommt oder einen Kompromiss erzielt. Diesen Mechanismus nennt man *Übereinkunft*. So werden beispielsweise viele Streiks auf diese Weise beigelegt: Beide Seiten erreichen einige ihrer Ziele, aber keine Seite erreicht alles, was sie wollte.

Ein Aggressor mag der Ansicht sein, dass eine solche Einigung manche Vorteile hat, insofern sie etwa Spannungen entschärft, den Eindruck von

„Fairness“ erweckt oder das internationale Image des Aggressors aufpoliert. Es ist deshalb wichtig, die Problembereiche, in denen eine Konfliktbeilegung qua Übereinkunft akzeptabel ist, mit höchster Sorgfalt auszuwählen. Der Kampf um den Sturz einer Diktatur gehört nicht dazu.

Der gewaltfreie Kampf kann weitaus wirkungsvoller sein, als die Mechanismen der Konversion und der Übereinkunft erkennen lassen. *Massenhafte Nichtzusammenarbeit* und Widerstand können die gesellschaftliche und politische Situation, insbesondere die Machtverhältnisse, so verändern, dass die Diktatoren nicht mehr in der Lage sind, die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Prozesse in Regierung und Gesellschaft zu kontrollieren.

Streitkräfte und/oder Gefolgsleute des Aggressors werden möglicherweise so unzuverlässig, dass sie den Befehlen, gegen den Zivilen Widerstand vorzugehen, nicht mehr so einfach Folge leisten. Zwar bleiben die Anführer des Aggressors auf ihren Positionen und verfolgen weiter ihre ursprünglichen Ziele, doch wirklich effektiv handeln können sie nicht mehr.

In manchen Extremsituationen verliert die Regimeführung dadurch jegliche Handlungsfähigkeit, ihre eigene Machtstruktur bricht zusammen. Selbstregierung, Nichtzusammenarbeit und Verweigerung der Widerständler werden so umfassend, dass die gegnerische Seite nicht einmal mehr einen Hauch von Kontrolle darüber hat.

Die Verwaltung weigert sich, der eigenen Führung zu gehorchen. Streitkräfte und Polizei meutern. Die Anhänger oder die Bevölkerung lehnen den Aggressor ab und sprechen ihm jedes Recht zu herrschen ab. Damit fallen dessen frühere Unterstützung und sein Gehorsam weg.

Manchmal ist die Auflösung des gegnerischen Systems so vollständig, dass der Aggressor nicht einmal mehr über die Macht verfügt, sich zu ergeben. Sein System zerfällt ganz einfach in seine Einzelteile.

Bei der Planung der Widerstands- und Befreiungsstrategien sollte man diese drei Mechanismen berücksichtigen. Wenn man einen oder mehrere davon gezielt als Veränderungsmechanismus in einem Konflikt auswählt, lassen sich spezifische und sich wechselseitig verstärkende Strategien formulieren.

Beispiele gelungenen Zivilen Widerstands[71]

1907 – 1914 Transvaal, Südafrika
Gandhi führt eine Kampagne für die Rechte der Inder in Transvaal zum Erfolg, indem er sich weigert, ungerechte Gesetze und Beschränkungen einzuhalten.

1915 – 1918 England
Britische Deserteure im Ersten Weltkrieg trotzen standhaft der Lebensgefahr und erkämpfen sich so das „Recht nicht zu töten“. Die Zahl der Hinrichtung britischer Deserteure ist mit 269 die höchste – die Todesgefahr war groß.

1942 Norwegen
Lehrkräfte weigern sich, mit dem pro-nationalsozialistischen Quisling-Regime zusammenzuarbeiten. Trotz vieler Inhaftierungen wird die Verpflichtung zurückgezogen, die Nazi-Ideologie in der Schule zu unterrichten.

1943 Dänemark
SS-Truppen schaffen es nicht, die breite Bewegung der Nicht-Kooperation und die Streiks gegen die Nazi-Besatzung zu überwinden. Der widerständigen dänischen Bevölkerung gelingt es, fast alle 7.000 jüdischen Bürger*innen zu retten.

1943 Berlin, Deutschland
„Arische“ Ehefrauen deutscher Juden erreichen die Freilassung ihrer Ehemänner durch andauernde Mahnwachen in der Rosenstraße vor dem Gebäude, in dem ihre Männer festgehalten werden.

1943 Bulgarien
Anführer der orthodoxen Kirche in Bulgarien widersetzen sich während des Zweiten Weltkriegs erfolgreich der Deportation von Juden.

1944 Guatemala
Mit friedlichen Demonstrationen von Student*innen und Streiks, die die Hauptstadt lahm legen und der Polizeigewalt trotzen, wird der Diktator General Ubico gestürzt.

71 Siehe Church and Peace 2015: „Fünfundfünfzig Erfolge für die Gewaltfreiheit“

1953 Workuta, UdSSR
Ungefähr 250.000 politische Gefangene werden in Lagern gehalten und gezwungen, unter schrecklichen Bedingungen in Kohlebergwerken zu arbeiten. Die Gefangenen streiken und bleiben trotz blutiger Vergeltungsmaßnahmen standhaft, bis die Haftbedingungen verbessert werden.

1955 Alabama, USA
Nachdem sich Rosa Parks weigert, in einem Bus ihren Sitzplatz für einen weißen Mann freizumachen, beginnt in Montgomery/Alabama mit einem einjährigen Boykott der Busse die Kampagne gegen Rassengesetze.

1969 Ahmedabad, Indien
Die Shanti Sena-Friedensbrigaden stellen sich zwischen aufständische Muslime und Hindus und erreichen Frieden nach vier Monaten geduldiger Versöhnungsarbeit.

1977 Tschechoslowakei
Die Charta 77 für Menschenrechte zu unterschreiben, erfordert großen Mut, führt aber 1989 zur „samtenen Revolution“ und der Wiederherstellung der Demokratie.

1977 – 1982 Buenos Aires, Argentinien
Die Mütter der Plaza de Mayo halten trotz Bedrohungen wöchentliche Mahnwachen ab. Sie schaffen Öffentlichkeit für das „Verschwindenlassen“ ihrer Kinder und andere Menschenrechtsverletzungen und tragen so zur Demokratisierung bei.

1980 – 1990 Polen
Die Gewerkschaftsbewegung Solidarność erringt durch gewaltfreien Widerstand freie Wahlen. Ihr Vorsitzender Lech Wałęsa wurde 1990 zum Staatspräsidenten gewählt.

1983 – 1990 Nicaragua
Fast 4.000 Menschen aus US-amerikanischen Friedensgruppen ziehen als „Zeugen für den Frieden“ in Dörfer, die Angriffen der – von den USA bewaffneten und trainierten – Contra-Milizen ausgesetzt sind.

1986 Philippinen
In drei Tagen atemberaubender Anspannung widersetzt sich die Bevölkerung dem Militär, zieht es schließlich auf ihre Seite und erreicht so nach 13 Jahren Kriegsrecht den Sturz von Präsident Marcos.

1988 – 1991 Baltische Republiken
Menschen aus Litauen, Lettland und Estland organisieren 1989 eine 600 km lange Menschenkette, die die drei Hauptstädte verbindet. Als Litauen seine Unabhängigkeit erklärt, nehmen pro-sowjetische Panzer Aufstellung, aber die Menschen bleiben standhaft und greifen nicht zu Gewalt. Die Truppen ziehen sich schließlich zurück. In Estland sammeln sich große Menschenmassen in Riga und singen traditionelle estnische Volkslieder, die in der Sowjetunion verboten waren – bekannt als die „singende Revolution“. Alle drei Staaten erreichen ihre Unabhängigkeit ohne Gewalt.

1990 Südafrika
Nelson Mandela gibt Südafrika, dank seiner Haltung der Vergebung, mit dem Ende der Apartheid Hoffnung auf eine friedvolle Zukunft. Das Apartheidsregime war durch den Boykott von Sportveranstaltungen und Waren auch aus dem Ausland maßgeblich erschüttert worden.

1991 – 1992 Thailand
Nach der Machtergreifung durch das Militär führt das Beten und Fasten von Mönchen nach sieben Monaten zu Großdemonstrationen, in deren Folge anstelle militärischer Repression wieder demokratische Regeln eingeführt werden.

1991 – 1996 Mali
Gewaltsame Konflikte zwischen bewaffneten Tuareg, arabischen Gruppen und der Regierung werden durch intensive Verhandlungen zwischen den Gemeinschaften in lokalen Gesprächsrunden gelöst.

2000 Serbien

Im Oktober gipfelt der gewaltfreie Widerstand in Serbien nach erneuten Wahlmanipulationen durch das Milosevic-Regime und einem wochenlangen Kräftemessen im Sieg der demokratischen Opposition.

2010 – 2014 Tunesien

Die friedliche Revolution in Tunesien führt 2011 nach dem Rücktritt des diktatorischen Präsidenten Ben Ali zur Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung und 2014 zu freien Parlaments- und Präsidentschaftswahlen.

Prinzipien Zivilen Widerstands[72]

Weil jedes Land anders ist, braucht es in jedem Land andere Weisen des kreativen gewaltfreien Widerstands – das Prinzip funktioniert jedoch überall:

1. **Eine alternative Marke zu der des Aggressors etablieren**
   Das Entscheidende ist, mit einer kleinen, relevanten und realisierbaren Aktion zu beginnen, mit etwas, für das man nicht misshandelt oder umgebracht wird.

   Und gezielt eine alternative Marke zur scheinbar alternativlosen Marke des Aggressors aufzubauen. Dazu braucht es u.a. ein eingängiges Symbol der Bewegung.

2. **Den Kampf zur Sache vieler Bürger machen**
   In einer gewaltlosen Auseinandersetzung zählt die Masse als wirksame Macht. Sobald Menschen einmal Hoffnung auf Alternativen geschöpft haben, können sie zum gemeinsamen gewaltfreien Kampf gegen Aggressoren gewonnen werden. Wichtig ist, zunächst mit Aktionen zu beginnen, die auch breite Bevölkerungsschichten ansprechen.

   Es nutzt erst mal nichts, gleich den Rücktritt eines Diktators zu verlangen. Erfolgreicher ist es, zunächst mit Kampagnen zu kleinen Alltagsthemen zu beginnen, die die Menschen bewegen. Gandhi hat deswegen das Thema Salz gewählt, weil alle Inder*innen unter der ungerechten Salzsteuer Großbritanniens litten. Mit seinem Salzmarsch begann das Ende der britischen Kolonialherrschaft über Indien. Auf den

72 siehe Srdja Popovic: „Protest! Wie man die Mächtigen das Fürchten lehrt“, Fischer 2015

Malediven spielten Pudding-Partys beim Sturz des Diktators Gayoom eine wichtige Rolle. Im fussballverliebten Iran schmuggelten sich zwei Frauen verbotenerweise auf die Tribüne eines Fußballspiels und posteten ihre Fotos in die sozialen Netzwerke. Dieser Protest gegen die frauenfeindlichen Gesetze des Landes fand ein enormes öffentliches Echo und führte schließlich zur Aufhebung des Verbots für Frauen, Fußballspiele im Stadion anschauen zu dürfen.

3. Eine Zukunftsvision entwickeln

Natürlich reichen die anfänglichen Kampagnen auf die Dauer nicht, es braucht auch eine Zukunftsvision. Eine Vision, die den Durchschnittsbürger erreicht, kann man nur entwerfen, wenn man den Menschen zuhört und ihre Bedürfnisse in die Zukunftsvision mit einbezieht: In welchem Land wollen die Durchschnittsbürger leben?

In Serbien wollte die Jugend in einem normalen Land leben, in einem Land, das so weltoffen war wie das Jugoslawien Titos. Sie wollte ein Ende der ethnischen Konflikte, eine Rückkehr zur Normalität, gute Beziehungen zu ihren Nachbarn und eine funktionierende Demokratie. Die Menschen sind bereit, Risiken einzugehen und sich an einer Kampagne zu beteiligen, wenn diese ihren persönlichen Interessen entspricht. Auf den Malediven waren das bezahlbare Wohnungen und andere sozialstaatliche Programme.

4. Säulen der Macht

Egal, ob es gegen Milosevic oder Assad geht, die Stärke von Aggressoren liegt immer in ihrer Fähigkeit und ihrer Bereitschaft, Gewalt anzuwenden. Das können Diktatoren besonders gut. Sie haben schwer bewaffnete Armeen oder Polizisten zur Verfügung. Es ist unklug, Gegner dort anzugreifen, wo sie am stärksten sind – daher sind gewaltsame Aufstände so erfolglos. Auch braucht man zu gewaltsamen Aufständen körperlich starke Menschen – gewaltfreie Aktionen dagegen können die ganze Bevölkerung einbeziehen, selbst alte Menschen. Gewaltlosigkeit heißt aber nicht, nicht zu kämpfen. Der Kampf wird nur mit anderen Mitteln geführt. Hier kommen die 198 von Gene Sharp erfassten Methoden (siehe oben) ins Spiel.

5. Bei allem Ernst die Leichtigkeit nicht vergessen

Mit Witz kommt man Diktatoren am besten bei. Dafür muss man seinen Witz (über den Diktator) auf die Bedürfnisse des jeweils ausgewählten Publikums zuschneiden. Solidarność in Polen ließ 1982 Menschen ihre Fernseher auf der Straße spazierenfahren, um gegen verlogene Nachrichtensprecher und Regierungsverlautbarungen zu demonstrieren. Zum 70. Jahrestag der russischen Revolution ließ Solidarność die Menschen in roten Schals und Mänteln ihre Liebe zum Kommunismus beteuern. Die Rotträger sahen aus wie Komparsen in einem schlechten sowjetischen Propagandafilm, und die Polen kugelten sich vor Lachen. Am Internationalen Frauentag verteilten Aktivist*innen Damenbinden und erinnerten so daran, dass selbst Dinge des alltäglichen Bedarfs im katastrophal ineffizienten polnischen Markt kaum zu bekommen waren.

6. Wie der Einsatz von Gewalt zum Bumerang wird

In Burma eröffneten Soldaten das Feuer auf 400 friedlich demonstrierende Mönche. Tausende Mönche wurden zu Haftstrafen verurteilt und in Arbeitslager deportiert. In ihrem Zorn gegen die Gewalt gegen Mönche begannen die Burmesen die Safran-Revolution. 2011 konnte so die über 50-jährige Militärdiktatur überwunden werden.

Aktivisten können lernen, den Einsatz von Gewalt zum Bumerang zu machen. Gene Sharp erkannte, dass sich Diktatoren deshalb an der Macht halten, weil die Menschen sich für den Gehorsam entscheiden. Dafür können sie viele Gründe haben, der wichtigste ist die Angst. Meist ist es die Angst vor dem Unbekannten. Gegen die Furcht vor dem Unbekannten gibt es ein gutes Mittel: Das Wissen.

Die wirkungsvollste Waffe der Polizei in einer Diktatur ist die Androhung der Verhaftung. Dabei ist die Drohung meist wirkungsvoller als die Verhaftung selbst. In Serbien gaben verhaftete Aktivist*innen nach ihrer Freilassung alle Details ihres Gefängnisaufenthalts an ihre Mitstreiter*innen weiter. Die dadurch mögliche Vorbereitung auf eine mögliche Verhaftung wirkte Wunder: Die Aktivist*innen sprachen bald nicht mehr ängstlich vom Gefängnis, sondern abfällig, und rissen Witze darüber. Damit hatte die Androhung von Verhaftungen ihre Macht verloren. Schließlich trugen die Aktivist*innen sogar T-Shirts in drei verschiedenen Farben, die für die Anzahl ihrer Verhaftungen standen.

Innerhalb weniger Wochen wurden diese T-Shirts begehrte Modeartikel in Belgrad – eine neue Marke war gesetzt.

Gegen einen brutalen Polizeibeamten einer Provinzstadt hängten die Aktivist*innen in einem Friseursalon seine Fotos auf mit der Unterschrift „Dieser Mann ist ein Schläger“ und „Fragen Sie diesen Mann, warum er unsere Kinder schlägt“.

Erfolg hatte diese Aktion, weil sie in dem Friseursalon geschah, in dem sich seine Frau die Haare schneiden ließ. Der brutale Polizeibeamte konnte alle verprügeln, wenn er wollte – und er war machtlos gegen die Zungen seiner Nachbarn und der Freundinnen seiner Frau. Es gilt immer herauszufinden, welche Säulen der Macht man für sich nutzen kann.

7. Einigkeit macht stark

Eine zersplitterte Opposition mit internen Streitigkeiten spielt natürlich jedem Diktator in die Hände. Doch Einigkeit ist schwerer zu erreichen als die anderen wichtigen Elemente gewaltfreien Zivilen Widerstands. Das liegt an der Natur von Diktatoren, die nach dem Prinzip „teile und herrsche“ ihre Macht festigen. Wir alle neigen zu der Überzeugung, dass wir alles besser wissen als die Anderen.

Es gilt, durch Streitigkeiten hindurch in jedem Fall zusammen zu bleiben und die Gründung von Konkurrenzbewegungen zu vermeiden. Erfolgreiche Demokratiebewegungen sind daher Schmelztiegel, an denen selbst härteste Metalle geschmolzen werden. Das Wissen um Konsensbildung ist hier sehr wichtig. Und das Bewusstsein, dass man gegen Diktatoren nur gemeinschaftlich gewinnen kann.

8. Mit Planung zum Erfolg

Massendemonstrationen sind nicht der erste, sondern der letzte Schritt einer erfolgreichen gewaltlosen Kampagne. Wirksame Massendemonstrationen brauchen Jahre guter Vorbereitung, sollen sie nicht verpuffen. Über die Medien sieht man oft nur die Endresultate erfolgreicher gewaltsamer Widerstände. Es gilt, das richtige Timing abzuwarten, die richtige Gelegenheit zu nutzen. Es gilt, strategische Ziele zu setzen und mittels einer Rückwärtsplanung die notwendigen Schritte dorthin zu planen. Es braucht Strategie und Taktik.

Sehr wirksam ist zudem, sich das angestrebte Ziel möglichst detailgenau vorzustellen. So stellten sich die Anhänger*innen der burmesischen Widerstandskämpferin Aung San Suu Kyi nicht nur vor, dass diese irgendwann aus dem Hausarrest entlassen würde und in die Freiheit treten würde. Sie stellten sich außerdem vor, wo ihre Begrüßungsparty stattfinden würde, welche Würdenträger eingeladen würden, wer wo sitzen würde. Das führte dazu, dass sie erkannten, dass sie nicht nur die Freiheit ihrer Anführerin feiern wollen würden, sondern dass sie verkünden wollten, dass Aung San Suu Kyi für die Präsidentschaftswahlen kandidieren würde.

9. Der Dämon der Gewalt

Waffen vermitteln ein Gefühl der Macht. Aber wenn es darum geht, gesellschaftliche Veränderungen zu bewirken, dann sind es die Menschen mit der Waffe in der Hand, die scheitern. Selbst Gandhi begann seine politische Laufbahn mit der Aufforderung an junge Inder, zur Waffe zu greifen. Aber wie Chenoweth und Stephan 2011 wissenschaftlich nachgewiesen haben, ist gewaltfreier Widerstand doppelt so häufig erfolgreich wie bewaffneter Widerstand. Die zunächst gewaltfreie Opposition in Syrien hat sich 2012 der Gewalt nicht entziehen können – mit den bekannten Folgen.

Engagierte Gruppen sind, unabhängig davon, wie blutig ihr Umfeld oder ihre Kultur ist, in der Lage, eine gewaltlose Disziplin zu schaffen und aufrechtzuerhalten, wenn sie dies nur wollen. Dazu ist Übung erforderlich, das braucht der Umgang mit der Waffe aber auch. Letztlich gilt es, sich bewusst vor Provokateuren zu schützen, die unweigerlich versuchen, gewaltlosen und damit wirksamen Widerstand zu sprengen. Gewaltfreie Bewegungen müssen sich klar von gewaltverliebten Randgruppen abgrenzen.

10. Die Sache zu Ende führen

Ein oft unterschätzter Punkt gewaltfreien Widerstands ist der Zeitpunkt des Loslassens. In Ägypten war es ein Fehler, gleich nach dem Abtritt des Diktators Mubarak den Sieg der Revolution zu verkünden. Es ist wichtig, die eigene Sache zu Ende zu führen. Wichtiger als der glamouröse Sturz eines Diktators ist der weniger glamouröse Aufbau einer Demokratie.

Es braucht die Einheit der Bewegung auch nach dem Sturz eines Diktators – zur Verhinderung einer Gegenrevolution, zum Aufbau einer demokratischen Regierung, zur Durchführung freier und fairer Wahlen und zur Errichtung stabiler Institutionen. Dazu braucht es Geduld und harte Arbeit. Natürlich wird trotz bester Planung in jeder Kampagne auch viel schief gehen können. Da heißt es gelassen bleiben und zu akzeptieren, dass Rückschläge dazu gehören.

Umgang mit Repression[73]

Ein besonderes Thema bei der Beschäftigung mit Zivilem Widerstand ist immer die Repression. Eine der am häufigsten anzutreffenden Fehlwahrnehmungen in Bezug auf Gewaltlosigkeit ist, dass sie nur funktioniere, wenn der Gegner keine massive Gewalt anwende. Diese Überzeugung wird so lange geteilt, bis man durch Beispiele lernt, dass dies nicht so sein muss.

Mögliche taktische Schutzmaßnahmen bei Aktionen

- „Friedliche“ Symbole (z.B. Blumen) mittragen, Ansprechen des Gegenübers, um die eigene Gewaltlosigkeit zu demonstrieren und Polizei/Militär zu Solidarität mit den Aufständischen zu bewegen
- Die Polizei von einem Eingreifen abhalten, indem z.B. an der Spitze eines Demozuges „harmlose“ und „Schutzbedürftige“ gehen, keine leicht als potenziell gewaltbereit einzustufende Personen („Großmütter“ statt „junge Männer“)
- Eigene Ordner*innen bei Demonstrationen, die sich darum bemühen, Gewalt aus der Demonstration heraus zu verhindern
- Techniken des physischen Schutzes z.B. gegen Tränengas oder Knüppeleinsätze (Atemmasken, Kleidung polstern)
- Die Identität von Aktivist*innen bei ansonsten öffentlichen Aktionen verbergen (Maskierung)
- Geheime Aktionen bzw. genauer: Die Urheberschaft von Aktionen geheim halten (z.B. Graffiti, Sabotage)

73 siehe Schweitzer, Christine: Neue Einblicke in zivilen Widerstand, HuD Nr. 41, Bund für Soziale Verteidigung e.V.

Generalisierter Schutz von Aktivist*innen

- Vorbereitung auf Aktionen durch Trainings (psychologische Vorbereitung auf Repressionserfahrungen)
- Unterstützungsnetzwerke für Festnahmen, Prozesse und Gefängnisaufenthalte
- Unterstützer*innen, die sich um das Wohlergehen der Familie kümmern, falls die Aktivistin /der Aktivist festgenommen oder getötet wird
- Druck auf Beamte ausüben, sie für ihre Handlungen verantwortlich machen (z.B. durch Publikation ihrer Namen und/oder Fotos oder Filmen ihrer Aktionen)
- Gerichtsverfahren gegen übergriffige Beamte
- Schutz von Bewegungen
- Dezentralisierte Führung oder eine Führung, bei der einige Personen sich im Ausland aufhalten und damit dem Zugriff des Regimes bis zu einem gewissen Grad entzogen sind. Dies war z.B. der Weg, den die gewaltlose Bewegung im Kosovo in den 1990er Jahren wählte – sie baute eine Parallelregierung auf mit einem sich im Lande aufhaltenden Präsidenten (Rugova), aber auch sich im Ausland befindenden Mitgliedern
- Die eigenen Strukturen gegen Zerstörung schützen, z.B. wertvolle Daten so aufbewahren, dass sie nicht bei Beschlagnahme verloren gehen
- Vorsichtsmaßnahmen gegen Unterwanderung

Selbstverständlich lernen auch moderne Diktatoren dazu und stellen sich inzwischen besser auf die Mittel gewaltfreien Widerstands ein. Hier einige Strategien der Diktatoren nach Erica Chenoweth[74]:

1. **Schuld sind ausländische Agitatoren.**
   Die Aufständischen werden als vom Ausland bezahlte Verräter, Terroristen, Staatsfeinde usw. bezeichnet

74 Chenoweth 2015 #1187-1345

2. **Spaltung der Opposition**
   Es werden kleine Veränderungen angeboten und dafür soll auf den Protest verzichtet werden, manchmal werden auch Wahlen angeboten, um die Opposition zu spalten.

3. **Belohnung der Treuen und Bestrafung der Abtrünnigen**
   Die meisten Diktaturen stürzen, wenn die Sicherheitskräfte, die Verwaltungsangestellten und die Eliten nicht mehr zu der Regierung stehen, deshalb kann der Versuch sie zu entlohnen die Macht sichern.

4. **Organisation einer eigenen Bewegung**
   Mobilisieren der eigenen Anhänger, damit sie für den Herrscher demonstrieren.

5. **Agents Provocateurs**
   Auch wenn es schwer nachzuweisen ist, Agents Provocateurs sollen für Gewalt sorgen. Die Gewalt von Demonstranten macht es dem Machthaber einfacher, Gewalt anzuwenden.

6. **Anheuern von Schlägertruppen**
   Der Diktator will die „Drecksarbeit“ nicht selbst erledigen, also engagiert er Clans, die die Demonstrationen gewaltsam unterdrücken (z.B. in Ägypten ritten Schläger auf Kamelen in die Demonstranten).

7. **Mobilisieren ausländischer Truppen**
   Damit die eigenen Sicherheitsbeamten mit den Demonstranten nicht sympathisieren können, werden ausländische Militärs zur Hilfe geholt (wie z.B. in Bahrain, das 2011 Saudi-Arabien zur Unterstützung gegen die Demonstranten holte).

8. **Zensur, Überwachung und eigene Propaganda**
   Da Medien, ganz gleich, ob Internet oder herkömmliche Medien, eine wichtige Rolle spielen, verwenden Diktaturen gerne Zensur und Überwachung oder Personen, die sich im Internet in Kommentaren pro Regierung aussprechen. Natürlich gehören auch Fake-News zu dieser Methode.

9. **Fernhalten ausländischer Zeugen**
   Ausländische Journalisten können den Protest und Menschenrechtsverletzungen dokumentieren, wenn sie ferngehalten werden, gibt es keine internationalen Zeugen mehr.

10. Verwenden von Pseudo-Gesetzen

Es werden Büros geschlossen, weil der Organisation vorgeworfen wird, eine Piratensoftware verwendet zu haben.

11. Kooperation mit anderen Diktaturen

Staaten geben sich Internetsoftware weiter, mit der man die Gegner vom Internet fernhalten kann.

Natürlich gibt es noch weitere Strategien, wie z.B. den Vorwurf der Kooperation mit den vermeintlichen ausländischen Unterstützern des Widerstands. Nur so ist es zu erklären, dass es 2011 wenig Aufruhr gab, als Saudi-Arabien die Proteste in Bahrain blutig niedergeschlagen hat.

Auch wenn es viele hilfreiche Taktiken und Strategien für den Zivilen Widerstand gibt, so ist es dennoch eine gegenseitige Interaktion, d.h. es ist notwendig, auf das Verhalten des Anderen eine geeignete Reaktion zu geben. Hier gilt es – ähnlich wie im Bereich des Militärs – ständig dazuzulernen und sich den wechselnden Reaktionen der Machthaber anzupassen.

Zum Schutz gehört auch, was externe Kräfte tun können. Dies wird oft als „Schutzbegleitung“ bezeichnet und beruht zu einem Großteil auf dem Mechanismus des „die Welt schaut hin“.

Aushalten eigener Ohnmacht[75]

Natürlich ist es in Situationen, in denen Gewalt eskaliert, schwierig, einen kühlen Kopf zu bewahren. Es ist unerträglich, hilflos mit anschauen zu müssen, wie unschuldige Menschen unter der Gewalt anderer leiden. Der Ruf nach der Gewalt ist in solchen Situationen gespeist von der Motivation, helfen zu wollen.

Man möchte nicht untätig bleiben, man möchte irgendetwas tun und eingreifen. Gewalt befreit diejenigen, die sie ausüben, von Ohnmachtsgefühlen, indem sie Komplexität reduziert und sich selbst und anderen Handlungsmöglichkeiten demonstriert.

---

75 Vgl. Vgl. Becker-Hinrichs, Dietrich (2015): „Menschen schützen – mit aller Gewalt oder gewaltfrei?“ - Vortrag bei einer Klausurtagung im Forum ziviler Friedensdienst, Köln, 24 April 2015. Online verfügbar unter: https://www.wfga.de/fileadmin/user_upload/Material/Gewaltfrei-Aktiv/Downloads/wfga-gewaltfreiaktiv-48.pdf - Zugriff am 29.01.2018

Aber muss nicht auch in einer solchen Situation die Frage erlaubt sein, ob militärische Gewalt überhaupt ein taugliches Mittel ist, um eine Lage zu entschärfen und die herrschende Gewalt zu minimieren? Zeigen nicht viele der sog. humanitären Einsätze und Aufstände der letzten Jahre, dass das Versprechen der Rettung, mit dem man einen militärischen Einsatz begonnen hatte, gerade nicht eingelöst werden konnte?

Schnellen Erfolg, ein unmittelbares Ende von Gewalt - wie man ihn sich vom Einsatz militärischer Gewalt erhofft - kann Ziviler Widerstand nicht garantieren. Aber genau diesen schnellen und nachhaltigen Erfolg wie auch die Vermeidung von Opfern bleibt militärisches Eingreifen erst recht schuldig.

Unterstützung Zivilen Widerstands im Ausland

Mit dem Beschluss zum Umstieg Deutschlands von einer militärischen zu einer nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik entscheidet sich der Deutsche Bundestag 2025 wie zuvor bereits die Parlamente in Österreich, Schweden und den Niederlanden auch für die Qualifizierung ausländischer Gruppen in gewaltfreiem Zivilen Widerstand, da dieser im Unterschied zu militärischer Rebellion doppelt so erfolgreich ist. Im Vorfeld des Beschlusses rief vor allem die beabsichtigte Aus- und Fortbildung ausländischer Gruppen in gewaltfreiem Zivilem Widerstand internationale Empörung hervor. Viele Länder befürchteten, dass ihre Länder destabilisiert würden, wenn ihre Bürger*innen in Zivilem Widerstand geschult werden, und fürchteten um die Souveränität ihrer Staaten. Einige warfen Deutschland vor, mit dieser Aktion seine eigenen Wirtschaftsinteressen zu verfolgen, indem es Menschen z.B. zum Streik anleitetet und somit die Wirtschaftsleistung anderer Länder beschädigt. Ebenso könnten Regierungschefs mit Kampagnen aus ihrem Amt gemobbt werden, wenn sie nicht mit der Politik der deutschen Regierung einverstanden seien. Auch fürchteten einige europäische Länder, dass anti-demokratische Kräfte diese Schulungen für sich nutzen könnten. Die Bundesregierung zeigte sich verwundert, dass es nach den vielen Gesprächen über die Transformation auf EU- und NATO-Ebene nun so starke Bedenken gegen diese Entscheidung gab. Die Regierung verwies darauf, dass man die Transformation mit den fünf Pfeilern sehen müsse und dazu gehöre auch das Vorhaben gerechter Außenbeziehungen (siehe oben). Darüber hinaus machte sie deutlich, dass es Schulungen dieser Art schon seit den 1990er Jahren gibt. Nach vielen Gesprächen fand man schließlich einen ge-

meinsamen Weg: Die Schulungen sollten in einem neu zu gründenden UN-Schulungszentrum für Zivilen Widerstand in Bonn stattfinden.[76]

Instrumente der Unterstützung Zivilen Widerstands im Ausland[77]

- Bildungsarbeit (Trainings, Workshops) zur Entwicklung/Stärkung bestimmter relevanter Kenntnisse und Fähigkeiten, von Techniken der Wahlbeobachtung bis zum Eigenschutz
- Erstellung (oder Übersetzung) einschlägigen Infomaterials (z.B. von Büchern, Broschüren und Filmen über Aufstände anderenorts)
- Sichere Orte zur Verfügung stellen, an denen sich Oppositionelle treffen können (z.B. in Drittländern), und die Fahrt dorthin finanzieren
- Positive Sanktionen: Angebote der Unterstützung als Belohnung für „Wohlverhalten“ - z.B. Anerkennung von Wahlergebnissen, finanzielle Unterstützung eines neuen Regimes oder einzelner Städte eines Landes, die von der Opposition regiert werden
- Boykotts durch internationale Zivilgesellschaften (z.B. die Anti-Apartheid-Bewegung in Südafrika).
- Internationale gewaltfreie Interventionen wie Friedensteams, Friedensmärsche und dergleichen (z.B. die Gaza Freedom Flotilla)
- Menschenrechts-Monitoring / Berichte
- Lobbyarbeit bei ausländischen Regierungen für die Anliegen einer Bewegung
- Schutzbegleitung, ziviles Peacekeeping
- Interventionen zum Schutz von Aktivist*innen aus der Ferne (z.B. Kampagnen zur Freilassung von Festgenommenen)
- Berichterstattung durch internationale Medien über Aufstände

76 Die hier genannten Bedenken sind dem Buch von Hendrik Paulitz entnommen. (Paulitz 2017, S.166f)

77 Vgl. Soziale Verteidigung und Gewaltfreier Aufstand - Neue Einblicke in zivilen Widerstand, Christine Schweitzer, Bund für Soziale Verteidigung, Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 41/ Februar 2015, S. 24

Das UN-Schulungszentrum für Zivilen Widerstand in Bonn

bietet allen betroffenen Staaten und Zivilgesellschaften Schulungen in den 198 von Gene Sharp zusammengestellten Methoden Zivilen Widerstands an.

Regelmäßig erläutert dort auch Srdja Popovic vom Centre for Applied Nonviolent Action and Strategies (CANVAS) als Referent die Prinzipien erfolgreichen gewaltlosen Widerstands.

3.4.IV.3 Justiz und Polizei

Neben der Umstellung der Sicherheitspolitik Deutschlands von militärischer auf nachhaltige zivile Sicherheitspolitik fungieren weiterhin Justiz und Polizei als Säulen der inneren Sicherheit.

Zur Verhinderung und Aufarbeitung terroristischer Anschläge sind sie mit ausreichenden Personal- und Finanzmitteln ausgestattet.

3.4.IV.4 Resilienz gegen Terror

Auch für die Bekämpfung des Terrors braucht es kein Militär.

Wer Terroranschläge als Kriegsakte bezeichnet, tut den Terroristen bereits einen Gefallen, denn Krieg ist das, was sie erreichen wollen. Deutschland verweigerte in den 1970er Jahren den damaligen Terroristen der RAF den Status als Kombattant*innen, den sie gerne haben wollten, bekämpfte den Terror mit polizeilichen Mitteln und urteilte sie stattdessen nach dem Strafgesetzbuch ab.

Gewaltfrei gegen den Terror in Nordirland

Die IRA galt zwei Jahrzehnte lang als schlimmste terroristische Organisation in Europa. Zwischen 1969 und 1998 kostete der Bürgerkrieg in Nordirland mehr als dreitausend Menschen, oft unbeteiligten Zivilisten, das Leben. „Da schlagen sich europäische Christen die Köpfe ein, ein atavistischer Religionskonflikt, das wird sich nie lösen lassen...“ - resignierten wir jahrelang vor dieser Gewalt.

Mary Montague trug mit ihrem gewaltfreien Einsatz über vier Jahrzehnte dazu bei, dass diese terroristische Gewalt inzwischen in ge-

waltfreie Konfliktaustragung transformiert worden ist. Schon früh lud sie ihre Nachbarn angesichts des Terrors zu Gesprächen ein, wie man der Gewalt gewaltfrei begegnen könne. Bald wurde sie von den verfeindeten Parteien als Mediatorin anerkannt. Sie hörte allen zu und gewann schließlich sogar das Vertrauen der Terroristen.

Ihre Erfahrungen vermittelt Mary Montague inzwischen weltweit als Trainerin für Mediation. Für ihr öffentliches Wirken wurde sie 2015 mit dem Internationalen Bremer Friedenspreis ausgezeichnet.[78]

Eine nachhaltige zivile Sicherheitspolitik erkennt an, dass Ursachen von Radikalisierung und Terrorismus auch in unserer Gesellschaft selbst zu finden sind. Viele islamistische Gewalttäter haben Wurzeln in unserer Gesellschaft und haben sich mitten unter uns radikalisiert. Perspektivlosigkeit, fehlende soziale Anerkennung und unzureichende politische Teilhabe sind Ursachen von Radikalisierung.

Nachhaltige Sicherheit schafft, wer Radikalisierung verhindert und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt.

3.4.V KONVERSION DER BUNDESWEHR UND DER RÜSTUNGSINDUSTRIE

3.4.V.1 Überblick 2040

- Der Mythos der Wirksamkeit von Gewalt ist überwunden.
- Die Bundeswehr hat ihre letzten Einrichtungen an das Internationale Technische Hilfswerk übergeben.
- Aus Deutschland, Österreich, Schweden und den Niederlanden werden keine Waffen mehr exportiert.
- Die Konversion von der Rüstungs- zur zivilen Produktion ist sozialverträglich gestaltet worden.
- Der Internationale Strafgerichtshof hat sowohl führende Köpfe des IS als auch westliche Regierungschefs wegen ihrer Gewalttätigkeit verurteilt.

78 Siehe www.dieschwelle.de

- Eine globale Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission hat die Vorwürfe islamischer und afrikanischer Staaten gegen westliche Staaten aufgearbeitet.
- Die Finanzquellen von Terror-Organisationen sind weltweit ausgetrocknet.
- Alle Atomwaffen sind aus Deutschland abgezogen.

Der Weg bis 2040

3.4.V.2 Entzauberung des Mythos der Wirksamkeit von Gewalt

Zur Konversion der Bundeswehr tragen insbesondere wissenschaftliche Studien bei, die nach und nach den Mythos der Wirksamkeit von Gewalt entzaubern:

1. Ziviler Widerstand ist doppelt so erfolgreich wie bewaffnete Interventionen

Wie Chenoweth und Stephan 2011 in ihrer Studie „Warum ziviler Widerstand funktioniert: Die strategische Logik des gewaltlosen Konflikts“ wissenschaftlich nachgewiesen haben, ist gewaltfreier Widerstand als Widerstand gegen Besatzung, und zum Zweck eines Regime Change doppelt so häufig erfolgreich oder teil-erfolgreich wie bewaffneter Widerstand[79]. Sie entzauberten damit wissenschaftlich den Mythos der Wirksamkeit von Gewalt.

Demnach kann zwar bei bewaffneten Kämpfen auch externe Hilfe in Form von Waffenlieferungen und Geld die Erfolgswahrscheinlichkeit steigern, allerdings kam es in keinem der von ihnen untersuchten Länder bis zum Jahr 2006 in diesen Fällen zu demokratischen, sondern immer zu repressiveren Verhältnissen als vor den bewaffneten Kämpfen und deren Unterstützung von außen.

Wenn der Widerstand zur Waffe greift, betragen seine Erfolgschancen 26 Prozent. Mit gewaltfreiem Widerstand steigen die Erfolgsaussichten auf 53 Prozent. Und seit 1990 stieg der Anteil noch einmal dramatisch zugunsten gewaltlosen Widerstands.

79 Vgl. Chenoweth u. Stephan 2011

Bewaffnete Bewegungen haben in der Regel höchstens 50.000 Angehörige – es gibt nicht viele Menschen, die bereit und fähig sind, zur Waffe zu greifen. Wenn eine Bewegung gewaltlos vorgeht, erreicht sie 500.000 Anhänge*innen und mehr.

Fünf Jahre nach Ende einer gewaltlosen Revolution sind Länder noch zu 40 Prozent demokratisch. Länder, die gewaltsamen Widerstand wählten, nur zu 5 Prozent.

Von Ländern, in denen der Widerstand gewaltlos blieb, fielen 28 Prozent innerhalb von zehn Jahren wieder in den Bürgerkrieg zurück. In Ländern mit bewaffnetem Widerstand waren es 43 Prozent. Selbst gescheiterte gewaltfreie Kampagnen tragen anders als bewaffnete Aufstände zu demokratischen Veränderungen bei.

So basierten immer mehr erfolgreiche Bewegungen gegen autoritäre Regime, etwa in Serbien, Georgien, der Ukraine und Burma/Myanmar auf den Methoden gewaltfreien Widerstands von Gene Sharp. Die in diesen Ländern ohne Gewalt geführten Aufstände führten zu einem Regimewechsel. Auch die Initiatoren der Revolution in Ägypten 2011, die im Februar 2011 zum Rücktritt des Präsidenten Hosni Mubarak führte, benutzten die Methoden gewaltfreien Aufstandes.

2. Das Potential militärischer Interventionen wird chronisch überschätzt

Auch eine Bestandsaufnahme der humanitären militärischen Interventionen zwischen 1947 und 2005 von Dembinski und Gromes im Jahr 2013[80] wies darauf hin, dass das Potential militärischer Interventionen zur Rettung Unschuldiger chronisch überschätzt wird.

3. Kriege sind stets von Wunschdenken und Machtphantasien geleitet

Der amerikanische Kriegsforscher Gabriel Kolko analysierte die Kriege des 20. Jahrhunderts und stellte fest:

„Die Planung der Kriege in diesem Jahrhundert zeugt stets von Wunschdenken, so z.B. allein durch hohe Mobilität einen glatten Sieg zu landen oder, neuerdings, mit der Luftwaffe und modernsten Techniken ‚kurzen Prozess‘ machen zu können: Militärstrategen haben zwar durchaus

80 Siehe Dembinski u. Gromes, 2013

großartige Pläne gemacht, aber es kam immer ganz anders. Sobald ein Krieg einmal vom Zaun gebrochen ist, beherrschen gänzlich unvorhersehbare Faktoren seinen weiteren Verlauf, was sich immer wieder aufs Neue bestätigt hat.“[81]

Was Kolko für das 20. Jahrhundert analysierte, gilt ebenso für die Kriege der letzten 30 Jahre. So glaubte die NATO zu Beginn des Kosovokrieges, Präsident Milosevic werde nach einem zweitägigen Bombardement nachgeben und seine Unterschrift unter den Vertrag von Rambouillet setzen. Keiner der NATO-Verantwortlichen hatte vorher das sich dann entwickelnde Szenario einer schrankenlosen Eskalation vorhergesehen: Aus der Luft bombardierte die NATO und am Boden wurden Tausende von Kosovo-Albanern durch serbische Milizen vertrieben und getötet.

Der asymmetrische Krieg zog sich noch über mehrere Wochen hin. Das politische Ziel im Vertrag von Rambouillet war es gewesen, einen multiethnischen Kosovo zu erhalten. Dieses Ziel wurde durch den Krieg völlig ad absurdum geführt. Am Ende stand ein Ergebnis, das so zuvor niemand gewollt hatte: Ein eigenständiger Kosovo, aus dem dann Hunderttausende von Serben vertrieben wurden.

Argumente der Bundestagsdebatte 2025

Der Deutsche Bundestag beschließt 2025 und 2035 die Konversion des bisherigen militärischen Pfeilers der deutschen Sicherheitspolitik, der Bundeswehr, zu einem rein zivilen Teil des Internationalen Technischen Hilfswerks. Viele Bundeswehrsoldat*innen wechseln in den Polizeidienst oder stärken die Konfliktanalyse- und Early-warning-Abteilungen des Auswärtigen Amtes. Das Sanitätswesen der Bundeswehr wird in das Deutsche Rote Kreuz integriert, die Musikkorps der Bundeswehr werden zivile Musikkorps des Bundespräsidialamts.

In der Debatte werden für diesen Entschluss insbesondere folgende Argumente ins Feld geführt:

81 Gabriel Kolko, Das Jahrhundert der Kriege, Frankfurt 1999, S. 384f.

1. Das Fehlen klarer erfüllbarer Aufträge für robuste Auslandseinsätze

Der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, André Wüstner, hat bereits seit Anfang des Jahrtausends öffentlich kritisiert, dass die Bundestagsmandate für die größeren Auslandseinsätze der Bundeswehr wie z.B. in Afghanistan keine klaren und erfüllbaren Zielbeschreibungen enthalten. Damit schicke man Soldat*innen in lebensgefährliche und traumatisierende Einsätze, ohne dass für die Soldat*innen der Sinn und das Ziel ihrer Einsätze erkennbar seien. Aufgrund fehlender konkreter Zielbeschreibungen seien dann auch keine sinnvollen militärischen Strategien umsetzbar.

2. Robuste Militäreinsätze sind nur bei Bruch des Völkerrechts wirksam

In öffentlichen Diskussionen räumten immer mehr zurückgekehrte Soldat*innen ein, dass die Bundeswehr in Afghanistan insbesondere deswegen relativ wirkungslos geblieben sei, weil sie sich – „anders als die Amerikaner“ - an das Völkerrecht gehalten habe. Die Amerikaner hätten sich bei ihren nächtlichen Einsätzen regelmäßig über das Völkerrecht hinweggesetzt und seien somit militärisch viel durchsetzungsstärker. Unter Beachtung des Völkerrechts sei die Wirksamkeit militärischer Mittel in Ländern wie Afghanistan sehr begrenzt.

3. Sinnlosigkeit von Bundeswehreinsätzen zur Terrorbekämpfung

Das bischöfliche Hilfswerk Misereor resümierte 2016 nach dem Bundestagsbeschluss zur Entsendung von Tornados nach Syrien: „Weder in Afghanistan, noch in Libyen, noch im Irak hat das militärische Eingreifen zu Frieden und nachhaltiger Sicherheit für die Bevölkerung geführt. Im Gegenteil. Experten sind sich einig, dass die Gewalt beispielsweise in Afghanistan zurzeit so präsent ist wie nie zuvor. Überzeugende Antworten, wie ihr ein Ende bereitet werden kann, fehlen.

Hinzu kommt, dass die Mehrzahl der Attentäter von Paris aus Frankreich oder Belgien stammen. Hier sind polizeiliche Anti-Terror-Maßnahmen gefragt, auf allen Ebenen bis hin zur internationalen polizeilichen Zusammenarbeit, aber kein internationaler Militäreinsatz in Syrien. Gefragt sind auch soziale Maßnahmen, die den Jugendlichen in den Vororten von Paris und den vielen anderen sozialen Brennpunkten, auch hier in Europa, eine Berufs- und Lebensperspektive eröffnen. Diese könnte den Rekrutierungsmaßnahmen terroristischer Vereinigungen, einschließlich des IS, den Boden entziehen.“[82]

82 Misereor-Positionspapier zum Bundeswehreinsatz in Syrien „Wer Frieden will, muss vom Frieden her denken!“, 11.01.2016, S.5

„Vor 14 Jahren gab es ein paar hundert Terroristen in den Bergen des Hindukusch. Mit Hilfe unserer Bombardements gegen Afghanistan, Libyen, Syrien usw. haben wir jetzt Hunderttausende internationaler Terroristen. …

Wir haben den Terrorismus gezüchtet. Und es ist eine absurde politische Fehlleistung immer noch zu glauben, dass man es mit Bomben schaffen kann. (...) Die Bomben in diesen Ländern töten zu 90 Prozent Zivilisten. Für jedes Kind, das in diesen Ländern getötet wird, stehen zehn neue Terroristen auf.“[83]

Jürgen Todenhöfer, früherer Bundestagsabgeordneter und Journalist, 2016

Allein bis 2014 sind bei den Kriegen in Afghanistan, Pakistan und im Irak 1,3 Millionen Menschen ums Leben gekommen, ohne dass der Terror weniger geworden wäre..

4. Gewaltsam von außen herbeigeführte Regimewechsel funktionieren nicht

Die Kommission „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) konstatierte 2016:

„Der Einsatz von Streitkräften verfehlt oftmals den intendierten Zweck, bewirkt unter Umständen sogar das Gegenteil. Die Bilanz der von den westlichen Mächten nach dem Ende des Ost-West-Konflikts durchgeführten Interventionen fällt ernüchternd aus. Insbesondere solche Einmischungen, die auf einen Regime Change samt State und Nation Building abzielten, müssen als gescheitert betrachtet werden.

Afghanistan jedenfalls ist trotz jahrelanger massiver Intervention kein friedlicher und sicherer Ort geworden, der Einfluss der Taliban wächst zusehends. Und der selbsternannte Islamische Staat, der sich nicht nur in der Region ausbreitet, sondern mittlerweile auch in westliche Länder hineinwirkt, stellt nicht zuletzt ein Produkt des Irakkriegs 2003 dar. Solche Fehler sollte kluge Politik, die Frieden stärken und Sicherheit gewährleisten

83 Merkur.de, Interview „Islamischer Staat will uns in die Falle locken“, 10.05.2016

will, künftig vermeiden.“[84] Der Politikwissenschaftler Peter Rudolf weist darauf hin, dass von den US-Interventionen in den Jahren 1991 bis 2009, bei denen es nicht um die Besiegung einer Armee oder die Eroberung eines Landes ging, in nur 6 % der Fälle alle damit verbundenen Ziele erreicht worden seien. „Selbst in jenen Fällen, in denen militärische Gewalt strategisch in dem Sinne erfolgreich ist, dass eine Regierung gestürzt wird, heißt das nicht, dass ein solcher Einsatz politisch als Erfolg verbucht werden kann: Nicht Demokratie, vielmehr eher Bürgerkrieg und Chaos folgen nach dem Sturz eines fremden Herrschers.“[85]

5. Militärische Friedenssicherung ist unvernünftig und unwirtschaftlich

Immer kritischer wird in der deutschen Öffentlichkeit das Fehlen transparenter Evaluationen der Auslandseinsätze der Bundeswehr betrachtet. Zahlreiche Studien zur Wirksamkeit der Bundeswehr und ihrer Auslandseinsätze belegen die ökonomische und politische Ineffizienz militärischer Friedenssicherung sowohl im Verhältnis zu den eingesetzten Mitteln als auch in Bezug auf die mit militärischen Auslandseinsätzen beabsichtigten Ziele.

Angesichts der Kosten einer Tornado-Flugstunde von 75.000 Euro und des Einsatzes eines US-Soldaten in Afghanistan von jährlich 2 Millionen US Dollar, aber nur 50.000 Euro jährlich für den Einsatz eines Mitarbeiters der Nonviolent Peaceforce findet die Unverhältnismäßigkeit militärischer Sicherheitspolitik immer weniger Akzeptanz.

6. Eskalationsdynamiken militärischer Mittel

Militärische Mittel neigen häufig zur Eskalation von Konflikten, auch wenn eine Deeskalation angestrebt wird. Ein Beispiel für die Eskalationsdynamiken militärischer Mittel ist der Afghanistankrieg. Die Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD stellte in einer 2014 veröffentlichten Studie über den Afghanistaneinsatz fest:

„Im Blick auf den Afghanistaneinsatz stellt sich allerdings die ernste Frage, ob nicht die militärischen Mittel eine Eigendynamik entwickelt haben, die

84 Positionspapier „Weißbücher haben ausgedient!“ der Kommission „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ am IFSH, S.7

85 Rudolf, Peter, 2017, S. 15

dazu führte, dass das Leitbild des ‚gerechten Friedens aus dem Zentrum des Handelns herausgerückt ist. Auch wenn anzuerkennen ist, dass die Einsatzregeln für COM ISAF zivile Verluste und Schäden so weit wie möglich zu vermeiden suchen, kommen Beobachter zu dem Urteil, dass der Einsatz von militärischer Gewalt – als Reaktion auf die asymmetrische Gewaltanwendung der oppositionellen militärischen Kräfte – an manchen Orten zu einer Spirale der Gewalteskalation geführt hat, die nur schwer rechtlich eingehegt werden konnte.“[86]

Pingeot und Obenland wiesen in einer Studie 2014 darauf hin, dass der nicht problemorientierte Umgang mit militärischen Mitteln das Eskalationspotential übergehe, das mit vielen Interventionen verbunden ist, sowie die Wahrscheinlichkeit ziviler Opfer, Schäden an Infrastruktur und viele weitere negative Auswirkungen militärischen Eingreifens. Dieser blinde Fleck im R2P-Diskurs sei hochproblematisch, bedenke man den zweifelhaften Erfolg bisheriger „humanitärer Interventionen“.

Die Unkalkulierbarkeit und Unberechenbarkeit von Kriegen macht deutlich: Der Einsatz militärischer Gewalt als friedenserzwingende Maßnahme erweist sich in der Tat als das Irrationalste, das es im Bereich des Politischen geben kann.

7. Höhere Sicherheit durch zivile Konfliktprävention und -bearbeitung

Die 2024 im Auftrag der Bundesregierung veröffentlichte Studie zu den Möglichkeiten und Grenzen einer nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik rechnet schließlich vor, dass die Sicherheit Deutschlands sich sogar entscheidend erhöhen würde, wenn Deutschland jährlich 60 Mrd. Euro statt in die Bundeswehr konsequent zusätzlich in Flüchtlingshilfe, Fluchtursachenbekämpfung und nachhaltige Entwicklung im In- und Ausland sowie in gewaltfreie Konfliktprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung investieren würde.

Die Reduktion des Bundeswehrpersonals wird sozialverträglich gestaltet. Umgeschulte Angehörige der Bundeswehr arbeiten jetzt auf nationaler

86 Stellungnahme „Selig sind die Friedfertigen - Der Einsatz in Afghanistan: Aufgaben evangelischer Friedensethik“ der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD, ekd texte 116, Dezember 2013, S. 49

bzw. internationaler Ebene im Polizeiwesen, Umwelt- und Katastrophenschutz, in der Flüchtlingsbetreuung, in Gesundheitsbereichen und im Kampf gegen Hunger.

Die Bundestags-Resolutionen zum Abzug der Atomwaffen

Bereits 2010 forderte der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, für den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland zu sorgen. Die Zivilgesellschaft engagierte sich bereits seit Jahrzehnten gegen die Duldung und sogar finanzielle und organisatorische Unterstützung der Stationierung von Atomwaffen durch die Amerikaner in Büchel.

Nachdem die Bundesregierungen bis 2018 in dieser Sache untätig blieben, führt der zunehmende Druck aus der Bevölkerung 2021 schließlich zur Aufnahme einer entsprechenden Forderung in die Koalitionsvereinbarung der schwarz-grün-roten Koalition, was 2024 den tatsächlichen Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland ermöglicht.

Das (Internationale) Technische Hilfswerk wird im Rahmen der nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik mit enormen zusätzlichen Mitteln ausgestattet und übernimmt mit seiner umfassenden weltweiten Einsatzfähigkeit inzwischen sämtliche Hilfseinsätze mit zivilem Charakter, die zuvor oftmals von der Bundeswehr geleistet worden sind.

3.4.V.3 Beendigung von Rüstungsexporten und Konversion der Rüstungsindustrie

83 Prozent der Bundesbürger gegen Waffenexporte

Eine große Mehrheit der Bundesbürger war bereits seit langem generell gegen den Export von Waffen und Rüstungsgütern. Das wurde seit einer Umfrage von TNS Emnid im Auftrag der Linksfraktion im Bundestag immer wieder deutlich.

Auf die Frage, »einmal grundsätzlich betrachtet, sollte Deutschland ihrer Meinung nach Waffen und andere Rüstungsgüter in andere Länder verkaufen oder nicht?« antworteten schon 2015 83 Prozent der Befragten mit Nein, nur 14 Prozent waren für solche Exporte. [87]

87 Vgl. Ohne Rüstung leben: Presseerklärung vom 2. Feb. 2016. Online abrufbar unter: https://www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/article/83-prozent-gegen-waffenexporte-33.html

2019 beschließt die EKD-Synode, dass sie bewusst auf Rüstungsproduktion verzichtende Betriebe mit einem Zivil-Logo auszeichnen will. Dieses war 2018 auf Anregung der Evangelischen Landeskirche in Baden und der Bremischen Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung entwickelt worden, um vorbildliche Entscheidungen einzelner Betriebe zu unterstützen und die friedenspolitische Diskussion zu fördern.[88]

Der Deutsche Bundestag beschließt 2025 als Teil der nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik und Beitrag zu einer Demilitarisierung Europäischer Sicherheitspolitik auch die Beendigung sämtlicher Rüstungsexporte bis zum Jahr 2030 sowie die Konversion aller deutschen Rüstungsbetriebe auf zivile Produkte.

Kardinal Wölki: Waffenexporte ermöglichen Terror und Gewalt

„Dass wir Obdachlose beherbergen, Hungrige speisen und Nackte bekleiden sollen, ist mir in diesen Tagen und im Angesicht der Not von Millionen Menschen auf der Flucht […] besonders dringlich. Viele dieser Menschen fliehen aus ihren Herkunftsländern vor Terror und Gewalt.

Dieser Terror und diese Gewalt werden zum Teil ermöglicht, verschärft und verlängert durch unsere Waffenexporte. Wir exportieren qualitätsvolle, zielgenaue und robuste Waffen in einem großen, noch nicht dagewesenen Umfang. […] Wir alle verdienen daran. Die daraus resultierenden Steuereinnahmen fließen in unseren Straßenbau und in unsere Kindertagesstätten.

In diese Kindertagesstätten wollen nun auch diejenigen gehen, die genau vor den Waffen geflohen sind, aus deren Verkaufsgewinn sie mitfinanziert wurden. Das ist eine Realität, der wir uns stellen müssen“, so der Kölner Kardinal Wölki 2015[89].

88 Vgl. interner Entwurf (2017) der Bremischen Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung für ein „Zivil-Label. Eine Kennzeichnung für Betriebe ohne Rüstungsproduktion“

89 Misereor-Positionspapier zum Bundeswehreinsatz in Syrien „Wer Frieden will, muss vom Frieden her denken!“, 11.01.2016, S.11

Da die Rüstungswirtschaft 2018 in Deutschland nur noch 80.000 Beschäftigten Arbeit bietet, kann die Konversion von der Produktion militärischer Güter hin zur Produktion von Ausrüstungsgegenständen des Internationalen Technischen Hilfswerks auch dank der finanziellen Unterstützung aus dem Bundeshaushalt sozialverträglich gestaltet werden.

3.4.V.4 Zivile Sicherheitspolitik als historische Entwicklung

Die Entscheidung für eine rein zivile Sicherheitspolitik lässt sich auch als historische Entwicklung begreifen:

- Die 2015 vereinbarten Sustainable Development Goals der UN für 2030 umschreiben umfassende notwendige Verhaltensänderungen im Bereich der Konfliktprävention und der Konfliktbewältigung auch für die Industriestaaten.
  Parallel sprechen sich in Umfragen immer mehr Deutsche für eine rein zivile und diplomatische Sicherheitspolitik aus.
- Weltweit lässt sich nach Erhebungen von Amnesty International trotz aller verbleibenden Kriege und gewaltsamen Auseinandersetzungen seit Jahrhunderten eine stetige Reduzierung der Anzahl von Toten feststellen.
- Die europäischen Staaten lernen bereits seit 1945 wie keine andere Region der Welt, Konflikte diplomatisch mit zivilen statt militärischen Mitteln zu lösen.
- Die Menschheit hat sich bewusst für die langsame, aber stetige Überwindung der Sklaverei entschieden. Ebenso ist ihr bewusst geworden, dass Gewalt in der Kindererziehung kontraproduktiv ist und eine Verletzung der Menschenrechte darstellt. In den nächsten Jahrzehnten wird weltweit zunehmend auch bewusst, dass die Anwendung von Gewalt generell kontraproduktiv und sinnlos ist.
- Auch im Bereich der Energiepolitik konnte dank der Entwicklung alternativer regenerativer Energien in Deutschland 2011 nach 40 Jahren gesellschaftlichen Lernens der Ausstieg aus der Atomwirtschaft beschlossen werden. Ähnlich der Energiepolitik entwickelt und erprobt die deutsche Zivilgesellschaft und auch die deutsche Politik inzwischen überzeugende Alternativen zu militärischer Sicherheitspolitik.

Vorreiter in dieser Bewusstseinsentwicklung waren u.a. die christlichen Kirchen, die seit dem Ende des 20. Jahrhunderts ihre Lehren vom Gerechten Krieg durch Lehren vom Gerechten Frieden ersetzten:

EKD: Zivile Konfliktbearbeitung als Leitperspektive

„Das moderne Völkerrecht hat das Konzept des Gerechten Kriegs aufgehoben. Im Rahmen des Leitbilds vom Gerechten Frieden hat die Lehre vom bellum iustum keinen Platz mehr. (102)

Von dauerhaftem Erfolg wird Friedenspolitik in jedem Fall nur dann sein, wenn das Völkerrecht wirksam durchgesetzt, die zivile Konfliktbearbeitung institutionell und materiell gestärkt sowie der Vorrang des Zivilen bei dem Umgang mit Konflikten als Leitperspektive ausgebaut wird. Entsprechende Entwicklungen und Prozesse zu fördern, ist auch eine Aufgabe der christlichen Kirchen. (124)“

Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen, Denkschrift des EKD-Rates von 2007

Katholische Bischöfe: „Durch eine Politik der Gewaltvorbeugung Gewaltverhältnisse austrocknen“

„Wer eine friedlichere Welt will, muss die tiefliegenden Ursachen des Krieges bekämpfen. Aus der Perspektive des gerechten Friedens bedeutet das, durch eine Politik der Gewaltvorbeugung Gewaltverhältnisse auszutrocknen, die stets neue Gewalt provozieren und produzieren.

Das Stichwort Vorbeugung könnte heute die politische Phantasie beflügeln und zu Konzepten führen, die den Krieg nicht mit seinen eigenen Mitteln bekämpfen, sondern die Logik von Gewalt und Gegengewalt unterlaufen.“ (60)

Die Erklärung „Gerechter Friede“ der Deutschen Katholischen Bischofskonferenz aus dem Jahr 2000 betont die Bedeutung der Gerechtigkeit für den Frieden, ebenso die Funktion internationalen Rechts als Kernstück gewaltpräventiver Politik (64) und die Notwendigkeit der Operationalisierung des Vorrangs der Gewaltprävention mit

Konsequenzen auf politischer, rechtlicher und institutioneller Ebene (66).

Der Geist der Gewaltfreiheit bilde eine „unersetzliche Quelle der Inspiration für politische, soziale und wirtschaftliche Programme, die wahrhaft der Förderung des Friedens dienen; für die Entwicklung von Konzepten, Methoden und Instrumenten der Konfliktregulierung, die auf die Minimierung, ja Überwindung von Gewalt ausgerichtet sind; und schließlich auch für die persönliche Lebensführung im Alltag der Familie und des Berufs und in allen sozialen Beziehungen.“ (69)

Ökumenische Erklärung zum Gerechten Frieden des Weltkirchenrats 2011

2011 verabschiedete der Zentralausschuss des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), dem mehr als 349 protestantische, orthodoxe, anglikanische und andere Kirchen in 110 Ländern angehören, eine Ökumenische Erklärung zum gerechten Frieden.

Der Begriff „gerechter Frieden“ umfasst weitaus mehr als den Schutz von Menschen vor ungerechtem Einsatz von Gewalt; er schließt soziale Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Menschenrechte und Sicherheit für alle Menschen mit ein.

Auch die Erklärung von Papst Franziskus zum 50. Weltfriedenstag am 1. Januar 2017 befördert die Entwicklung hin zur Gewaltfreiheit:

Erklärung zur Gewaltfreiheit von Papst Franziskus 2017

„Möge unsere Art, in zwischenmenschlichen, gesellschaftlichen und internationalen Beziehungen miteinander umzugehen, von Liebe und Gewaltfreiheit geleitet sein. Wenn die Opfer von Gewalt der Versuchung der Rache zu widerstehen wissen, können sie die glaubhaftesten Leitfiguren in gewaltfreien Aufbauprozessen des Friedens sein.

Möge die Gewaltfreiheit von der Ebene des lokalen Alltags bis zur Ebene der Weltordnung der kennzeichnende Stil unserer Entscheidungen, unserer Beziehungen, unseres Handelns und der Politik in allen ihren Formen sein.

…

Auf Gewalt mit Gewalt zu reagieren führt bestenfalls zu Zwangsmigrationen und ungeheuren Leiden, denn große Mengen an Ressourcen werden für militärische Zwecke bestimmt und den täglichen Bedürfnissen der Jugendlichen, der Familien in Not, der alten Menschen, der Kranken, der großen Mehrheit der Erdenbewohner entzogen.

…

Wahre Jünger Jesu zu sein bedeutet heute, auch seinem Vorschlag der Gewaltfreiheit nachzukommen.

…

Die Gewaltfreiheit wird manchmal im Sinn von Kapitulation, Disengagement und Passivität verstanden, aber in Wirklichkeit ist es nicht so. … Denn die Macht der Waffen ist trügerisch.

…

Die entschieden und konsequent praktizierte Gewaltfreiheit hat eindrucksvolle Ergebnisse hervorgebracht.“[90]

3.4.6 ANTWORTEN AUF EINIGE EINWÄNDE GEGEN DEN UMSTIEG

Es mag verschiedene Bedenken gegen den Umstieg geben, einige haben wir bereits im Einleitungskapitel thematisiert. An dieser Stelle gehen wir noch näher auf die Argumente ein, weshalb ein Land eine Armee brauche.

1. Terroristen wie der IS müssen militärisch bekämpft werden.
2. Gegen Genozid ist nur militärisch etwas auszurichten.

3.4.6.1 Ziviler Widerstand gegenüber Terroristen

Vielen Menschen scheint der Gedanke abwegig, bei in sich geschlossenen Organisationen, die Methoden eines asymmetrischen Kampfes einzusetzen und mit gewaltfreien Mitteln etwas ausrichten zu können.

90 Amtsblatt des Erzbistums Köln, Februar 2017. Online: https://www.erzbistum-koeln.de/erzbistum/generalvikariat/amtsblatt/2017/2017-02-01-amtsblatt-erzbistum-koeln.pdf

Andererseits hat sich seit 2001 gezeigt, dass der sog. Krieg gegen den Terror mehr Terror produzierte und dieser Kampf militärisch nicht zu gewinnen ist. Die einzigen Gewinner sind die Rüstungsproduktionsfirmen.

2013 verweigerte das britische Parlament erstmals Premierminister Cameron den Wunsch, Terror militärisch zu bekämpfen. Cameron argumentierte immer wieder, man könne nicht die Hände in den Schoß legen und nichts tun. Das britische Parlament folgte seinen Argumenten nicht.

Als Cameron daraufhin von der BBC gefragt wurde, ob das nun heiße, dass Großbritannien nichts tun werde und die Hände angesichts des IS in den Schoß lege, antwortete er, Großbritannien werde nun seine diplomatischen Bemühungen verstärken, seine humanitäre Hilfe aufstocken und verstärkt Geflüchtete aufnehmen.

Auch wenn im Herbst 2017 verkündet wurde, dass der IS militärisch besiegt ist (gemeint ist, dass bestimmte Gegenden nicht mehr unter der Kontrolle des IS sind), soll am Beispiel des IS aufgezeigt werden, wie gewaltfrei gegen Terroristen vorgegangen werden kann.

Unter dem Blickwinkel einer nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik reift die Erkenntnis, welche Ressourcen Terroristen, wie zum Beispiel der IS, haben und auf welche Weise man ihm diese entziehen kann[91]:

1. Demontage der ideologischen Grundlagen

Die Autorität oder Legitimität, die der IS behauptet und die ihm von seinen Anhänger*innen zugestanden wird (Ausrufung eines Kalifats), wird von islamischen Theolog*innen wie Laien in Zweifel gezogen. Diese Argumente aus der muslimischen Gelehrtenschaft und den muslimischen Verbänden werden weiter verbreitet. Auf diese Weise wird auch ein Beitrag zur Demontierung des „Feindbilds Islam“ geleistet. Denn die Autorität terroristischer Gruppen wie des IS und Al Kaida erwächst aus der Tatsache, dass sie dem verhassten Westen die Stirn bieten.

91 siehe Schweitzer, Christine (2015): Aus der Spirale der Gewalt aussteigen, HuD Nr. 45, Bund für Soziale Verteidigung e.V. http://www.soziale-verteidigung.de/fileadmin/dokumente/militaerkritik/Aus_Spirale_der_Gewalt_aussteigen.pdf - Zugriff am 19.12.2017

Christlich-Islamische Friedensinitiativen

Weltweit entstehen in den kommenden Jahren unzählige christlich-islamische Friedensinitiativen. Angefangen von gemeinsamen christlich-islamischen Ausbildungsgängen für Friedensfachkräfte bis hin zu nationalen und internationalen Zusammenschlüssen.

Beispielgebend hierfür war die Initiative eines Pastors und eines Imams in Nigeria zu Beginn des Jahrtausends. Nigeria wurde damals von der Gruppe Boko Haram terrorisiert. In Kaduna, einer der Millionenstädte des Landes, waren Imam Ashafa und Pastor James Wuye in den 90er Jahren Anführer christlicher und muslimischer Milizen und erbitterte Feinde. Sie zündeten sich gegenseitig Kirchen und Moscheen an und brachten viele Menschen um. Die Christen waren genauso grausam wie die Muslime. Durch den Einfluss religiöser Führer auf beiden Seiten kamen die beiden Kämpfer zur Besinnung. Sie kamen miteinander in Kontakt und freundeten sich an.

Sie entdeckten das Friedenspotential ihrer Religionen: Die Feindesliebe im Christentum und die Bereitschaft zu vergeben aus dem Islam. Sie gründeten 2001 in der Millionenstadt Kaduna im Norden Nigerias das interreligiöse Centre for Mediation. In gemeinsamen Teams von Pastoren und Imamen fahren sie hinaus aufs Land, überall dorthin, wo es ethnische und religiöse Spannungen gibt. Sie vermitteln zwischen den Konfliktparteien und stiften Frieden. Und sie sind bis heute unterwegs und haben nicht aufgegeben. Sie haben ähnliche Initiativen in ganz Afrika gegründet.

Die Überwindung der Feindschaft zwischen Christentum und Islam, der Feindbilder und Vorurteile, des gegen Muslime offen gerichteten Rassismus und der Diskriminierung und Ungleichbehandlung von Muslimen in westlichen Ländern (z.B. durch Kopftuchverbot für muslimische Frauen) sind unzweifelhaft wichtige Faktoren, die der Radikalisierung von Anhänger*innen des Islam entgegenwirken.

2. Entzug von Unterstützer*innen

Jugendliche in Europa wie im Nahen Osten werden gestärkt, nicht der Propaganda des IS zu verfallen. Dazu gibt es zahlreiche Vorschläge der Sozial-

arbeit. Insbesondere Jobperspektiven halten Menschen von Extremismus und Gewalt zurück. In Frankreich gilt es, die gesellschaftliche Marginalisierung von islamischen Jugendlichen zu beenden.

Von den IS-Kämpfern waren dem Irak-Experten Hisham al- Hashimi zufolge im Jahr 2015 lediglich 30 Prozent „Ideologen“, die anderen kamen aus Zwang oder Angst zu ihm. Diesen restlichen 70 % wird Unterstützung angeboten, den IS zu verlassen.

In Syrien war vor dem Siegeszug des IS zu sehen, wie instabil bewaffnete islamistische Gruppierungen waren, wie schnell Kämpfer von einer Gruppe zur nächsten wanderten, und wie leicht sie anfingen, sich gegenseitig zu bekämpfen. Das gleiche gilt für die Taliban in Afghanistan und Pakistan. Zum einen gibt es oftmals Konflikte innerhalb der Gruppen, die zu Spaltungen und dem Entstehen neuer Gruppen führen. Manche davon sind dann noch radikaler als ihre Herkunftsgruppe, manche streben aber auch einen anderen, gemäßigteren Kurs an.

Und es gibt auch immer Menschen, die sich aus persönlichen Gründen wieder zurückzuziehen versuchen – sei es aus Desillusionierung oder aus Erschrecken darüber, worauf man sich eingelassen hat. Oder weil der Glanz bröckelt, wenn die anfänglichen militärischen Erfolge aufhören, Schlachten verloren werden oder die Gruppe zum Rückzug aus bestimmten Gegenden gezwungen wird. Auch die Furcht vor Strafverfolgung spielt eine Rolle, sofern (aus Sicht der Kämpfer*innen) eine realistische Gefahr besteht, vor nationalen oder dem Internationalen Strafgerichtshof zu landen.

3. Unterstützung von Aussteigern

Von internationaler Seite werden Desertionen vom IS unterstützt – sei es finanziell oder durch Zusicherung von Straffreiheit. Wichtig sind Hilfen für jene Gebiete, aus denen sich der IS zurückzieht und vertrieben wird.

4. Entzug der materiellen Grundlagen

Der IS zahlt wesentlich mehr Sold als andere Gruppen, was viele Kämpfer, die schon in der Region sind, motiviert, zu ihm überzulaufen. Gewaltig hoch sind auch die Handgelder, die bei der Anwerbung von Kämpfern gezahlt werden: 2013 lagen diese in Tunesien zwischen 6.000 und 10.000 US-Dollar. Geldeinnahmen erhält der IS wesentlich aus dem Verkauf von Rohöl und Altertümern.

Über türkische Mittelsmänner wird das Öl vermarktet, etwa zum halben Preis der Börsennotierungen. Der UN-Sicherheitsrat verabschiedete 2015 eine Resolution, aufgrund derer die Finanzquellen des IS weltweit konsequent ausgetrocknet werden. Auch das Waffenembargo gegen den IS wird konsequent umgesetzt.

5. Ausstieg aus dem Kreislauf der Gewalt

Drohnenangriffe und gezielte Tötungen in Afghanistan, Pakistan, Jemen und Somalia werden beendet. Der Terror durch Drohnen ist einer der Hauptrekrutierungsfaktoren für Terroristen. International werden lokale und regionale Ansätze der Verständigung und Versöhnung zwischen Schiiten und Sunniten gefördert.

Durch ziviles Peacekeeping (Ziviler Begleitschutz) werden Menschen vor Krieg und Gewalt geschützt.

6. Nicht-öffentlicher Widerstand

Menschen werden in Methoden des nicht-öffentlichen Widerstandes ausgebildet: langsam arbeiten, Missverstehen oder nicht vollständige Erfüllung von Anweisungen, Sabotage. Diese Methoden werden seit Jahrhunderten erfolgreich von Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker angewendet. Die gewaltlosen Aufstände im arabischen Raum und weltweit zeigen, wie schnell solche Techniken angeeignet und adaptiert werden können.

7. Gespräche mit dem IS

Mit dem IS und seinen Unterstützern werden Gespräche aufgenommen, um humanitäre Erleichterungen durchzusetzen und um auszutesten, was politisch möglich ist. Entsprechend der Erfahrungen mit den Taliban führt dies mit der Zeit zur Überwindung der Gewalt.

8. Öffentlicher Widerstand

Auch öffentliche Appelle an und Proteste gegen die Führung des IS führen zur Überwindung der Gewalt: Bereits 2012 verhandelte eine Bürgerinitiative in Aleppo mit dem IS während einer achtmonatigen Belagerung erfolgreich den Zugang zu einem Thermalkraftwerk. In Raqqa protestierte 2013 eine Schullehrerin drei Monate lang allein vor dem Hauptquartier des IS.

Im Juli 2013 protestierten jeweils über 200 Menschen gegen willkürliche Festnahmen durch den IS. In Achrafieh protestierten hunderte von Menschen 2013 und 2014 gegen den IS mit einem Sit-In unter dem Slogan „Nur Syrer werden Syrien befreien“.

2014 wurde in Raqqa die Kampagne „Raqqa is Being Slaughtered Silently“ gestartet, um die Praktiken des IS offenzulegen. Die Gruppe kommunizierte über Facebook und Twitter und verbreitete Informationen, die ihr zugespielt wurden. 2014 gab es einen Generalstreik der Geschäftsleute in Minbij gegen den IS. In Sarakeb (Idlib) kam es ebenfalls zu Demonstrationen.

In ganz Syrien sammeln und publizieren die Local Coordination Committees (LCCs), die im Widerstand gegen Assad 2011 entstanden sind, Dokumentationen von Verbrechen sowohl des Regimes wie des IS. Und sie dokumentieren in einer interaktiven Karte, wo es zivilen Widerstand in Syrien gibt.

9. Angehen der Wurzeln des Terrors

Armut und Ungleichheit führen zu Gewalt und Radikalisierung und werden überwunden. Dazu gehören auch die Bedrohungen durch den Klimawandel.

Die Feindschaft zwischen Christentum und Islam wird überwunden. Vorurteile, der gegen Muslime gerichtete Rassismus und die Diskriminierung und Ungleichbehandlung von Muslimen in westlichen Ländern, werden überwunden.

Weltweit wird eine an Menschenrechten und Gewaltlosigkeit orientierte Politik umgesetzt – im Umgang mit Saudi-Arabien und dem Iran ebenso wie im israelisch-palästinensischen Konflikt. Ebenso führen Schuldeingeständnisse, Entschuldigungen für begangenes Unrecht gegenüber arabischen Staaten und Israel, Wiedergutmachungen und eine auf Gerechtigkeit zielende Politik zu weltweiter Entspannung.

Der Internationale Strafgerichtshof verurteilt sowohl führende Köpfe des IS als auch den ehemaligen US-Präsidenten Bush

2029 verurteilt der Internationale Strafgerichtshof nach zwei fünfjährigen Prozessen sowohl ehemalige führende Köpfe des IS wie auch den ehemaligen, inzwischen 83-jährigen US-Präsidenten George W. Bush sowie den britischen Ex-Premier Tony Blair.

Erstere werden wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, letztere wegen ihres völkerrechtswidrigen Krieges gegen den Irak zu lebenslanger Haft verurteilt.

Die Bundesregierung hat sich gemäß ihrer Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ von 2017 für die breitere Anerkennung und Stärkung der internationalen Strafgerichtsbarkeit und insbesondere des Internationalen Strafgerichtshofs eingesetzt (Kapitel 3.2.3).

Eine globale Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission befasst sich mit Terrorismus und den Vorwürfen, welche die Terroristen gegen die USA und den Westen erheben. Eine Strafverfolgung westlicher Politiker sowie von Terroristen kann sich an diesen Prozess dann anschließen.

3.4.6.2 Ziviler Widerstand kann Völkermord verhindern

Militärische Interventionen kommen immer zu spät

Der UNO-Beauftragte für den Sudan in den Jahren 2003, Professor Mukesh Kapila[92] aus Großbritannien, reflektierte auf einer Reise durch Ruanda im Jahre 2014 die Frage, was getan werden kann, um Völkermorde aufzuhalten. Seine klare Schlussfolgerung: „Militärische Interventionen von außen kommen immer zu spät, um einen Völkermord aufzuhalten.“[93]

„Der Krieg der Alliierten gegen Hitlerdeutschland wurde früher oft als Beispiel angeführt, dass es Situationen gäbe, wo man, um einen Völkermord zu verhindern, Krieg führen müsse. … Aber wenn wir den Verlauf des Krieges und des Genozids genauer anschauen, müssen wir feststellen:

Der Krieg hat tatsächlich den Völkermord nicht aufgehalten. Im Schatten des Krieges wurden 6 Millionen Juden umgebracht.“[94]

92 Er ist inzwischen der Vorsitzende von Nonviolent Peaceforce (NP)
93 Kapila. Mukesh (2014)
94 Becker-Hinrichs 2015, S. 9

Ziviler Widerstand kann Menschen nachhaltig schützen

Solidarischer gewaltfreier Widerstand kann in vielen Situationen Menschen schützen, selbst in Situationen, wo ein Genozid im Gange ist.

Nachweislich wurde in den von den Nationalsozialisten besetzten Ländern mit nichtmilitärischen gewaltfreien Mitteln das Leben hunderttausender Juden vor dem Völkermord gerettet[95]:

Für Deutschland bekannt ist der Widerstand der Frauen von der Rosenstraße, die im Februar 1943 öffentlich gegen die Deportation ihrer jüdischen Männer demonstrierten und damit Erfolg hatten. Die meisten ihrer Männer kamen frei und überlebten den Krieg.

Die Rettung der dänischen Juden

Noch erfolgreicher war der gewaltfreie Widerstand, wenn er von ganzen Gesellschaften oder große Institutionen wie den Kirchen praktiziert wurde. So wurden in Dänemark durch den zivilen Widerstand der Bürger über 90 Prozent der dänischen Juden rechtzeitig vor der Deportation gewarnt und einige Tage in Privatwohnungen und auf den Speichern von Kirchen versteckt. Dann brachte man sie in einer Nacht- und Nebelaktion mit Fischerbooten nach Schweden.

Die Rettung der bulgarischen Juden

In Bulgarien war es der stellvertretende Parlamentspräsident Dimitar Peschew, der seinen Einfluss auf den Innenminister geltend machte und die Deportation der bulgarischen Juden im März 1943 verhinderte. Er fand große Unterstützung bei der bulgarisch-orthodoxen Kirche. Das in der bulgarischen Öffentlichkeit sehr angesehene Kirchenoberhaupt Stefan von Sofia, wandte sich am 24. Mai 1943, nachdem er noch eine Delegation aus Vertretern der jüdischen Gemeinde empfangen hatte, unmittelbar an Zar Boris III. (also den König) und forderte ihn auf, die Deportationen unverzüglich auszusetzen, da diese in fundamentalem Gegensatz zur traditionellen Toleranz der Bulgaren stünden. Im Übrigen würde auch Gott ihn für seine Taten zur Rechenschaft ziehen. Noch am selben Tag zelebrierte Metropolit Stefan auf dem Alexander-Newski-Platz ein Tedeum und nahm die

95 Siehe Becker-Hinrichs 2015, S.10ff

Juden öffentlich in Schutz. Er selbst nahm den Großrabbiner von Sofia unter persönlichen Schutz.

Diese gemeinsamen Interventionen führten dazu, dass Eichmann das Vorhaben, die bulgarischen Juden zu deportieren, aufgab. Rund 48.000 bulgarische Juden überlebten so den 2. Weltkrieg. Bulgarien ist das einzige Land, in dem nach dem zweiten Weltkrieg mehr Juden lebten als vor dem Krieg.

Die Rettung der Juden in Frankreich

Der französische Historiker Jacques Sémelin zeigte, dass durch Zivilcourage und gegenseitige Hilfe 75 % der französischen Jüdinnen und Juden gerettet werden konnten. Sie wurden versteckt, ihnen wurde bei der Flucht in die Schweiz geholfen, ganze Dörfer wie das Dorf Le Chambon sur Lignon stellten sich unter der Führung ihres pazifistischen Pfarrer André Trocme schützend vor die Juden.

Die Rettung von Juden in Norwegen und Schweden

Sowohl in Norwegen wie in Schweden organisierten große gesellschaftliche Gruppen wie die Gewerkschaften und die Kirchen erfolgreichen Widerstand gegen die Deportation von Juden.

Die Rettung ungarischer Juden

Der schwedische Diplomat Raoul Wallenberg rettete mit einer kleinen Schar von Helfern und mit diplomatischen Mitteln mindestens 10.000 ungarische Juden vor der Deportation nach Auschwitz.

Diese Beispiele belegen die reale Möglichkeit zivilen Widerstandes im Dritten Reich.

Ohne Waffen gegen Hitler

Die Studie von Sémelin zeigt, wie relativ hilflos die Nationalsozialisten in den besetzten Ländern auf gewaltfreien Widerstand reagierten. Auf Anschläge von Partisanen reagierten sie äußerst brutal und mit großer Härte. Aber gegenüber zivilem Widerstand, z.B. in Form von Nichtzusammenarbeit oder Streiks oder angesichts der offen ausgesprochenen Solidarität gegenüber Minderheiten, fanden sie nur wenig Machtmittel.

Der britische Militärhistoriker Liddell Hart, der nach dem Krieg deutsche Generäle in Kriegsgefangenlagern zu den verschiedenen Formen des Widerstands befragte, äußert dazu: „Die Erklärungen der Generäle reflektierten die Effizienz des unbewaffneten Widerstands. Ihren eigenen Angaben zufolge sahen sie sich außerstande, ihm zu begegnen. Sie waren Experten der Gewalt und für die Konfrontation mit der Gewalt ausgebildet. Andere Aktionsformen brachten sie aus dem Gleichgewicht – und dies umso mehr, je subtiler und verdeckter die angewandten Mittel waren.

Sie waren geradezu erleichtert, wenn der Widerstand Gewalt anzuwenden begann und wenn zu den gewaltfreien Methoden Guerillaaktionen dazukamen. Denn es war ungleich einfacher, schwere Repressionsmaßnahmen gegen die beiden letztgenannten zu ergreifen.“[96]

3.5 VON 2018 BIS 2040 - MEILENSTEINE DER ENTWICKLUNG

2018: Evangelische Landeskirche in Baden legt Szenario „Sicherheit neu denken“ (bis 2040) vor

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen wirbt für die Stärkung ziviler Pfeiler in der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Sowohl die Diplomatie als auch die Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung der Nachbarländer der EU sollen zukünftig gestärkt werden.

Die Landessynode der Evangelischen Landeskirche in Baden beauftragt ihre Kirchenleitung, ihr Szenario *„Sicherheit neu denken – Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik“* gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen und kirchlichen Organisationen bis zum Jahr 2019 in die deutsche und europäische Debatte einzubringen.

Daraufhin wird das Szenario gemeinsam mit anderen Landeskirchen, dem Konsortium Ziviler Friedensdienst, der AGDF, dem Verein für Friedensarbeit im Raum der EKD, Brot für die Welt, Misereor, Missio, der Plattform

96 Jacques Sémelin, Ohne Waffen gegen Hitler, Eine Studie zum zivilen Widerstand in Europa Frankfurt 1995, S. 179

Zivile Konfliktbearbeitung, des Netzwerks Friedenskooperative, der Kooperation für den Frieden, der Berghof Foundation, Pax Christi, der EAK, dem BSV, Versöhnungsbund, sowie der Werkstatt für gewaltfreie Aktion Baden und vielen anderen Organisationen in über 500 Veranstaltungen bekannt gemacht.

Im Auswärtigen Amt wird die 2015 geschaffene Abteilung S - Humanitäre Hilfe, Krisenprävention, Stabilisierung und Konfliktnachsorge - von 500 auf 1.000 Stellen aufgestockt.

Eine Öffentlichkeitskampagne zivilgesellschaftlicher Menschenrechtsorganisationen und Kirchen führt zur Einschränkung des Anteils gewalthaltiger Filme und der gewalthaltigen Werbung für diese Filme im öffentlich-rechtlichen Fernsehen.

2019: EKD fordert Studie zu einer nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik Deutschlands

Über das europäische Netzwerk church & peace, den Internationalen Versöhnungsbund, die Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) sowie den ÖRK in Genf und die Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (COMECE) wird das Szenario darüber hinaus auch im europäischen Kontext in die gesellschaftliche Debatte eingespeist.

Der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, André Wüstner, beschwert sich öffentlich, dass der Bundestag der Bundeswehr keine klaren Ziele für Auslandseinsätze vorgebe und damit die Soldat*innen regelmäßig in unhaltbare Situationen bringe.

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) kritisiert, dass Auslandseinsätze der Bundeswehr immer seltener die von ihr 2007 aufgestellten Kriterien für ethisch duldbare ultima-ratio-Einsätze militärischer Gewalt erfüllen.

Die EKD fordert im Zusammenspiel mit der Kampagne die Finanzierung einer umfangreichen Studie zu den Möglichkeiten und Grenzen einer nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik durch die Bundesregierung.

Die weitreichende Traumatisierung von Soldat*innen durch Auslandseinsätze kommt zunehmend ins Bewusstsein der Öffentlichkeit.

Das Szenario für eine nachhaltige zivile Sicherheitspolitik wird, dank bundesweiter von verschiedenen Kirchen und zivilgesellschaftlichen Organisationen finanzierter Zeitungsanzeigen und großflächiger Infoplakate sowie Aktionstage, einer breiten Öffentlichkeit bekannt. Verschiedene Nachrichtensendungen berichten über das Szenario, Vertreter*innen des Szenarios erhalten Einladungen zu verschiedenen Fernseh-Talkshows.

In Österreich, Schweden und den Niederlanden werden die Ideen des Szenarios sowohl von der Zivilgesellschaft, den Kirchen als auch den Regierungen sehr positiv aufgenommen.

2020: Gründung der zivilgesellschaftlichen Kampagne für eine zivile Sicherheitspolitik

Gründung der bundesweiten Kampagne für eine zivile Sicherheitspolitik mit zunächst 30 Mitgliedsorganisationen, die gemeinsam das Ziel eines entsprechenden Bundestagsbeschlusses im Jahr 2025 formulieren. Die Mitgliedschaft in der als unabhängiger Verein organisierten Kampagne verpflichtet zunächst nur bis zu diesem Zeitpunkt.

Fünfzehn der 30 Mitgliedsorganisationen der Kampagne richten Stellen zur Unterstützung der Kampagne ein. Ein Kampagnenrat mit Vertreter*innen der Evangelischen Landeskirche in Baden sowie sonstiger kirchlicher und zivilgesellschaftlicher Organisationen stimmt die Planung der Kampagnen-Policy sowie konkreter Aktionen miteinander ab.

Erster Schwerpunkt der Kampagne ist die Aufforderung an die Bundesregierung, auf europäischer und internationaler Ebene für ein vollständiges weltweites Verbot von Atomwaffen einzutreten.

Mehrere große Terroranschläge verunsichern Deutschland, Frankreich und die Benelux-Staaten. Es kommt zu gewalttätigen Ausschreitungen von Bürgern, die einen Austritt aus dem Schengen-Raum in Europa fordern. Deutschland und die Benelux-Staaten reagieren darauf mit einer weiteren Aufstockung ihrer Polizeikräfte und einer Ausweitung sozialer Integrationsprogramme.

2021: Beendigung staatlicher Bürgschaften für den Export von Rüstungsgütern

Der Bundestag beschließt die definitive Verbannung jeglicher Atomwaffen von deutschem Boden. Deutschland lobbyiert mit wachsendem Erfolg auf europäischer und internationaler Ebene für ein vollständiges weltweites Verbot von Atomwaffen.

Die „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ erreicht einen Bundestagsbeschluss zur Beendigung staatlicher Bürgschaften für den Export von Rüstungsgütern. Ihre Forderungen zum Stopp jeglicher Rüstungsexporte werden von der bundesweiten Kampagne für eine zivile Sicherheitspolitik übernommen.

Durch erfolgreiche Aktionskampagnen sowie eine sehr kreative Öffentlichkeitsarbeit gewinnt die Kampagne für eine zivile Sicherheitspolitik bereits über 1.000 Mitgliedsorganisationen.

Im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 gelingt der Kampagne die Bekanntmachung des Szenarios *„Sicherheit neu denken“* bei Bundestagskandidat*innen aller Parteien durch zahlreiche Podiumsdiskussionen in ganz Deutschland.

2022: Vergabe einer Studie zur nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik

Der Dialog der in der Kampagne zusammengeschlossenen zivilgesellschaftlichen und kirchlichen Organisationen mit Abgeordneten und Regierungsmitgliedern intensiviert sich durch flächendeckende Veranstaltungen kirchlicher Akademien und parteinaher Stiftungen.

Flächendeckende Postkartenaktionen an die Bundestagsabgeordneten sowie kreative Veranstaltungen in jedem Wahlkreis fördern und unterstützen diesen Dialog.

Die EKD erreicht im Zusammenspiel mit der Kampagne die Vergabe einer umfangreichen Studie zu den Möglichkeiten und Grenzen einer nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik durch die Bundesregierung.

Konservative Politiker*innen und Vertreter der Rüstungsindustrie gründen die „Organisation für militärische Sicherheit“, die mit ganzseitigen Zeitungsanzeigen in allen großen Tageszeitungen sowie Fernsehspots und mit „#Hashtags“ in den sozialen Medien für die Beibehaltung der bisherigen militärischen Sicherheitspolitik wirbt.

2023: Papst-Enzyklika „fructus justitiae pax“

Als der Papst in seiner Enzyklika „fructus iustitiae pax“– Der Gerechtigkeit Frucht wird Friede sein. (Jesaja 32,17) alle Staaten, insbesondere die Industriestaaten auffordert, ihre finanziellen Mittel deutlich von militärischer in Richtung nicht-militärischer Sicherheitspolitik umzuschichten, engagieren sich immer mehr Pfarrgemeinden und Kirchen in Deutschland und Europa für die Kampagne, die Ende des Jahres bereits 3.000 Mitträger-Organisationen aufweist.

Die Bundesregierung erlässt auf Anweisung des Bundesverfassungsgerichts in Erfüllung des im Art. 4 GG garantierten Gewissensschutzes eine Verordnung, der zufolge kein Steuerzahler gegen sein Gewissen gezwungen werden darf, Rüstung und Militär mitzufinanzieren. Immer mehr Menschen nehmen dieses Recht in Anspruch, so dass auch einige Parteien beginnen, den Rückbau der Bundeswehr in ihr Wahlprogramm aufzunehmen.

Sowohl die Evangelische, als auch die Katholische Kirche in Deutschland setzen sich in ihren europäischen Netzwerken für eine Akzeptanz der beabsichtigten Demilitarisierung Europäischer Sicherheitspolitik durch deutsche Nachhaltigkeitspolitik in den restlichen EU-Staaten ein.

In Umfragen sprechen sich bereits 40 % der Bevölkerung für einen Umstieg Deutschlands zu einer zivilen Sicherheitspolitik aus.

2024: Studie der Bundesregierung empfiehlt die Umsetzung des Kampagnen-Szenarios

Die im Auftrag der Bundesregierung erstellte Studie zu den Möglichkeiten und Grenzen einer nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik belegt die ökonomische und politische Effizienz ziviler Friedenssicherung sowohl im Verhältnis zu den eingesetzten Mitteln als auch in Bezug auf die beabsichtigten Ziele und empfiehlt eine schrittweise Umsetzung des von der Kampagne vertretenen Szenarios.

Die Kampagne für eine zivile Sicherheitspolitik findet dank monatelanger flächendeckender Aktionen ihrer jetzt 5.000 Mitträger-Organisationen vor Bundeswehrstützpunkten und breiter Unterstützung aus den Bistümern und Landeskirchen bundesweite mediale Aufmerksamkeit und Sympathie.

In Umfragen sprechen sich bereits 60 % der Bevölkerung für eine nachhaltige zivile Sicherheitspolitik aus.

2025: Bundestagsbeschluss zum Umstieg Deutschlands zu einer zivilen Sicherheitspolitik

Das Szenario für eine nachhaltige zivile Sicherheitspolitik Deutschlands findet auf dem ökumenischen Kirchentag in Bonn breite Unterstützung und beherrscht die bundesweite Berichterstattung. Spitzenpolitiker*innen fast sämtlicher Parteien öffnen sich für das Konzept und sichern eine schrittweise Umsetzung nach der anstehenden Bundestagswahl zu.

In einer historischen Sitzung beschließt der neu gewählte Deutsche Bundestag mit breiter Mehrheit den Umstieg Deutschlands von einer militärischen zu einer nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik auf der Basis der fünf Säulen

(1) Gerechte Außenbeziehungen (Gestaltung ökologisch, sozial und wirtschaftlich gerechter Außenbeziehungen),

(2) Nachhaltige Entwicklung der EU-Anrainerstaaten (Förderung wirtschaftlicher Perspektiven und staatlicher Sicherheit östlich und südlich der EU),

(3) Teilhabe an der Internationalen Sicherheitsarchitektur Deutschland als Mitglied der EU, der OSZE, der NATO und der UNO),

(4) Resiliente Demokratie sowie

(5) Konversion der Bundeswehr und der Rüstungsindustrie.

Der Bundestagsbeschluss umfasst auch den Einsatz Deutschlands für die Errichtung einer gemeinsamen Wirtschaftszone zwischen der EU und Russland/der EAWU (Eurasischen Wirtschaftsunion) bis zum Jahr 2030, die den Grundbaustein für eine ebenfalls 2030 zu vereinbarende Sicherheitspartnerschaft zwischen der EU und Russland bilden soll.

Weiter umfasst der Bundestagsbeschluss die Förderung von Bildungsarbeit im Bereich Zivile Konfliktbearbeitung und Resiliente Demokratie, die zukünftig durch die Mitgliedsorganisationen des in Gründung befindlichen zivilgesellschaftlichen Verbandes Gewaltfreiheit geleistet werden soll.

Der bisherige Bundestags-Unterausschuss „Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit“ wird zum Ausschuss „Resiliente Demokratie“.

2026: Verhandlungen zwischen der EU und Russland zur Bildung einer Wirtschaftszone

Nach dem Erreichen des Bundestagsbeschlusses zur Umsetzung des Szenarios löst sich die 2020 gegründete zeitlich befristete Kampagnenorganisation für eine zivile Sicherheitspolitik auf.

Als Nachfolge-Organisation gründet sich der bundesweite zivilgesellschaftliche Verband „Gewaltfreiheit“ mit zunächst 2.500 Organisationen sowie 7.500 Einzelpersonen als Mitgliedern. Dieser Verband entwickelt in Kooperation mit den Kirchen und staatlichen Stellen die flächendeckende Bildungsarbeit sowie weitere zeitlich befristete Kampagnen zur Umsetzung der Säule 4, „Resiliente Demokratie“, und begleitet kritisch-konstruktiv die Umsetzung des Bundestagsbeschlusses im Inland.

Zeitgleich schließen sich auf europäischer Ebene unter Federführung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Genf zivilgesellschaftliche und kirchliche Organisationen aus dem Raum der EU und der EAWU zum Forum Zivile Sicherheit zusammen. Dieses Forum wirbt mit verschiedenen Kampagnen in den Kirchen und Zivilgesellschaften der Mitgliedsländer der EU und der EAWU für das Konzept der gemeinsamen zivilen Sicherheit entsprechend des Szenarios.

Die Bundesregierung initiiert die Neugründung der Organisation Desertec 2.0 durch die EU samt allen Mittelmeer-Anrainerstaaten und ihren Zivilgesellschaften. Ziel der Organisation ist die Umsetzung der ökologisch-sozialen Vision der SDGs der UNO.

Unter dem Dach der OSZE nehmen auf Betreiben Deutschlands die EU und die Eurasische Wirtschaftsunion EAWU (die 2018 Russland, Weißrussland, Kasachstan, Armenien und Kirgisistan umfasst) Verhandlungen zur Bildung einer gemeinsamen Wirtschaftszone von Lissabon bis Wladiwostok auf.

Diese gemeinsame Wirtschaftszone soll die Grundlage für eine zeitgleich zu vereinbarende Sicherheitspartnerschaft zwischen der EU und Russland bilden.

2027: Das ITHW übernimmt erste Ausrüstungen der Bundeswehr

Im Zuge der Konversion der Bundeswehr übernimmt das Internationale Technische Hilfswerk (ITHW) erste zivil nutzbare Ausrüstungen für verstärkte künftige zivile Einsätze der weltweiten medizinischen und technischen Katastrophenhilfe.

Rüstungsbetriebe entwickeln und bauen das vom ITHW benötigte Equipment und beginnen auf diese Weise die Konversion zur Herstellung ziviler Produkte.

Die NATO kritisiert den Bundestagsbeschluss von 2025 zum beabsichtigten Umstieg Deutschlands zu einer vollständig zivilen Sicherheitspolitik. Das Bundeskabinett hält dem Druck der anderen NATO-Mitgliedsländer stand und verweist auf die eindeutige Stimmung der Bevölkerung hinsichtlich der beschlossenen Transformation.

Die USA stellen daraufhin vorübergehend die Zusammenarbeit ihrer Geheimdienste mit den deutschen Behörden ein.

2028: Beginn von Verhandlungen über eine Sicherheitspartnerschaft mit Russland

Aufgrund der erfolgversprechenden Verhandlungen zur Bildung einer gemeinsamen Wirtschaftszone zwischen der EU und Russland bzw. der EAWU beginnen Verhandlungen zum Aufbau einer Sicherheitspartnerschaft mit Russland unter dem Dach der OSZE.

Die Münchner Sicherheitskonferenz und die Bundesakademie für Sicherheitspolitik richten ihre Programme ab sofort durchgängig am Bundestagsbeschluss von 2025 aus, d.h. an der beabsichtigten rein zivilen Sicherheitspolitik. Dazu haben insbesondere auch die Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ sowie die bundesweite Kampagne für eine zivile Sicherheitspolitik beigetragen.

2029: Gewaltfreier Umgang mit Konflikten und Resiliente Demokratie werden verbindliche Lehrinhalte an allen Schulen

Nach dem im Jahr 2025 mit den Bundesländern abgestimmten Beschluss des Bundestags übernehmen die Bundesländer Gewaltfreie Konfliktbearbeitung sowie Resiliente Demokratie in den Kanon verbindlicher Lehrinhalte für alle Schulformen. Der Unterricht wird bundesweit in Abstimmung mit den Bildungsministerien von zivilgesellschaftlichen Organisationen des Verbands Gewaltfreiheit durchgeführt und verantwortet, um die Bedeutung einer funktionierenden Zivilgesellschaft für eine Resiliente Demokratie zu unterstreichen.

2030: Wirtschafts- und Sicherheitsabkommen mit Russland / der EAWU

Unter dem Dach der OSZE wird die Wirtschafts- und Sicherheitspartnerschaft zwischen der EU und Russland bzw. der EAWU begründet. Mit der Schaffung einer gemeinsamen Wirtschaftszone von Lissabon bis Wladiwostok überwindet Europa seine wirtschaftliche Spaltung, die mit der Ukrainekrise 2014 ihren Höhepunkt erreicht hatte. In der vereinbarten Partnerschaft werden sowohl die wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen Russlands wie all der anderen EU- und EAWU-Partner vollumfänglich anerkannt und miteinander austariert.

Die Bundeswehr beendet ihre Informationsveranstaltungen an Schulen in Deutschland.

2032: Eröffnung des OSZE-Zentrums „Zivile Krisenprävention und -intervention“ in Stockholm und des UN-Zentrums für Sozialen Widerstand in Bonn

Die Wirtschafts- und Sicherheitspartnerschaft zwischen der EU und Russland bzw. der EAWU ermöglicht in ganz Europa eine ständige militärische Abrüstung und den Aufbau einer gemeinsamen OSZE-Polizei zur Wahrung aller vereinbarten Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen zwischen den beteiligten Staaten.

70 % der Deutschen zeigen Vertrauen in die Wirtschafts- und Sicherheitspartnerschaft mit Russland / der EAWU.

In Folge des deutschen Engagements baut die OSZE ihre zivile Krisenprävention und -intervention zu einem eigenen Zentrum aus, das in Stockholm eröffnet wird.

In Bonn wird zeitgleich von der UN-Generalsekretärin das UN-Zentrum für Zivilen Widerstand als Ausbildungsstätte für Resiliente Demokratie eingeweiht.

2035: Bundestagsbeschluss zur vollständigen Konversion der Bundeswehr im Jahr 2040

Dank intensiver und kooperativer Zusammenarbeit der deutschen Regierung mit dem Forum „Zivile Sicherheit“ sowie dem Verband „Gewaltfreiheit“ gelingt die Schaffung der Voraussetzungen für den Bundestagsbeschluss im

Jahr 2035 zur vollständigen Konversion der Deutschen Bundeswehr zu einem rein zivilen Teil des (Internationalen) Technischen Hilfswerks.

Die OSZE wird zur Schlüsselkraft für Frieden und Sicherheit in Europa.

2037: Die NATO akzeptiert den rein zivilen Beitrag Deutschlands zur Friedenssicherung

Beim NATO-Gipfeltreffen akzeptieren die Bündnispartner den zukünftig rein zivilen Beitrag Deutschlands zur Friedenssicherung innerhalb des NATO-Bündnisses.

Die letzten deutschen Rüstungsbetriebe stellen ihre Produktion auf die zivil-technische Ausrüstung des Internationalen Technischen Hilfswerks um.

2040: Vollständige Konversion der Bundeswehr

Das bisherige Bundesministerium für Verteidigung wird zum Ministerium für Zivile Krisenprävention. Die Bundeswehr übergibt ihre letzten Einrichtungen und Ausrüstungsgegenstände an das Internationale Technische Hilfswerk.

Deutschland hat seine Sicherheitspolitik komplett auf nachhaltige, zivile Sicherheitspolitik umgestellt.

3.6 Zivile Sicherheitspolitik in Zahlen

- Entwicklung relevanter Ausgabenpositionen des Bundeshaushalts im Überblick

Angaben in Mrd. Euro pro Jahr

Ausgabenposition	Jahres-durchschnitt 2010-2013	2024	2030	2040
UN – UN-Entwicklungsplan Afrika und Naher Osten	0	1	4,5	12
UN – Welternährungsprogramm (WFP)	0,1	0,5	2	4
UN – Friedenserhaltende Maßnahmen	0,4	1	2	4
UN – Fonds für Nachhaltige Entwicklung	1	2	4	6
UN – Peacebuilding Fund (PBF)	0,05	0,1	0,5	1
OSZE	0,02	0,1	3	6
NATO Zivile Krisenprävention und -intervention	0	0	1	1
EU – Desertec 2.0 Nordafrika und Naher Osten	0	0	2	5
EU Zivile Krisenprävention und -intervention	0,1	0,2	1	4
Auswärtiges Amt Abteilung Krisenprävention	0,1	0,5	2	4
Ministerium für Resiliente Demokratie				2
Ziviler Friedensdienst ZFD	0,04	0,2	1	2
BMZ Verhinderung von Konflikt, Fragilität und Gewalt	0,1	0,2	1,1	1
BMZ Förderung v. Rechtsstaatlichkeit und Justiz	0,05	0,2	0,5	1
BMZ Klimaschutz	2	3	4	6
Bildungsministerium Zivile Konfliktkultur und Resiliente Demokratie	0	0	0,5	2
Zivilgesellschaftlicher Verband Gewaltfreiheit	0	0	0,2	2
Internationales Technisches Hilfswerk ITHW	0,1	0,2	0,5	5
Bundeswehr (ab 2040 nur Pensionsverpflichtungen)	33	60	40	6
Summe	**37,06**	**69,2**	**69,8**	**74**

4 TRENDSZENARIO „SCHLEICHENDE MILITARISIERUNG“

2018: Kriege gehen in verminderter Heftigkeit weiter

Die Landessynode der Evangelischen Landeskirche in Baden empfiehlt eine weitere Verbreitung des vom Landeskirchenrat vorgelegten Szenarios zum Ausstieg Deutschlands aus der militärischen Sicherheitspolitik.

Die Kriege im Nahen und Mittleren Osten gehen in verminderter Heftigkeit weiter. Die Zuwanderung von Armuts- und Bürgerkriegsflüchtlingen aus Afrika und Asien hält an.

Das Flüchtlingsabkommen der Türkei mit der EU bleibt dank hoher jährlicher Zusatzzahlungen der EU an die Türkei bestehen.

2019: Der militärische Konflikt in der Ostukraine schwelt weiter

Der militärische Konflikt in der Ostukraine schwelt weiter. Die Bundesregierung drängt auf eine Erhöhung der Anzahl von Beobachtern der OSZE, die „durch ihre Präsenz Spannungen abbauen, sowie Frieden, Stabilität und Sicherheit aufbauen helfen.“ (Leitlinien, S. 42). Deutschland entsendet mehr Personal zu diesem Zweck.

Nach der Vertreibung der Terrororganisation „Islamischer Staat (IS)“ aus dem Irak und aus Syrien und unter dem anhaltenden Druck der Anti-IS-Koalition agieren der IS und die mit ihm verbundenen Organisationen in Nord-
afrika, im Nahen Osten und in Europa zunehmend in Form unberechenbarer lokaler und regionaler Terrorzellen und terroristischer Einzelkämpfer.

2020: Aufstockung des Bundeswehretats auf 42 Mrd. EUR

Die Synode der EKD sowie die katholische Bischofskonferenz befürworten eine gesteigerte Verantwortung Deutschlands auch im militärischen Bereich. Zwar fordern sowohl die Evangelische wie die Katholische Kirche in Deutschland weiterhin die Erhöhung der Anstrengungen zur zivilen Konfliktbearbeitung, doch geht von der Überarbeitung der EKD-Denkschrift aus dem Jahr 2007 kein entscheidender politischer Impuls in diese Richtung aus. Aufstockung des Bundeswehretats auf 42 Mrd. €.

2021: Zunehmende öffentliche Demonstrationen

Zunahme von öffentlichen Demonstrationen sowohl seitens nationalistisch-rassistisch orientierter Bewegungen als auch seitens Gruppierungen der Friedens- und Ökologiebewegungen.

Die Militarisierung der Europäischen Union wird immer öffentlicher betrieben.

Alle Gruppierungen der Friedens- und Ökologiebewegungen finanzieren gemeinsam eine Wirksamkeitsstudie zu Militäreinsätzen.

2022: Die NATO beschließt erneut eine Erhöhung ihrer Militärausgaben

Die Wirksamkeitsstudie wird veröffentlicht und empfiehlt alternative Möglichkeiten ziviler Friedenssicherung. Die Bundesregierung kommt diesen Vorschlägen nur zögerlich nach und beschließt die Erhöhung des Wehretats auf 50 Mrd. Euro pro Jahr.

Die Zahl der Mitarbeitenden in der Abteilung für Krisenprävention, Stabilisierung und Konfliktnachsorge im Auswärtigen Amt wird verdoppelt.

Die NATO beschließt zur Stärkung ihres europäischen Pfeilers eine erneute Erhöhung der Militärausgaben ihrer europäischen Mitglieder.

2023: Die Polizei in Deutschland wird zunehmend militärähnlich ausgerüstet

Die Papst-Enzyklika „fructus iustitiae pax“(Jesaja 32,17) mit der Aufforderung zur Gewaltfreiheit und ziviler Konfliktbearbeitung findet in Europa zwar öffentliche Anerkennung, aber keine politische Beachtung.

Die Zahl der Terroranschläge in allen europäischen Ländern ist weiter hoch. In der Türkei eskaliert die Gewalt infolge der versuchten, erfolglosen militärischen Terrorbekämpfung.

Die Polizei in Deutschland wird zunehmend militärähnlich ausgerüstet.

Trotz des Pariser Klimaschutz-Abkommens von 2015, das seit 2016 in Kraft ist, werden die verabredeten $C0_2$-Emissionsreduzierungen nicht erreicht.

2024: Saudi-Arabien greift wiederholt militärisch den Iran an

Der lang anhaltende Konflikt zwischen Saudi-Arabien und dem Iran um die Vorherrschaft im Nahen Osten schwelt weiterhin und entlädt sich zunehmend in kleineren militärischen Stellvertreterkonflikten in der Region.

Die Industrienationen erhöhen ihre Zahlungen an die Vereinten Nationen und deren Hilfsorganisationen nicht im erforderlichen Maße, so dass diese nicht mehr in der Lage sind, alle Hungersnöte in den durch den Klimawandel betroffenen Gebieten zu lindern. Auch können nicht mehr alle Geflüchteten durch die UNO heimatnah versorgt werden.

2025: Bundestag beschließt Verfassungsänderung für Inlandseinsätze der Bundeswehr

Der Deutsche Bundestag stimmt für die Aufstockung des Wehretats auf 60 Mrd. Euro im Jahr 2030. Dann sollen wieder 250.000 Soldaten unter deutscher Flagge stehen.

Der Bundestag beschließt eine Verfassungsänderung, der zufolge zukünftig die Bundeswehr für weitere Fälle im Inland einsetzbar ist.

Von 28 Staaten, die 2017 als durch den Anstieg des Meeresspiegels hoch gefährdet galten, sind bereits 12 in Teilen ihrer Gebiete oder vollständig überflutet. Die Bevölkerungen fliehen in Nachbarstaaten, was diese fragiler macht, als sie ohnehin schon sind. Weltweit entwickeln sich mehr und mehr Staaten zu sogenannten ‚failed states‘.

2026: In Europa demonstrieren immer öfter gewaltbereite Gruppen

Die Europäische Union tritt wirtschaftlich weiter auf der Stelle. Die Arbeitslosenrate in den Nachbarländern Deutschlands steigt auf durchschnittlich 20 %, in Südeuropa gar auf 30 %.

In allen Teilen Europas nimmt die soziale Spaltung zu. Immer öfter demonstrieren gewaltbereite Gruppen.

2027: Zusammenbruch afrikanischer Staaten und Zunahme der Zahl der Geflüchteten

20.000 deutsche Soldat*innen sind in 10 Ländern Osteuropas, Afrikas und des Nahen Ostens in UN- und NATO-Auslandseinsätzen, jährlich sterben

ca. 10 von ihnen, 500 Soldat*innen werden jährlich in diesen Einsätzen körperlich verletzt.

Zusammenbruch eines weiteren afrikanischen Staates zu einem sogenannten „failed state“ mit entsprechender Zunahme der Geflüchteten, die in die EU streben.

2028: NATO-Mitgliedsstaaten beenden Unterstützung des Internationalen Strafgerichtshofs

Die Bundeswehr setzt bei ihren Auslandseinsätzen bewaffnete Drohnen ein und nimmt unschuldige zivile Opfer dieses Drohnenkriegs als „Kollateralschaden“ in Kauf.

Gleichzeitig verstärkt die Bundesregierung ihre Bemühungen um einen Ausbau des „Zivilen Friedensdienstes (ZFD)“ beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Der ZFD ist ein Gemeinschaftswerk von Staat und zivilgesellschaftlichen Partnern und kombiniert in weltweit einzigartiger Form staatliche und nicht-staatliche Ansätze zur Friedensförderung. Über das gemeinsam gestaltete Programm werden ausländische lokale Partnerorganisationen in Gewaltprävention, ziviler Konfliktbearbeitung und Transformation von Gewaltkonflikten unterstützt. Damit werden zivilgesellschaftliche Dialog- und Versöhnungskapazitäten verstärkt. Die Bundesregierung ist bestrebt, die Anzahl der aktiven Friedensfachkräfte im ZFD auf über 800 zu erhöhen.

Deutschland beharrt nach wie vor auf der militärischen „nuklearen Teilhabe“.

Aufgrund vermehrter Anklagen gegen Kriegsverbrecher aus den NATO-Mitgliedsstaaten ziehen weitere Staaten ihre Mitgliedschaft im Internationalen Strafgerichtshof zurück.

2029: Weit über 1 Million Geflüchtete erreichen Mitteleuropa

Weit über 1 Million Geflüchtete erreichen jährlich über das Mittelmeer und die Balkanroute Mitteleuropa. Deutschland bekommt Probleme mit der Finanzierung sogenannter Aufnahmezentren in Nordafrika sowie der nicht enden wollenden Aufnahme und Integration von Geflüchteten im eigenen Land.

2030: Soziale Spannungen in Europa entladen sich immer häufiger gewaltsam

Aufgrund der allgemeinen Klimaerwärmung und der damit verbundenen regelmäßigen Dürre in Nordafrika und infolge des NATO-Kriegs gegen den Terror wächst die Zahl der in Europa ankommenden Geflüchteten auf 1,3 Millionen pro Jahr.

In der EU wachsen aufgrund der zunehmenden Flüchtlingszahlen, der zunehmenden Arbeitslosigkeit und des zunehmenden Terrors die sozialen Spannungen und mit ihnen eine Atmosphäre aufgeladener Spannung, die sich immer häufiger auch gewaltsam entladen.

2035: Zahl der Terroranschläge ist weiterhin hoch

In allen öffentlichen Einrichtungen, auf Straßen und Plätzen patrouillieren Soldaten bzw. Polizisten. Die Zahl der Terroranschläge ist weiterhin hoch.

2040: 28 Staaten sind durch den Anstieg des Meeresspiegels unbewohnbar

Acht weitere Staaten sind durch den Anstieg des Meeresspiegels überflutet und große Teile ihrer Gebiete sind unbewohnbar geworden.

5 NEGATIVSZENARIO „NAHE AM ABGRUND“

2018: Aufstockung der Zahl aktiver Soldat*innen in Deutschland auf 250.000

Der Deutsche Bundestag stimmt für die Wiedereinführung der Wehrpflicht, für die Aufstockung des Wehretats, für die Aufstockung der Zahl der aktiven Soldat*innen von ca. 185.000 im Jahr 2016 auf 250.000 Personen zusätzlich zu den ca. 90.000 Reservist*innen territorialer Truppenreserve. Zudem beschließt der Bundestag die Möglichkeit, die Bundeswehr für alle Gelegenheiten im Inland einzusetzen.

Italien schließt seine Häfen für Geflüchtete. Da die EU sich in der Flüchtlingspolitik weiterhin nicht einigt, werden die Geflüchteten auf „schwimmenden Unterkünften“ im Mittelmeer vorübergehend untergebracht.

Nach Beschluss der EU-Ratsmitglieder und des EU-Parlaments werden jährlich 100 Mio. EUR aus Mitteln des „Instruments für Stabilität und Frieden“ (IcSP) für die Ausrüstung von Partnerarmeen umgewidmet.

2019: Die Türkei kündigt das Flüchtlingsabkommen mit der EU

Die Türkei kündigt das Flüchtlingsabkommen mit der EU, nachdem das Land die Todesstrafe wieder eingeführt und die EU daraufhin die Beitrittsverhandlungen eingestellt hatte.

Die Türkei löst die auf ihrem Territorium bestehenden Flüchtlingslager auf und beginnt den Transport der Geflüchteten in Richtung Europa auf allen zur Verfügung stehenden Wegen: Über Land und über See (Schwarzes Meer, Ägäis, Mittelmeer). Die Geflüchteten werden an einsamen Stränden abgesetzt und ihrem Schicksal überlassen. Insbesondere in Südzypern werden innerhalb kürzester Zeit über 300.000 Geflüchtete angelandet.

Der militärische Konflikt in der Ostukraine schwelt weiter.

2020: Der Krieg in Syrien und im Irak flammt wieder auf

Der Krieg in Syrien und im Irak flammt wieder auf. Der Strom der Geflüchteten von dort nimmt rasant zu. In Deutschland nehmen die Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte zu, es kommt vermehrt zu rassistisch motivierten Morden.

Aufstockung des Bundeswehretats auf 69 Mrd. €.

2021: Beendigung des freien Reise- und Güterverkehrs in Europa

Das Schengen-Abkommen wird ausgesetzt. Es gibt keinen freien Reise- und Güterverkehr mehr in Europa.

2022: Insgesamt 6 Millionen Geflüchtete erreichen die EU

Die NATO beschließt zur Stärkung ihres europäischen Engagements eine erneute Erhöhung der Militärausgaben ihrer europäischen Mitglieder.

Seit 2016 sind im Bereich der EU insgesamt 6 Mio. Geflüchtete angekommen. Der überwiegende Teil dieser Geflüchteten, die aus den Kriegsgebieten des Nahen Ostens und aus Afrika kommen, hängt in den Mittelmeer-Anrainer-Staaten fest.

Die Zahl der Terroranschläge in allen europäischen Ländern steigt.

2023: Die Polizei in Deutschland wird zunehmend militärähnlich ausgerüstet

Trotz des Pariser Klimaschutz-Abkommens von 2015, das seit 2016 in Kraft ist, werden die verabredeten CO_2-Emissions-Reduzierungen nicht erreicht. Die durchschnittliche Welttemperatur ist bereits um mehr als 2°C gegenüber der vorindustriellen Durchschnittstemperatur angestiegen. Die dadurch verursachten extremen Wetterverhältnisse, wie langanhaltende Trockenheit oder Überschwemmungen, zerstören die Lebensgrundlagen der Einwohner in den betroffenen Ländern, die überwiegend in der Äquatorregion liegen.

Die Polizei in Deutschland wird zunehmend militärähnlich ausgerüstet.

2024: In Deutschland und anderen EU-Ländern wird der Ausnahmezustand verhängt, auch wegen zunehmender Terroranschläge

In allen west- und südeuropäischen Staaten nehmen Demonstrationen gegen die Handlungen der (inzwischen auch in Griechenland) rechts-konservativen Regierungen zu.

In Deutschland wie in vielen anderen EU-Ländern wird der Ausnahmezustand verhängt. Die Bundeswehr wird gegen die überwiegend friedlich Demonstrierenden eingesetzt, was die gewaltbereiten Kräfte stärkt. Es werden Notstandsgesetze erlassen mit der Folge einer weitergehenden Aushebelung parlamentarischer Gesetzgebungsverfahren.

Bundespolizei und Bundeswehr werden massiv aufgestockt. Hierfür wird die allgemeine Dienstpflicht für alle arbeitslosen Personen bis zu einem Alter von 50 Jahren eingeführt.

In den Schulen wird Wehrkunde-Unterricht eingeführt.

Deutschland verstärkt seine Waffenexporte und beteiligt sich führend an internationaler Aufrüstung.

2025: Die Bundeswehr setzt regelmäßig bewaffnete Drohnen ein

Die im Wesentlichen demokratisch verfassten Staaten in der EU entwickeln sich mehr und mehr zu Autokratien.

Die Industrienationen reduzieren die Zahlungen an die Vereinten Nationen und deren Hilfsorganisationen derart, dass diese nicht mehr in der Lage sind, die Hungersnöte in den durch den Klimawandel betroffenen Gebieten zu lindern. Allein in Afrika verhungern bis Jahresende ca. 3 Mio. Menschen.

50.000 deutsche Soldat*innen sind in 15 Ländern Osteuropas, Afrikas und des Nahen Ostens an UN- und NATO-Auslandseinsätzen beteiligt. Jährlich sterben ca. 1.000 von ihnen, 5.000 Soldat*innen werden jährlich in diesen Einsätzen körperlich verletzt.

Die Bundeswehr setzt bei ihren Einsätzen regelmäßig bewaffnete Drohnen ein und nimmt jährlich 500 unschuldige zivile Opfer dieses Drohnenkriegs als „Kollateralschaden“ in Kauf.

Von 28 Staaten, die 2017 als durch den Anstieg des Meeresspiegels hoch gefährdet galten, sind bereits 18 in Teilen ihrer Gebiete oder vollständig überflutet. Die Bevölkerungen fliehen in Nachbarstaaten, was diese fragiler macht, als sie ohnehin schon sind. Weltweit entwickeln sich mehr und mehr Staaten zu sogenannten ‚failed states‘.

2026: Signifikanter Anstieg der Klimaflüchtlinge

Aufgrund des signifikanten Anstiegs der Zahl der Klimaflüchtlinge bemühen sich die Regierungen der betroffenen Länder, Flüchtlinge in Gebiete zu transportieren, die noch nicht so stark vom Klimawandel betroffen sind.

In Afrika verhungern in diesem Jahr ca. 7 Mio. Menschen.

2027: Gründung des Verbands deutscher bewaffneter Bürgerwehren

Lediglich 4 Mio. Geflüchtete aus Afrika erreichen in diesem Jahr die Küsten der Europäischen Union. Humanitäre Rettungsaktionen für Bootsflüchtlinge im Mittelmeer werden auf Beschluss von EU und NATO gestoppt. Bootsflüchtlinge werden durch Verordnungen zu unbewaffneten Angreifern deklariert und das Versenken der Boote wird gerechtfertigt. Menschenrechtsorganisationen schätzen die Zahl der hierdurch Getöteten auf 2 Mio. Personen.

Zusammen mit den Geflüchteten aus dem Nahen Osten befinden sich zum Jahresende ca. 18 Mio. Geflüchtete auf dem Gebiet der Europäischen Union.

Gründung des zivilgesellschaftlichen Verbands deutscher bewaffneter Bürgerwehren mit 250 Organisationen.

2028: Eine Weltwirtschaftskrise bricht aus, der Welthandel bricht ein

Eine Weltwirtschaftskrise bricht aus, der Welthandel bricht ein, in Deutschland wächst die Arbeitslosenquote auf 20 %. In den am Mittelmeer liegenden EU-Ländern beträgt die Arbeitslosenquote sogar 35%.

Die ökonomischen Verwerfungen zwischen den EU-Staaten führen zu einem Auseinanderbrechen der EU.

Die deutsche Regierung reagiert mit dem Beschluss zum Bau eines sechs Meter hohen Grenzzauns an den Außengrenzen Deutschlands sowie der Aufstockung der deutschen Grenzpolizei auf 50.000 schwer bewaffnete Kräfte.

2029: NATO und Russland drohen gegenseitig mit dem Ersteinsatz von Kernwaffen

Der Konflikt zwischen der NATO und Russland an der baltischen Grenze zu Russland eskaliert. Sowohl die NATO als auch Russland drohen mit dem Ersteinsatz von Kernwaffen, nachdem der Deutsche Bundestag diesen Ersteinsatz ausdrücklich befürwortet hat.

Pakistan schießt aus Versehen im Rahmen eines Militärmanövers eine atomar bestückte Mittelstreckenrakete auf einen indischen Militärkomplex, der in einer indischen Wüste liegt. Pakistan entschuldigt sich sofort bei der indischen Regierung. Noch am gleichen Tag tritt der UN-Sicherheitsrat

zusammen. Durch einen einstimmigen Beschluss seiner Mitglieder und vorangegangenen intensiven Verhandlungen mit den Konfliktparteien gelingt es, eine Eskalation zu einem Atomkrieg zu verhindern. Pakistan erklärt sich bereit, für alle Kosten im Zusammenhang mit diesem Zwischenfall aufzukommen.

2030: Insgesamt 32 Mio. Geflüchtete befinden sich in der Europäischen Union

In den zurückliegenden 15 Jahren sind insgesamt 32 Mio. Geflüchtete auf das Gebiet der Europäischen Union gekommen; ursächlich dafür sind die katastrophalen Klimaveränderungen und die andauernden militärischen Auseinandersetzungen im Vorderen Orient, in der Ukraine und in Afrika.

2035: Auflösung der OSZE

Auflösung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) nach schwerwiegenden diplomatischen Auseinandersetzungen.

2040: Aufstockung des jährlichen Bundeswehretats auf 90 Mrd. Euro

Aufstockung des jährlichen Bundeswehretats auf 90 Mrd. Euro.

In diesem Jahr sind alle 28 Staaten, die durch den Meeresspiegel als gefährdet galten, überflutet und die Gebiete unbewohnbar.

ANHANG[97]: RÜCKBLICKE ALS GRUNDLAGE FÜR DIE SZENARIEN-ENTWICKLUNG

Juni 1945: Unterzeichnung der Charta der Vereinten Nationen auf der Konferenz von San Francisco durch 50 Staaten. Als erster Staat ratifizierten die Vereinigten Staaten die Charta und boten den Vereinten Nationen als Sitz New York an.

Dezember 1948: Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte wird von der Generalversammlung der Vereinten Nationen in Paris genehmigt und verkündet.

April 1949: Gründung der NATO (North Atlantic Treaty Organization) mit 12 Bündnisstaaten (USA, Kanada, Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Belgien, Italien, Dänemark, Luxemburg, Norwegen, Island und Portugal).

09. Mai 1955: Die Pariser Verträge (23.10.1954) ermöglichen den NATO-Beitritt der Bundesrepublik Deutschland.

14. Mai 1955: Gründung des Warschauer Paktes als Reaktion auf den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur NATO.

12. Nov. 1955: Gründung der Bundeswehr.

1950er Jahre: Bewegung gegen die Wiederbewaffnung und bis 1958 Kampagne „Kampf dem Atomtod".

April 1957: Göttinger Erklärung führender Naturwissenschaftler gegen Atomwaffen.

März 1958: Nachdem seit 1953 durch die USA atomare Waffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland stationiert worden waren, billigt der Deutsche Bundestag mit der Stimmenmehrheit von CDU/CSU deren Stationierung.

Ostern 1960: Begründung der Ostermärsche in der Bundesrepublik Deutschland, angestoßen durch Atomwaffengegner*innen in Großbritannien und der War Resisters International.

97 Vgl. Wikipedia

Januar 1961: Abschiedsrede des Präsidenten Dwight D. Eisenhower, in der er vor den Verflechtungen und Einflüssen des „militärisch-industriellen Komplexes“ innerhalb der USA warnt und diese als Gefahr für die Demokratie in den USA bezeichnet.

August 1963: „March on Washington for Jobs and Freedom“ der US-Bürgerrechtsbewegung mit mindestens 250.000 Teilnehmenden; Rede von Martin Luther King „I have a dream“.

ab 1968: weltweite Demonstrationen gegen den Vietnam-Krieg.

1972-78: Verhinderung des Kernkraftwerks Wyhl in Südbaden durch eine gewaltfreie Bewegung aus Umweltschutzorganisationen und konservativen Winzer*innen; 1975 neunmonatige Bauplatzbesetzung und Einrichtung einer Volkshochschule im Wyhler Wald; angeregt dadurch auch Verhinderung des AKW Gerstheim im Elsass.

Dezember 1979: Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan zur Stützung kommunistischer Machthaber (Krieg in Afghanistan, in deren Verlauf die USA und die NATO islamistischen Widerstand fördert (Taliban u.a.).

Dezember 1979: NATO-Doppelbeschluss.

1981-1984: Hochzeit der Friedensbewegung gegen die NATO-Nachrüstung in Westdeutschland mit zahlreichen Großdemonstrationen, der Menschenkette von Stuttgart bis Ulm und Blockaden in Mutlangen und anderswo, aber auch in der DDR mit der Friedensbewegung „Schwerter zu Pflugscharen“.

1980er Jahre: Resolutionen der Landessynode der Ev. Landeskirche in Baden betonen, dass Kriegsdienstverweigerung und Gewaltfreiheit die vorrangige Option in der christlichen Handlungsweise sein müsse.

November 1983: Die Mehrheit der Abgeordneten im Deutschen Bundestag stimmen der Aufstellung der mit Atomsprengköpfen bestückten Raketen und Marschflugkörper (Pershing II und BGM-109 Tomahawk Cruise Missiles) zu. Diese werden ab Dezember 1983 aufgestellt.

Dezember 1987: Unterzeichnung des INF-Vertrags (Intermediate Range Nuclear Forces) durch US-Präsident Ronald Reagan und Michail Gorbatschow, Generalsekretär der KPdSU: Festlegung, dass beide Seiten weltweit sowohl ihre landgestützten Nuklearraketen mit kürzerer (500–1000 km) und mittlerer Reichweite (1000–5500 km) (doppelte Nulllösung) als auch

deren Abschussvorrichtungen und Infrastruktur innerhalb von 3 Jahren vernichten und keine neuen herstellen.

Sommer/Herbst 1989: Besetzung der bundesdeutschen Botschaften in Prag und Budapest durch ausreisewillige DDR-Bürger*innen; Demonstrationen für Demokratie und Meinungsfreiheit im Oktober, die Ausgangspunkt sind für ...

November 1989: Öffnung der Berliner Mauer am Abend des 9. Novembers 1989. Der Mauerfall ebnete den Weg, der innerhalb eines Jahres zum Zusammenbruch der SED-Diktatur, zur Auflösung der DDR und gleichzeitig wieder zur staatlichen Einheit Deutschlands führte.

Anfang Februar 1990: Versprechen der Westmächte im Rahmen der Verhandlungen zur Wiedervereinigung Deutschlands gegenüber der UdSSR, dass die NATO sich nicht nach Osteuropa erweitert.

1991 Demonstrationen gegen den zweiten Golfkrieg in Deutschland und weltweit.

August 1990 - April 1991: Zweiter Golfkrieg aufgrund der Besetzung Kuwaits durch Saddam Hussein (Irak)

November 1992: Erlass neuer Verteidigungspolitscher Richtlinien (VPR) durch das BMVg.

Juli 1994: Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr: Einsätze außerhalb des Gebietes der NATO-Staaten unter Vorbehalt der Zustimmung des Parlaments sind mit dem Grundgesetz vereinbar.

1994-95 Initiative aus der Ev. Kirche Berlin-Brandenburg, des Bundes für soziale Verteidigung und anderer Friedensgruppen für die Errichtung eines Zivilen Friedensdienstes.

Dezember 1994: Budapester Memorandum: USA, England und Russland geben der Ukraine, Kasachstan und Weißrussland eine Beistandsgarantie, nachdem jene die auf ihrem Gebiet gelagerte Atomwaffen an Russland abgegeben haben.

November 1996: Gründung des Forums Ziviler Friedensdienst

1997: Erster Qualifizierungskurs zur Ausbildung von Friedensfachkräften zum Einsatz im Zivilen Friedensdienst in Nordrhein-Westfalen

Mai 1997: Grundakte über Gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der NATO und der Russischen Föderation, Paris.

Dezember 1997: Protokoll zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen, vereinbart in Kyoto (Japan).

März 1999: Polen, Tschechien und Ungarn treten der NATO bei.

März - Juni 1999: Kosovokrieg. Unter Führung der USA führt die NATO ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates Krieg gegen Serbien.

1999: Der Zivile Friedensdienst wird als Friedensfachdienst Teil der entwicklungspolitischen Arbeit des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ); das Forum ZFD koordiniert die im Konsortium Ziviler Friedensdienst zusammengeschlossenen zivilgesellschaftlichen Gruppen (Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe, Christliche Fachkräfte International, EIRENE, Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst, Weltfriedensdienst, Forum Ziviler Friedensdienst, „Kurve Wustrow“, Peace Brigades International und Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden sowie die staatliche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), die seither mit 230 Friedensfachkräften in 40 Ländern u.a. Gewalt vorbeugen, Versöhnung fördern und die Rückkehr Vertriebener erleichtern wollen.

05. Oktober 2000: Gewaltfreie Proteste organisiert von der Gruppe Otpor führen zum Sturz von Slobodan Milosovic in Serbien.

11. September 2001: Zerstörung der Twin Towers des World Trade Centers in New York und eines Flügels des Pentagons in Washington durch von Terroristen gekaperte Passagierflugzeuge: Insgesamt sterben mehr als 3.000 Menschen.

12. September 2001: Der UN-Sicherheitsrat (Resolution 1368) billigt den USA wegen der Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit das Recht auf Selbstverteidigung nach Artikel 51 der UN-Charta zu. Die NATO erklärt den „Bündnisfall“.

20. September 2001: Präsident George W. Bush erklärt vor den beiden Kammern des US-Parlaments den „Krieg gegen den Terror“.

07. Oktober 2001: Die USA greifen Afghanistan mit ihrer Operation Enduring Freedom (OEF) als einen Staat an, der „dem Terrorismus Hilfe zur Verfügung stellt oder ihm einen sicheren Hafen bietet.“

November/Dezember 2001: Der deutsche Bundestag beschließt mit der rot-grünen Mehrheit die militärische Beteiligung an der OEF.

Dezember 2001: Der UN-Sicherheitsrat (Resolution 1386) genehmigt die Aufstellung der International Security Assistance Force (ISAF) zur Stabilisierung Afghanistans; der Bundestag beschließt eine deutsche Beteiligung auch an ISAF.

Mai 2002: Gründung des NATO-Russland-Rats in Rom.

November 2002: NATO-Gipfel in Prag: Staats- und Regierungschefs erklären folgende Themen zu gemeinsamen Interessenbereichen von NATO und Russland: Friedenserhaltung, Verteidigungsreform, Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und Trägersystemen, Rüstungskontrolle, Luftverteidigung am Gefechtsfeld, Such- und Rettungsdienst, zivile Notfallplanung, taktische Raketenabwehr und Terrorismusbekämpfung.

Dezember 2002: Gründung der Nonviolent Peaceforce in Indien. Sie führt(e) in Sri Lanka, Guatemala, auf den Philippinen, im Südsudan, Kaukasus, Myanmar, Ukraine und Syrien/Libanon durch Friedensfachkräfte Projekte des unbewaffneten Zivilen Peacekeepings und des Monitorings von Waffenstillständen und Friedensabkommen durch. Die Organisation hat ihren Sitz in St. Paul/USA, Brüssel und seit kurzem in Ferney Voltaire (F) nahe Genf.

Februar 2003: Demonstrationen weltweit mit 10 Mio. TeilnehmerInnen gegen den Irakkrieg

März – Mai 2003: völkerrechtswidriger Angriffskrieg der USA und Großbritanniens gegen den Irak

Mai 2003: Erlass neuer Verteidigungspolitischer Richtlinien durch das BMVg.

23. November 2003: Georgischer Präsident Eduard Schewardnadse tritt nach gewaltfreien Protesten (Rosenrevolution) zurück.

2004: Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“, der sich für eine ressortübergreifende Verantwortung für friedliche Konfliktlösung, zum Vorrang für Prävention in enger Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Trägern sowie zur multilateralen Zusammenarbeit bekennt.

März 2004: Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei und Slowenien treten der NATO bei.

Dezember 2004: Viktor Janukowitsch gibt nach massiven Protesten wegen Wahlfälschung auf. Es kommt zu Neuwahlen in der Ukraine, die Viktor Juschtschenko gewinnt.

Dezember 2007: Unterzeichnung des Lissabon-Vertrags. Er trat am 01.12.2009 in Kraft.

April 2009: Albanien und Kroatien treten der NATO bei.

Dezember 2010: Beginn der Proteste in Tunesien nach Selbstverbrennung des Gemüsehändlers Mohamed Bouazizi.

Januar 2011: Das tunesische Staatsoberhaupt verlässt Tunesien und eine Übergangsregierung wird gebildet. Ende Januar brechen auch in Ägypten Proteste aus.

Februar 2011: Der ägyptische Staatspräsident tritt zurück. Es kommt in weiteren arabischen Ländern zu Protesten (arabischer Frühling).

Mai 2011: Erlass neuer Verteidigungspolitischer Richtlinien durch das BMVg: „Nationale Interessen wahren - Internationale Verantwortung übernehmen - Sicherheit gemeinsam gestalten".

Februar 2014: Beginn von Kriegshandlungen in der Ostukraine nach völkerrechtswidriger Okkupation der Krim durch Russland.

September 2014: Unterzeichnung des Protokolls von Minsk („Minsk I"). IS-Angriff auf Jesiden im Irak. Ausrüstung kurdischer Peschmerga-Kämpfer mit Waffen durch die Bundesregierung.

Dezember 2014: Ende des NATO-geführten ISAF-Einsatzes in Afghanistan.[1] Die International Security Assistance Force (ISAF) war eine Sicherheits- und Wiederaufbaumission im Rahmen des Krieges in Afghanistan von 2001 bis 2014. Der Einsatz war keine friedenssichernde Blauhelm-Mission, sondern ein sogenannter friedenserzwingender Einsatz unter Verantwortung der beteiligten Staaten.

Januar 2015: Deutschland beteiligte sich an „Resolute Support". Gemäß Bundestagsbeschluss vom 17.12.2015 können nach zunächst 850 Soldaten nunmehr bis zu 980 deutsche Soldaten in Afghanistan eingesetzt werden.

Februar 2015: Unterzeichnung des Abkommens Minsk II, ausgehandelt vom französischen Präsidenten François Hollande, der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel, dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko sowie dem russischen Präsidenten Wladimir Putin.

September 2015: Die UN-Generalversammlung beschließt die Agenda 2030 mit den 17 globalen Sustainable Development Goals (Nachhaltige Entwicklungsziele).

November 2015: Terroranschläge in Paris: koordinierte, islamistisch motivierte Attentate an acht verschiedenen Orten in Paris und Saint-Denis mit insgesamt 130 Getöteten und 352 Verletzten, davon 97 schwer. Zudem starben sieben der Attentäter in unmittelbarem Zusammenhang mit ihren Attacken. Zu den Anschlägen bekannte sich die terroristische Vereinigung „Islamischer Staat" (IS).

November 2015: Der französische Verteidigungsminister fordert die militärische Unterstützung Frankreichs durch die anderen EU-Staaten im Kampf gegen den „Islamischen Staat" unter Berufung auf Artikel 42 Absatz 7 des EU-Vertrags.

Dezember 2015: Der deutsche Bundestag beschließt den Einsatz der Bundeswehr in Syrien mit einer Fregatte und sechs Aufklärungsflugzeugen vom Typ Tornado.

Dezember 2015: Beschluss einer neuen internationalen Klimaschutz-Vereinbarung in Nachfolge des Kyoto-Protokolls durch die UN-Klimakonferenz in Paris (kurz COP 21). Die Begrenzung der globalen Erwärmung soll auf deutlich unter 2 °C, möglichst 1,5 °C im Vergleich zu vorindustriellen Levels begrenzt werden. Um dieses Ziel erreichen zu können, müssen die Treibhausgasemissionen weltweit zwischen 2045 und 2060 auf Null zurückgefahren werden und anschließend ein Teil des zuvor emittierten Kohlenstoffdioxids wieder aus der Erdatmosphäre entfernt werden.

Oktober 2016: Das Europäische Parlament stimmt für das Verbot von Kernwaffen. Es ruft u.a. die EU-Mitgliedsstaaten und die EU-Außenbeauftragte, Federica Mogherini dazu auf, konstruktiv an einer Verhandlungskonferenz zum Verbot von Atomwaffen teilzunehmen.

November 2016: Donald Trump wird zum 45. Präsidenten der USA gewählt.

Dezember 2016: Die UN-Generalversammlung stimmt der Resolution L.41 in 2017 zu, Verhandlungen für einen Vertrag über das Verbot von Kernwaffen zu beginnen (113 Stimmen dafür, 35 Stimmen dagegen (u.a. Deutschland) und 13 nicht anwesende Stimmen).

Anhang: Urheberhinweise

Zahlreiche Textbausteine dieses Szenarios sind wörtlich oder verändert folgenden Publikationen entnommen:

- Albers, Olaf; Broux, Arno (1999): Zukunftswerkstatt und Szenariotechnik. Ein Methodenbuch für Schule und Hochschule. Weinheim u. Basel, S.57
- Becker-Hinrichs, Dietrich (2015): „Menschen schützen – mit aller Gewalt oder gewaltfrei?“ - Vortrag bei einer Klausurtagung im Forum ziviler Friedensdienst, Köln, 24 April 2015. Online verfügbar unter: https://www.wfga.de/fileadmin/user_upload/Material/Artikel/Downloads/2015_Schutzverantwortung_Becker-Hinrichs.pdf
- Becker-Hinrichs, Dietrich (Werkstatt für gewaltfreie Aktion, Baden): Verschiedene Vorträge
- Birckenbach, Hanne-Margret (2014): Friedenslogik und friedenslogische Politik. In: Wissenschaft & Frieden 2014-2, Dossier Nr. 75, Friedenslogik statt Sicherheitslogik
- Birckenbach, Hanne-Margret (2016): Von der Sicherheitslogik zur Friedenslogik. In: FFE-Rundbrief (1), S. 3–8. Online verfügbar unter http://www.ekiba.de/html/media/dl.html?i=65296, zuletzt geprüft am 14.12.2017
- Brot für die Welt, Hintergrund: „Instrument für Stabilität und Frieden“ (IcSP) und „ständige strukturierte Zusammenarbeit“ (PESCO), Fact Sheet, Berlin, November 2017. Online verfügbar unter http://konfliktbearbeitung.net/sites/default/files/factsheet_icsp_hintergrund_29_11_ 2017.pdf, zuletzt geprüft: 09.01.2018.
- Bund für Soziale Verteidigung e.V. (Hg.) (2010): Streitschlichterkongress 2009. Minden
- Bund für Soziale Verteidigung e.V. (Hg.) (2015): Nonviolent Peace Force Ziviles Peacekeeping - Fallstudien (Hintergrund- und Diskussionspapier, 44). Minden
- Bund für Soziale Verteidigung e.V. (Hg.) (2017): Abrüstung, Rüstungskontrolle und Zivile Konfliktbearbeitung in der deutschen Bundespolitik: Wie viel wird wofür ausgegeben? Minden (Informationsblätter), Online verfügbar unter http://www.soziale-verteidigung.de/uploads/tx_ttproducts/datasheet/ZKB_2015-2017_Web_01.pdf

- Bund für Soziale Verteidigung: Es wurden verschiedene Hintergrundinformationen verwendet. www.soziale-verteidigung.de
- Bundesministerium der Verteidigung (Hg.) (2016): Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr. Berlin. Online verfügbar unter https://www.bmvg.de/resource/blob/13708/015be272f8c0098f1537a491676bfc31/weissbuch2016-barrierefrei-data.pdf, zuletzt geprüft am 14.12.2017
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (2017): Afrika und Europa – Neue Partnerschaft für Entwicklung, Frieden und Zukunft. Berlin und Bonn. Online verfügbar unter http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/infobroschueren_flyer/infobroschueren/Materialie310_Afrika_Marshallplan.pdf, zuletzt geprüft am 14.12.2017
- Bundeszentrale für Politische Bildung (2015): Informationen zur politischen Bildung/izpb – Internationale Sicherheitspolitik 326 2/2015
- Buro, Andreas: Erste Überlegungen zu einem Weißbuch der Friedensbewegung 30.07.2015
- Chenoweth, Erica; Stephan, Maria J. (2011): Why civil resistance works. The strategic logic of nonviolent conflict. New York, NY - dt. Zusammenfassung unter Materialien auf www.kirche-des-friedens.de
- Chenoweth, Erica (2015): Trends in civil resistance and authoritarian responses. In: Mathew Burrows und Maria J. Stephan (Hg.): Is authoritarianism staging a comeback? Washington, D.C.: The Atlantic Council, #1187–1345. (E-Book Kindle-Version)
- Church & Peace, Deutsches Mennonitisches Friedenskomitee, pax christi (2015): „Fünfundfünfzig Erfolge für die Gewaltfreiheit“
- Dembinski, Matthias/Gromes, Thorsten (2013): Bestandsaufnahme der humanitären militärischen Interventionen zwischen 1947 und 2005. Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK-Report, 2013,2), http://www.gbv.de/dms/sub-hamburg/755521889.pdf zuletzt geprüft am 14.12.2017
- Die Bundesregierung (2013): Jahresabrüstungsbericht 2013 – Bericht der Bundesregierung zum Stand der Bemühungen um Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung sowie über die Entwicklung der Streitkräftepotenziale 2013
- Die Bundesregierung (Hg.) (2014): Vierter Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung des Aktionsplans „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“. Berichtszeitraum: Juni 2010- Mai 2014. Berlin. Online

verfügbar unter http://www.ifa.de/fileadmin/pdf/zivik/2014_Aktionsplan_4_de.pdf, zuletzt geprüft am 14.12.2017

- Die Bundesregierung (2017): Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern. Leitlinien der Bundesregierung. Berlin. Online verfügbar unter http://www.peacelab2016.de/fileadmin/user_upload/170614-Leitlinien_Krisenpraevention_Konfliktbewaeltigung_Friedensfoerderung_DL.pdf, zuletzt geprüft am 14.12.2017
- Erler, Gernot (2009): Mission Weltfrieden: Deutschlands neue Rolle in der Weltpolitik. Freiburg
- Evangelische Kirche in Deutschland (2007): Aus Gottes Frieden leben - für gerechten Frieden sorgen. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. 2. Aufl. Hannover. Online verfügbar unter: http://www.ekd.de/download/ekd_friedensdenkschrift.pdf
- Evangelische Kirche in Deutschland (2013). Stellungnahme „Selig sind die Friedfertigen - Der Einsatz in Afghanistan: Aufgaben evangelischer Friedensethik“ der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD, ekd texte 116, Dezember 2013.
- Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (Hg.) (2017): Berliner Memorandum „Sicherheit neu denken - Wege des Friedens in Europa“. vom 2. Mai 2017. Online verfügbar unter http://www.fest-heidelberg.de/images/publikation/Werkner_et_al_2017_Berliner_Memorandum_Sicherheit_neu_denken_-_Wege_des_Friedens_in_Europa.pdf, zuletzt geprüft am 14.12.2017
- Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP) (Hg.) (2017): Aufgabe und Weg: „Kirche des gerechten Friedens werden“ (EPD-Dokumentation, 34-35).
- gewaltfrei konkret. Zeitschrift des Vereins gewaltfreihandeln.org
- Gromes, Thorsten; Dembinski, Matthias (2013): Bestandsaufnahme der humanitären militärischen
- Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (2016): Kommission „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ am IFSH „Weiß-bücher haben ausgedient! Plädoyer für ein friedens- und sicherheitspolitisches Grundlagen-dokument der Bundesregierung“, Januar 2016.
- Interventionen zwischen 1947 und 2005. Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK-Report, 2013,2), zuletzt geprüft am 14.12.2017.

- Jaberg, Sabine (2015): Das »Weißbuch 2016« Kontinuität oder Kurswechsel? I n Wissenschaft & Frieden 2015-4: Deutsche Verantwortung – Zäsur oder Kontinuität?, Seite 15–18
- Kapila, Mukesh (2014): Lessons from a Personal Journey through the Genocide in Rwanda. Online verfügbar unter: http://www.e-ir.info/2014/05/15/lessons-from-a-personal-journey-through-the-genocide-in-rwanda/
- King, Martin Luther (1981): Testament der Hoffnung. Letzte Reden, Aufsätze und Predigten, Gütersloh, Gütersloher Verlagshaus.
- Kommission „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ am IFSH (Januar 2016) „Weißbücher haben ausgedient! Plädoyer für ein friedens- und sicherheits-politisches Grundlagendokument der Bundesregierung“
- Kolko, Gabriel (1999): Das Jahrhundert der Kriege, Frankfurt
- Luithlen, Susanne (2014): Unwirksam und hilflos? Zivile Konfliktbearbeitung als Handlungsprinzip in eskalierten Gewaltkonflikten. Hg. v. Forum Ziviler Friedensdienst. Köln (ZFD impuls, 6)
- Manifest „Schutz der Menschenrechte durch Prävention“ der 14. Internationalen Münchner Friedenskonferenz 2016
- Misereor (2016). Positionspapier zum Bundeswehreinsatz in Syrien „Wer Frieden will, muss vom Frieden her denken!“, 11.01.2016.
- Müller, Barbara und Büttner, Christian (1996): Optimierungschancen von Peacekeeping, Peace-making und Peacebuilding durch gewaltfreie Interventionen? Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung. Arbeitspapier Nr. 4. Wahlenau 1996.
- Nowzad, Ramin M. (2016): Herr Pinker rechnet mit Frieden. Amnesty Journal 1/2016, S. 34-37.
- Paulitz, Henrik (2017): Anleitung gegen den Krieg. Analysen und friedenspolitische Übungen. 2. Auflage. Seeheim-Jugenheim: Akademie Bergstraße
- Pingeot, Lou und Obenland, Wolfgang (2014): In wessen Namen? Ein kritischer Blick auf die „Schutzverantwortung“, Beilage zu Wissenschaft und Frieden 3
- Popovic, Srdja; Miller, Matthew (2015): Protest! Wie man die Mächtigen das Fürchten lehrt. 1. Aufl. Frankfurt am Main
- Rudolf, Peter (2017): Zur Legitimität militärischer Gewalt. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung

- Sémelin, Jacques (1995): Ohne Waffen gegen Hitler. Eine Studie zum zivilen Widerstand in Europa. Frankfurt
- Schweitzer, Christine (2015): Soziale Verteidigung und Gewaltfreier Aufstand Reloaded. Neue Einblicke in zivilen Widerstand. Hg. v. Bund für Soziale Verteidigung e.V. Minden (Hintergrund- und Diskussionspapier, 41)
- Schweitzer, Christine (2015): Aus der Spirale der Gewalt aussteigen. In: Gewaltfrei gegen Terror. Nichtmilitärische Optionen gegen den Islamischen Staat. mit Aufsätzen von Christine Schweitzer und Kristin Williams. Minden (Hintergrund- und Diskussionspapier, 45), S. 3–10
- Sharp, Gene (2011): Von der Diktatur zur Demokratie. Ein Leitfaden für die Befreiung ; [das Lehrbuch zum gewaltlosen Sturz von Diktaturen]. 3. Aufl. München
- Schlabach, Gerald (Hg.) (2007): Just policing, not war. An alternative response to world violence. Collegeville, Minnesota
- Varwick, Johannes; Stock, Christian (2012): Herausforderungen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik bis 2030. Eine Analyse aus Sicht der Zukunftsforschung. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik (ZFAS) 5 (3), S. 391–401
- Weingardt, Markus A. (2007): Religion, Macht, Frieden. Das Friedenspotential von Religionen in politischen Gewaltkonflikten. Stuttgart
- Werkner, Ines-Jaqueline et al. (2017): Just Policing – eine Alternative zur militärischen Intervention? Heidelberg: FEST.
- Wink, Walter; (2014): Verwandlung der Mächte. Eine Theologie der Gewaltfreiheit. Regensburg
- Wissenschaftlicher Dienst Deutscher Bundestag (2017): WD 2 - 3000 - 034/17 (21. März 2017)
- Zimbardo, Philip (2008): Der Luzifer-Effekt. Die Macht der Umstände und die Psychologie des Bösen. Heidelberg

Anhang: Autor*innen

Auch wenn das Szenario „Sicherheit neu denken“ von der gesamten Arbeitsgruppe erarbeitet wurde, so sollen hier dennoch die Autoren genannt werden, die die Vorlagen für die einzelnen Bestandteile erarbeitet haben.

Kapitel 1: Einleitung (Ralf Becker, Stephan Brües, Stefan Maaß)

Kapitel 2: Analyse (Ralf Becker, Stefan Maaß)

Kapitel 3: Positivszenario (Ralf Becker, Stephan Brües, Christof Grosse, Stefan Maaß)

Kapitel 4: Trendszenario (Dirk Harmsen, Christian Keller, Stephan Brues)

Kapitel 5: Negativszenario (Dirk Harmsen, Christian Keller)

Anhang: Ereignisse als Grundlage (Dirk Harmsen, Christian Keller)

Wir danken folgenden Expert*innen für Ihre persönlich bzw. schriftlich übermittelte Kritik und Ihre Anregungen.

Prof. em. Dr. Hanne-Margret Birckenbach, Hamburg

Pfr. i.R. Werner Dierlamm, Mitbegründer von Ohne Rüstung Leben, Schorndorf

Florian Kling, Offizier, Mannheim

Dr. Martina Fischer, Brot für die Welt, Berlin

Oberkirchenrätin i.R. Antje Heider-Rottwilm, Church and Peace, Berlin

Dr. Thomas Mohr, Psychologischer Psychotherapeut, München

Henrik Paulitz, Leiter der Akademie Bergstraße für Ressourcen-, Demokratie- und Friedensforschung

Prof. Dr. Imran Schröter, Institut für Islamische Theologie/Religionspädagogik PH Karlsruhe

Cornelius Schubert, Student, Karlsruhe

Otmar Steinbicker, Journalist, Aachen

Prof. Dr. Christoph Weller, Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Friedens- und Konfliktforschung, Universität Augsburg

Prf. Dr. Marc Witzenbacher, Geschäftsstelle der ACK, Frankfurt

Weitere Informationen zu dem friedensethischen Prozess der Landeskirche finden Sie auf unserer Homepage: www.kirche-des-friedens.de

Anhang: Abkürzungsverzeichnis

a.a.O.	am angegebenen Ort
AU	Afrikanische Union
APSA	Afrikanische Friedens- und Sicherheitsarchitektur
BAKS	Bundesakademie für Sicherheitspolitik
BBC	British Broadcast Coorporation
BSP	Bruttosozialprodukt
BSV	Bund für Soziale Verteidigung e.V.
COMESA	Common Market for Eastern and Southern Africa
CEWS	Kontinentales Konfliktfrühwarnsystem der AU
COMECE	Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft
d.h.	das heißt
DFG-VK e.V.	Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen
DPKO	UN-Department of Peacekeeping Operations
EAC East	African Community
EAD	Europäischer Auswärtiger Dienst
EASFCOM	Eastern Africa Standby Force
EAWU	Eurasische Wirtschaftsunion
ECOWAS	Economic Community Of West African States
EOK	Evangelischer Oberkirchenrat
EPLO	European Peacebuilding Liaison Office
EU	Europäische Union
Ev.	Evangelisch
FEST	Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V.
G20	Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer
G8	Vereinigung der sieben führenden Industrienationen (G7) und Russlands
GEKE	Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa
GeRI	Globale entwicklungspolitische Rohstoffinitiative
GIZ	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH
i.R.	im Ruhestand
IWF	Internationaler Währungsfonds
KAIPTC	Kofi Annan International Peacekeeping Training Center

KEK	Konferenz Europäischer Kirchen
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
LAS	Arabische Liga
Mio.	Millionen
Mrd.	Milliarden
NATO	Nordatlantisches Verteidigungsbündnis
NGOs	Nichtregierungsorganisationen
OAS	Organisation Amerikanischer Staaten
ÖRK	Ökumenischer Rat der Kirchen
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PBF	UNO-Peacebuildung Fund
PiS	Konservative Partei in Polen
SADC	Southern African Development Community
SDG	Weltentwicklungsziele der UNO
u.a.	unter anderem
UNO	Vereinte Nationen Organisation
UNCTAD	Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung
UNDEF	United Nations Democracy Fund
UNDP	United Nations Development Programme
UNITAR	United Nations Institute for Training and Research
US	Vereinigte Staaten von Amerika
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
WFP	Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen
WTO	Welthandelsorganisation
ZFD	Ziviler Friedensdienst
ZIF	Zentrum für Internationale Friedenseinsätze
zivik	Programm Zivile Konfliktbearbeitung des Auswärtigen Amtes
ZPK	Unbewaffnetes ziviles Peacekeeping

www.ekiba.de

ISBN
978-3-8079-9992-0

EVANGELISCHE
LANDESKIRCHE
IN BADEN